

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berammlungs-Karrieren 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das heißt gewerbliche
 (Wort 30 Pf., täglich 2 teigewandte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Schlußkennzeich-
 nungen des ersten Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zahlen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Gegen den Krieg! Für den Frieden!

Dem Rufe des Internationalen sozialistischen Bureaus folgend, hat die Parteileitung Groß-Berlins für Sonntag, den 12. November, zwölf große Demonstrations-Versammlungen einberufen.

In allen Versammlungen werden Vertreter der Internationale das Wort zu einer Ansprache nehmen.

Genossen! Sorgt durch rührige Agitation für einen Massenbesuch und imposanten Verlauf der friedenskundgebung!

Der Absolutismus und sein Mitschuldiger.

Heut also ist der Tag, an dem, wenn es nach dem Willen des Herrn v. Bethmann geht, sich die Ohnmacht des Deutschen Reichstages, der Trug der deutschen Scheinverfassung, die Unumschränktheit des Absolutismus den erbitterten Bauern darstellen soll. Die Schande geht an diesem Tage bloß, und damit nichts Schändlicheres dem deutschen Volke erspart bleibe, soll der einflusslose Redner im Deutschen Reichstage die ernste Debatte in der Kammer der französischen Republik folgen, in einer Volksvertretung, die nicht nur reden, sondern auch handeln darf.

Die Ohnmacht des Reichstages, die Unumschränktheit des persönlichen Regiments und des bürokratischen Absolutismus sind aber durchaus nicht Dinge, die nur die Schuld einer mächtigsten Krone oder einer überstarken Bürokratie wären. Es ist vielmehr in allererster Linie die Schuld der bürgerlichen Parteien, wenn die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Politik, wenn vor allem jede Einflußnahme auf die Zusammenfassung der Regierung dem Reichstag entzogen ist. Die bürgerlichen Parteien fürchten eben nichts mehr als eine wirklich demokratische Ausgestaltung der Verfassung. Denn die Verfassungsfragen sind Machtfragen und da jede Ausgestaltung der Demokratie heute der Arbeiterklasse größere Macht gibt, so verzichten die bürgerlichen Parteien lieber auf die eigene Ausübung der Macht und danken ab in die Hände der Bürokratie.

Es ist ja nicht das erstmal, sondern es ist das drittemal innerhalb weniger Jahre, daß der Reichstag über den Absolutismus Gericht zu halten hat. Genau vor drei Jahren, am 10. und 11. November 1908, hatten wir die Debatten über das persönliche Regiment, den berühmten Novembersturm, den das Versprechen des Kaisers, künftighin mehr Zurückhaltung zu üben, zum sanftesten Säufeln beschwichtigte. Am 26. November 1910 zwang die sozialdemokratische Interpellation über die Königsberger Rede den Reichstag von neuem, sich mit der Proklamation des Gottesgnadentums durch Wilhelm II. auseinanderzusetzen. Man weiß, daß damals der schwarz-blaue Block und etwas schwächerer auch die Nationalliberalen den sozialdemokratischen Anklagen entgegengetreten sind und dem Absolutismus als Fehler gedient haben. Und wenn deshalb heute die Nationalliberalen und sogar ein Teil des Zentrums Klage führt über die Einflußlosigkeit des Reichstages, wenn sie jetzt, wo die Unfähigkeit und Gefährlichkeit des herrschenden Systems wieder einmal zum europäischen Skandal, die politische Einflußlosigkeit des deutschen Volkes und seiner Vertretung zum Weltgespräch geworden ist, wenn diese Parteien jetzt vor den Wahlen wieder einmal große Worte machen wollen, da muß ihnen mit aller Entschiedenheit erklärt werden, daß sie die Schuldigen sind, daß ihren Worten kein Mensch mehr glauben wird und daß sie sich schon zu Latein werden entschließen müssen, wenn sie nicht auch fernerhin als das gefennezeichnet werden wollen, was sie bisher gewesen sind: servile Sandlanger des herrschenden Absolutismus.

Die Sozialdemokratie hat schon einmal in erschöpfender, unwiderleglicher Weise die Probe aufs Exempel gemacht. In der Rede, mit der Genosse Singer in die Debatte über das persönliche Regiment eingegriffen hat, hat er den bürgerlichen Parteien mit klaren Worten das Verfassungsproblem gestellt. Er wies darauf hin, daß das deutsche Volk gesetzlich geschützt werden müsse gegen die absolutistische Regierung und erklärte:

„Dazu ist notwendig eine Verfassungsänderung, die der Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hand gibt. Denn in allererster Linie

sind es doch die Kriege, die als Gespenst am Horizont stehen, die möglich werden, deren Gefahr erhöht wird, wenn die unverantwortliche Politik, dieses persönliche Regiment in Deutschland weiter getrieben wird. In letzter Linie hat doch das deutsche Volk Leben, Gesundheit, Gut und Blut zu Markte zu tragen, wenn sich durch eine solche unverantwortliche Politik durch solche Vorgänge die Situation zugespitzt hat, wie es in den letzten Wochen leider der Fall war...“

Wir brauchen ein Minister-, ein Reichskanzlerverantwortlichkeitsgesetz. Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß wir bereits im Jahre 1900 einen Initiativantrag auf Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes eingebracht haben. Dieser Antrag hat das Schicksal so vieler Initiativanträge gehabt: er ist nicht zur Beratung gekommen... Wir haben dann den Sinn dieses Antrages in eine Resolution gegossen, die wir beim Etat eingebracht haben. Diese Resolution ist von der Mehrheit dieses Hauses abgelehnt worden...“

Dem Reichstag muß das Anlagerecht gegen den Reichskanzler zuteil werden. Die Volksvertretung muß in der Lage sein, durch ihre Organe zu Gericht zu sitzen über die Politik des verantwortlichen Ministers, und die öffentlichen Gewalten Deutschlands müssen sich durchbringen lassen von der Überzeugung, daß die deutsche Volksvertretung ein Recht hat, neben dem Monarchen, neben dem Bundespräsidenten die Geschicke des Deutschen Reiches zu leiten...“

Weiter, meine Herren, wir müssen dabei auch verlangen, um den Einfluß der Volksvertretung auf die auswärtige Politik, auf die Reichsleitung zu sichern und zu stärken, daß der Reichstag selbst bei der Ernennung des Reichskanzlers mitzuwirken berufen ist... Gegenüber den Zuständen, wie sie sich entwickelt haben, ist das Ernennungsrecht des Kaisers für den Reichskanzler keine genügende Garantie für die Sicherheit und Wohlfahrt des Volkes.“

Außerdem forderte Singer damals noch die Reform des Interpellationsrechts, damit der Reichstag jederzeit den Reichskanzler zwingen könne, Rede und Antwort zu stehen und den Willen der Volksvertretung in Anträgen durchsetzen könne. Demgemäß brachte die Sozialdemokratie eine Reihe von Anträgen zur Ausgestaltung der Verfassung im Sinne eines demokratischen Parlamentarismus ein. In dem von uns beantragten Ministerverantwortlichkeitsgesetz war ausdrücklich verlangt: Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert. Ein weiterer Antrag sollte die Mitbestimmung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden sichern. Der dritte schließlich galt der Ausgestaltung des Interpellationsrechts.

Liegen aber schon die Debatten im Reichstag erkennen, daß die bürgerlichen Parteien von einer wirklichen Demokratisierung nicht viel wissen wollten, so zeigen die folgenden Ereignisse erst recht, daß die bürgerlichen Parteien dafür verantwortlich sind, wenn heute der Reichstag zwar reden darf, aber nichts zu sagen hat. Die Anträge wurden einer Verfassungskommission zugewiesen. Solange der Bülowblock bestand, waren es namentlich die Nationalliberalen, die dafür sorgten, daß nichts Ernstliches und Wirksames beschlossen wurde. Als der Bülowblock zusammengebrochen wurde, übernahm das Zentrum die bisher von den Nationalliberalen innegehabte Rolle und stimmte im Bunde mit den Konservativen alle ernstlichen Verbesserungsanträge nieder. Schließlich blieb die Kommission in der Beratung der Interpellationsanträge stehen. Zu einer Beratung der eigentlichen Verfassungsanträge ist es überhaupt nicht gekommen und ein Verzicht im Reichstag gar nicht erstattet worden.

Das war der Ausgang der berühmten Verfassungskampagne. Wird es jetzt anders sein? Wenn man den nationalliberalen Blättern glauben wollte, so würde jetzt alles, was damals verfaßt wurde, nachgeholt werden. Und gewiß, die Situation scheint außerordentlich günstig. Die Regierung ist völlig isoliert. Ein wirklicher Kampf des Parlaments gegen die Regierung könnte nicht anders als erfolgreich ausgehen. Aber genau so war es im Jahre 1908. Und deshalb lassen wir uns von dem nationalliberalen Geschrei nicht täuschen. Ist es doch charakteristisch, daß die wildeste Kuferei im Streit jene „Rein-Weiß, Bta.“ ist, die zugleich die ingrimmieste Feindin aller politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse ist. Die nationalliberale Opposition rührt nur daher, weil die regierende Bürokratie ihre Interessen nicht mit genügender Energie vertritt. Und die Interessen, die die Nationalliberalen vertreten, das sind die imperialistischen Tendenzen des Großkapitals. Die nationalliberale Opposition ist nur die Erhebung der modernen großkapitalistischen Reaktion gegen die überlebte feudale Reaktion, die Herr von Bethmann so restlos vertritt.

Die Arbeiterklasse läßt sich durch diesen „Liberalismus“ nicht täuschen. Sie weiß, daß die Nationalliberalen als regierende Partei nur eine Verstärkung des Militarismus, der Flotten- und Kolonialtreiberei bedeuten würde, daß dann die Reichspolitik erst recht den Kurs weltpolitischer Abenteuer steuern würde. Die Nationalliberalen möchten an der preussischen wie an der deut-

lichen Verfassung nur insoweit Änderungen vornehmen, daß ihnen die Erhebung der Konservativen als regierender Partei ermöglicht wird. Die Arbeiterklasse aber hätte von ihrer Herrschaft nicht weniger zu fürchten als von der konservativen.

Diese Erkenntnis braucht uns freilich nicht zu hindern, die augenblickliche Situation auszunutzen. Das ist eben das wichtige, daß heute keine Änderung der Verfassung möglich ist, ohne Rücksicht auf den politischen Willen der arbeitenden Massen. Wenn die Nationalliberalen aus Gründen, mit denen wir nichts zu schaffen haben, im Verein mit anderen bürgerlichen Parteien sich endlich gezwungen sehen sollten, an die Aenderung der Verfassung heranzugehen, wenn die Erbitterung über die Unfähigkeit des herrschenden Systems selbst diese alten Feinde jeden wirklichen demokratischen Fortschritts zwingt, ihre schmähliche Haltung von 1908 zu korrigieren, unserer Unterstützung dürfen sie gewiß sein. Aus anderen Gründen zu anderen Zielen, in viel weiterem Umfang fordern wir die Ausgestaltung der Verfassung und die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems. Wir werden sehen, wie weit die bürgerlichen Parteien unsere Forderungen erfüllen wollen. Aber ob sie ablehnen oder annehmen, wir, die wir für die Erhöhung der Macht des Parlaments von jeher gekämpft haben, werden aus dieser Haltung den Gewinn davon tragen und bei den Wahlen wird nicht nur der Absolutismus, sondern auch seine Mitschuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Anträge der Parteien.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zur Marokkodebatte folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. die deutsch-französischen Abkommen vom 4. November 1911, betreffend Marokko und Äquatorial-Afrika dem Reichstag zu der verfassungsmäßig für ihre Gültigkeit erforderlichen Genehmigung vorzulegen;
2. dem Reichstag ein Weisbuch zugehen zu lassen, das die aus Anlaß jenen Abkommens mit fremden Mächten gewechselten Noten enthält;
3. noch in dieser Session dem Reichstag einen Beschlenswurf zu unterbreiten, wodurch ausdrücklich der Artikel 11 der Reichsverfassung eine Abänderung dahingehend erfolgt, daß alle Verträge mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erfordern.

Die Nationalliberalen beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach unter Klarstellung oder Aenderung der Reichsverfassung ausgesprochen wird, daß die Erwerbung und die Veräußerung von Schutzgebieten der Form der Reichsgesetzgebung (Artikel 5 der Reichsverfassung) bedürfen.

Rechtlich lautet der Antrag der Freisinnigen, die auch die Vorlegung eines Weisbuches fordern und den Vertrag der Budgetkommission zur Prüfung und Bericht-erstattung überwiesen wissen wollen.

Das Zentrum schließlich beantragt, daß in das Schutzgebiete-gesetz als § 1a die Bestimmung eingeschaltet werde: „Die Grenzen eines jeden Schutzgebietes können nur durch ein Gesetz geändert werden.“

Falsche Parole.

In dem Entschuldigungssturm, den Art und Geburtsumstände des neuesten deutsch-französischen Marokkoabkommens in Deutschland entfacht haben, spielen so viele und verschiedenartige Motive hinein, daß der sozialdemokratische Standpunkt nicht scharf genug betont werden kann und der Quelle klar bezeichnet werden muß, wo unsere Partei den bürgerlichen Parteien zuruft: machen Sie Ihr Spiel allein, meine Herren!

Kamentlich macht die grundsätzliche Haltung, die ein Teil der linksliberalen Blätter zu dem Fall Lindequist einnehmen, noch einige Bemerkungen nötig.

Herr v. Lindequist ist in einer Form entlassen worden, die einer Mahregulung gleichkommt. Wenn der Reichstag darüber Rechenschaft verlangt, ist er in seinem Recht. Aber die Sozialdemokratie und auch eine ihrer Aufgaben sich bewußte bürgerliche radikale Partei hat vorläufig keinen Grund, darüber hinaus zu gehen und mit den Despatrioten die jetzt aus Herrn v. Lindequist einen nationalen Helden machen möchten, irgendwie gemeinsame Sache zu machen. Nichts falscher, nichts verderblicher für eine vorgezeichnete Partei als ihre Opposition zu einem ganzen Regierungssystem mit den Intrigen von einzelnen Klotzen der regierenden Kreise in Verbindung bringen zu lassen.

Herr v. Lindequist mag in der Wertung der Kongosfälle, die Deutschland von Frankreich eingehandelt hat, recht haben. Das ist eine Sache für sich. Die Sozialdemokratie hat sich über ihren Wert am wenigsten Illusionen hinzugeben. Es entspricht nur unseren Grundsätzen über die Rechte der Volksvertretung, zu fordern, daß der Reichstag Gelegenheit erhält, nach Anhören von Sachverständigen darüber zu entscheiden, ob er die Städte Kongo für Deutschland haben will oder nicht. Die grundsätzliche ablehnende Stellung, welche die Sozialdemokratie zur heutigen Kolonialpolitik einnimmt, steht der Forderung dieses Rechts für die Volksvertretung nicht im Wege. Wollen die bürgerlichen

Parteien das Kampf, so werden sie die Sozialdemokratie selbständig, aber in gleicher Linie kämpfend finden.

Es versteht sich nun von selbst, daß wenn die Volksvertretung dieses Recht hat, sie den Kolonialsekretär als Sachverständigen in erster Linie hören würde. Aber auch nur als Sachverständigen, nicht mehr. Sie wird sich von keinem Minister eines bestimmten Ressorts in ihre Entscheidungen hineinreden lassen, für die oft noch andere als Ressortinteressen ins Gewicht fallen.

Die Agitation der Hintermänner des Herrn von Lindequist geht umgekehrt gerade dahin, das Spezialressort über das größere Aggregat zu stellen. Sie greifen die Regierung deswegen an, weil sie das Kolonialamt bei den Verhandlungen mit dem Vertreter Frankreichs nur als Sachverständigen herangezogen hat. Wenn aber die Regierung oder Herr von Aiderlen-Wachter kein schimmerndes Vergehen begangen hätte als dieses, dann könnte die Opposition ruhig einpacken.

Die ganze gegenwärtige Hierarchie der Ministerien ist vom Standpunkt jeder leidlich vorgeschrittenen Demokratie hinfällig, für die Sozialdemokratie verwerflich. Aber solange sie besteht, kann das Kolonialamt unmöglich über das Auswärtige Amt, ja, nicht einmal ihr, gleich gestellt werden. Eine einfache Erwägung des Unterschiedes ihrer Verantwortungen ergibt das. Das Auswärtige Amt hat die Beziehungen Deutschlands zu allen Nationen im Umfange seiner Vollmachten wahrzunehmen. Von seiner Führung hängt insbesondere zu einem großen — leider noch viel zu großen Teil das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn, zu den großen Kulturnationen ab. Das Kolonialamt hat, außer mit europäischen Mächten und Siedlern, in erster Linie mit Völkern und Völkern niedriger Kultur zu tun. Das bedeutet auch eine große Verantwortung, aber sie ist grundsätzlich betrachtet, nur eine Hinübertragung einer ähnlichen Verantwortung, wie sie eine heimische Verwaltungsbehörde trägt, auf ein auswärtig gelegenes Gebiet. Das Kolonialamt hat daher, und das ist der springende Punkt und gerade für Deutschland so wichtig, aus der Tatsache, daß sein Arbeitsfeld draußen liegt, keinerlei Recht zu auswärtiger Politik herzuweisen.

Weshalb dem Tag, wo die auswärtige Politik Deutschlands von dem Kolonialamt gemacht oder geleitet würde!

Das aber ist es gerade, worauf die jetzige Agitation unserer Nationalisten hinausläuft. Ihr ganzes Gewicht richtet sich nicht gegen die Politik der Regierung, wo sie falsch, sondern da, wo sie, zwar nicht richtig, aber doch weniger falsch war. Was ist der Jammer der jetzigen Regierungspolitik? Daß sie mit der Politik unserer Kolonialwissenschaftler anfängt und hinterher erst sich darauf besinnt, daß sie größere Interessen wahrzunehmen hat. Das gibt gewiß ein wenig räthselhaftes Bild. Aber die Regierung angreifen, weil sie hinterher das weniger Unvernünftige tat, ist eine Politik, die die Sozialdemokratie nicht mitmachen wird. Sie wird es nicht und sie braucht es nicht. Denn ihre Opposition beruht auf stärkerem Fundament als dem Ränkepiel der heutigen Beamtenministerien und Finanzkonforten.

Nicht demokratische Grundsätze sind es, die Herrn v. Lindequist zu seinem Rücktritt veranlassen, noch Gegnerschaft gegen die Verlegung des deutschen Volkes wider andere Kulturvölker. Im Gegenteil: wenn nicht von ihm selbst, so von denen, die ihn jetzt laut auf den Schild heben, ging die Agitation aus, welche nach der Politik der gepanzerten Faust rief und mit freudvoller Bewusstlosigkeit die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwor. Die von den Nationalisten bis zu den Vorkämpfern und darüber hinaus ausgesprochene Parole der Bekämpfung Aiderlen-Wachters oder der Unabhängigkeit seiner Politik von der des Kolonialamts ist die denkbar falschste Parole in dem Kampfe, den das deutsche Volk für die Eroberung seines Selbstbestimmungsrechts zu führen hat.

Zur Reichstagswahl.

Der Wahlkampf in Lübeck.

Das Lübeck wird und geschrieben: Lübeck und im benachbarten ostpreussischen Wahlkreise, zu dem das Amt Lübeck gehört, wird der Reichstagswahlkampf mit der höchsten Erbitterung geführt. Für Lübeck kandidiert von unserer Seite wieder der 70jährige Genosse Theodor Schwarz, der den Kreis von 1800—1898 und seit 1898 ununterbrochen im Reichstage vertritt. Die „vereinigten bürgerlichen Parteien“, zu denen diesmal allerdings nur die Liberalen und Nationalliberalen gehören, haben den pseudoliberalen Postsekretär Klein aufgestellt, einen Mann, der es mit seinem Liberalismus vereinbaren konnte, gegen die Einführung eines freiwahlrechtlichen Wahlrechts in Lübeck und gegen wirksame Maßnahmen zur Verringerung der Steuerlast, die von den Sozialdemokraten in der Bürgerliste beantragt waren, zu stimmen. Der berüchtigte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der bei der Wahl im Jahre 1907 auch in Lübeck den Gipfel der Niedertracht zu erreichen bestrebt war, hat sich ausdrücklich bereit erklärt, die Kandidatur des „liberalen“ Herrn Klein zu unterstützen. Gleichfalls wird der Hanfband-Arm in Arm mit dem Reichsverband marschieren und dem Liberalen den Durchfall zu erleichtern versuchen. Außer mit dem liberalen Kandidaten haben wir diesmal mit Zahlkandidaturen des Zentrums und der Bauernverbände in Lübeck zu rechnen, von denen sich letztere bereits verpflichtet haben, im Falle einer Stichwahl für Klein einzutreten.

Sie werden aber sicher nicht in die Verlegenheit kommen, denn nach der ganzen Konstellation, wie sie gegenwärtig in der kleinste deutschen Republik besteht, ist anzunehmen, daß Herr Schwarz mit großer Mehrheit gewählt wird. Im Jahre 1907 betrug seine Majorität allerdings nur 278 Stimmen. Inzwischen hat sich jedoch die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der Partei fast verdoppelt und die Mitgliederzahl der Gewerkschaften um etwa 4000 gesteigert. Auf der anderen Seite ist die Organisation der Liberalen infolge innerer Zwistigkeiten mehr geworden und bröckeliger. Gerade gegenwärtig, wo das Bürgerium sich um die erlosenen Mandate zur Bürgerliste halbt, die am 17. November vergeben werden, beschuldigt man sich gegenseitig der Auktionenwirtschaft und des Gebrauchs der Mandate zur Vertretung der persönlichen Interessen ihrer Inhaber. Ein Schauspiel, das dem unbeteiligten Zuschauer zwar das Gefühl des Ecks nicht erspart, das aber nur dazu dienen kann, den Indifferenten die Augen über die Volkseindlichkeit und Schwächlichkeit der bürgerlichen Parteien zu öffnen. In den Versammlungen, welche unsere Gegner bisher abgehalten haben, sucht man die innere Zersplittertheit durch gemeinsame Schwärme auf die Sozialdemokratie zu verfrachten. Das wird ihnen aber nicht viel nützen. Von unserer Seite wird schon für die nötige Aufklärung gesorgt. Bisher spielte sich der Wahlkampf, der sich natürlich auch auf die Bürgerliste wahlberechtigten, namentlich in der Stadt Lübeck ab. Auf dem Landgebiet haben bisher nur die Sozialdemokratischen Versammlungen abgehalten. Nach den Bürgerlistewahlen wird die Wahlbewegung wohl in ein noch schärferes Stadium treten.

Im Rüstentum Lübeck haben die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf ebenfalls durch die Vermittlung des Reichsverbandes versorgen zu können, denn es ist beabsichtigt, in Gütin einen Zweigverein zu gründen.

Auf dem Verbandstage der Fortschrittlichen Volkspartei Pommerns, der am Sonntag in Kolberg abgehalten wurde, gab der Berichtsersteller bekannt, daß die Verständigung mit den Nationalliberalen Pommerns perfekt sei. Der Verbandstag beschloß, an die Regierungspräsidenten und Stadtmagistrate Eingaben zu richten, damit im Verwaltungswege angemessene Wahlen beschafft werden. Gegen etwaige Wahlbeeinflussungen oder Verlegungen des Wahlgebietes soll rücksichtslos vorgegangen werden. Die Landarbeiterkommission hat ein Landarbeiterprogramm aufgestellt. Es ist in Anlehnung an die Rüst-Dunderker Gewerkschaften eine Landarbeit-Organisation geschaffen worden, deren Hauptaufgabe die Kranken-, Begräbnis- und Arbeitslosenfürsorge ist. In Stralsund ist ein Landarbeitersekretariat geschaffen worden.

Die Kölner Richtung des Zentrums

Es wird berichtet, im nächsten Reichstag verstärkt werden. Es wird berichtet, daß in Arefeld an Stelle des jetzigen Vertreters Dr. Pieper der frühere Abgeordnete Karl Bachem, der Vertreter der „Deraus aus dem Turm“-Politik aufgestellt werden soll. Die Nachricht gewinnt insofern einige Wahrscheinlichkeit, als Bachem vor einigen Tagen in Arefeld einen Vortrag über die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen gehalten hat. Bachem nahm in seinem Vortrag natürlich wieder den von ihm vertretenen Standpunkt ein, daß das Zentrum möglichst interkonfessionell arbeiten und mit den Protestanten Schulter an Schulter kämpfen müsse. Ein jeder Protestant, der seinen Sohn zu einem wahren Christen erziehen will, müsse an der Seite des Zentrums kämpfen. Politisch wolle das Zentrum mit den Protestanten Hand in Hand arbeiten.

Ein freisinnig-nationalliberales Wahlbündnis für Sachsen.

Wie der freisinnige Kandidat für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, Leipzig-Land, der Fabrikbesitzer Graf-Leipzig in einer Versammlung am Dienstagabend mitteilte, haben die Freisinnigen Sachsens sich mit den Nationalliberalen in den verschiedenen sächsischen Wahlkreisen über gemeinsame Kandidaten geeinigt. Im 13. sächsischen Wahlkreis Leipzig-Land ist diese Einigung zwar nicht zustande gekommen, aber die beiden liberalen Brüder haben sich gegenseitig verpflichtet, im Wahlkampf jedes scharfe Wort zu vermeiden.

Wählerversammlung in Magdeburg.

Eine Wählerversammlung, die der offiziellen Eröffnung des Wahlkampfes diente, fand am Dienstagabend in Magdeburg statt. Schon eine Stunde vor Beginn wurde die Versammlung polizeilich abgesperrt. So viele Besucher mußten umkehren, daß durch sie der große Saal des „Luisenpark“ noch mit einer improvisierten Versammlung gefüllt werden konnte. Der sozialdemokratische Kandidat für Magdeburg, Rechtsanwalt Landberg, entwickelte sein Programm in einer eindrucksvollen Rede. Obwohl Wahlmacher des nationalen Reichsmaschinenkandidaten Fleischermeister Koblitz anwesend waren, nahm niemand von ihnen das Wort.

Genosse Vader kritisierte dann in kräftigen Strichen das Treiben der Kriegsheher und den dresdner Friedensbruch der italienischen Regierung. Eine entsprechende Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Der Krieg.

Der Protest der Pforte gegen die Annexion.

Konstantinopel, 8. November. In der an die Großmächte gerichteten Protestnote gegen die Annexion von Tripolis erklärt die Pforte, sie betrachte die Annexion als null und nichtig und ohne jede Bedeutung, sowohl vom Standpunkte des Rechts, als von dem der tatsächlichen Verhältnisse, weil sie den elementarsten Grundsätzen des Völkerrechts zuwiderlaufe. Die Türkei und Italien befänden sich noch in vollem Kriegszustande. Die Pforte beabsichtige, ihre unverletzlichen und unüberäußerlichen Souveränitätsrechte über die beiden Provinzen mit den Waffen zu behaupten und zu verteidigen. Die Mittelung Italiens an die Mächte über die Annexion bedeute eine doppelte formelle Verletzung der von Italien gegenüber den Mächten und namentlich der Pforte auf Grund von Verträgen, insbesondere des Pariser und des Berliner Vertrages, eingegangenen Verpflichtung bezüglich der territorialen Integrität der Türkei.

Die türkische Kammer gegen die italienischen Grausamkeiten.

Konstantinopel, 8. November. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer antwortete der Minister des Auswärtigen auf eine Interpellation, betreffend die italienischen Grausamkeiten in Tripolis. Der Minister erklärte, die ersten Nachrichten über Grausamkeiten der Italiener, die von der Presse gebracht worden seien, seien durch amtliche Berichte bestätigt worden. Die Pforte habe am 1. November an die Mächte eine Protestnote gegen diese Grausamkeiten gerichtet, die für Italien einen unauslöschlichen Schandfleck bedeuteten, und darum gebeten, ihnen ein Ende zu machen. Am 3. November habe die Pforte eine neue Protestnote an die Signatarmächte der Haager Konferenz gerichtet und es sei zu hoffen, daß dieser Schritt auf Entgegenkommen stoßen und den Grausamkeiten der Italiener ein Ende machen werde, die in der ganzen zivilisierten Welt lebhafteste Empörung hervorgerufen hätten. Inzwischen werden wir, schloß der Minister unter den Beifallrufen der Kammer, furchtlos unser Gebiet gegen den Feind verteidigen. Die zivilisierten Nationen haben ihr Urteil über Italien gefällt. Die Kammer fand die Erklärungen des Ministers ausreichend. Der frühere Minister Talaat rief unter dem Beifall der Kammer: Nieder mit den Wilden! Godjo Said verlangte, daß die Regierung alle Italiener unter Befolgung der gesetzlichen Modalitäten ausweise.

Boykott gegen die Italiener in der Türkei.

Samsnit, 8. November. Das Boykottkomitee veröffentlicht einen Aufruf, in dem es gegen jene italienischen Staatsangehörigen Stellung nimmt, die jetzt Fremdenschuh genießen und ungeachtet ihrer Geschäfte nachgehen. In dem Aufruf wird die Bevölkerung aufgefordert, diese Geschäfte zu boykottieren. Das Komitee beginnt mit der Veröffentlichung der Liste der betreffenden Firmen, die fast ausschließlich Spaniolen gehören.

Der „Edelmüt“ der Italiener.

Berlin, 8. November. Entgegen den im Auslande verbreiteten Meldungen, daß nach den Ereignissen vom 23. Oktober den italienischen Truppen in Tripolis der Befehl gegeben worden sei, die Araber, in deren Händen Waffen gefunden würden zu erschließen, daß aber infolge der Unzufriedenheit und Klagen der Truppen der kommandierende General den Befehl dahin abgeändert habe, daß alle Araber, die in dem betreffenden Verdadh fanden, gegen die Italiener Waffen geführt zu haben, erschossen werden sollten, erklärt die italienische Volkspost in Berlin, daß nach einem bei der königlichen Regierung in Rom eingegangenen Bericht des Oberbefehlshabers in Tripolis kein derartiger Befehl erteilt worden sei.

Dank dem Edelmut der italienischen Truppen seien sogar Araber, die Waffen geführt haben, nur festgenommen und nach Italien transportiert worden. Eine Anzahl der wieder in Freiheit gesetzten Araber hätten gestern wieder italienische Truppen hinterrücks beschossen.

Noch größer als der „Edelmüt“ der Italiener ist die Fähigkeit ihrer Offiziere, die von einwandfreien Zeugen festgestellten Greuel einfach abzuleugnen.

Neue Kämpfe vor Tripolis.

Tripolis, 8. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern mittag fand ein weiterer kleiner Angriff auf die 8. Kompagnie des 93. Infanterieregiments statt, die zur Rekonozziering von Hamidieh aus einem Vorstoß nach Scharaschat unternommen hatte. Die Kompagnie, die plötzlich auf ihrem rechten Flügel angegriffen wurde, machte Front gegen den Feind, während gleichzeitig auch von rechts die 7. Kompagnie desselben Regiments gegen die Pläne des Feindes vorrückte. Abends war auch der Rest des Bataillons in den Kampf verwickelt, wobei die Truppen von je einer Batterie Gebirgsbüchsen, Schnellfeuerkanonen und von der Schiffsartillerie unterstützt wurden. Der Kampf war sehr lebhaft und dauerte über eine Stunde, bis der Feind sich zurückzog. Er ließ etwa 60 Tote auf dem Platze, die Italiener hatten 15 Verwundete.

Eine Komödie.

Tripolis, 8. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern um 2 Uhr nachmittags hat General Caneva die Einberleiung von Tripolis und der Cyrenaika in das Königreich Italien sowie die volle und ganze Souveränität Italiens über die annektierten Länder feierlich in Gegenwart von Jassuna-Boscha und ungefähr 100 Araberhäuptlingen verkündet. Unter Beifallstundgebungen hörten diese das Dekret, das ihnen ein Dolmetscher übersetzte, an. Mit der Nationalhymne schloß die Feier.

Leider wird nicht gesagt, wo General Caneva die 100 Araberhäuptlinge hergenommen hat.

Die Revolution in China.

Die Revolution breitet sich unaufhaltsam aus. Daß kaiserliche Truppen in Hankau die Chinesenstadt für kurze Zeit erobern und in Brand stecken konnten, hat den Revolutionären nichts geschadet. Im Gegenteil. Es hat nur die Erbitterung vermehrt und den Haß gegen die Mandschudynastie gesteigert. Fast alle bedeutenden Plätze in Mittel- und Süchina haben sich der Revolution angeschlossen. Und die Dynastie sucht nur mehr ihre Fortexistenz zu retten. Die Nationalversammlung und die Truppen in Nordchina sind auch bereit, die Erhaltung der Dynastie zuzugestehen, nachdem nicht nur durch die Verfassung und Ausschreibung der Wahlen, sondern auch durch die Ernennung von Ministern und hohen Beamten, die auf der Seite der Verfassung stehen, ihnen die Gewähr gegeben zu sein scheint, daß die neue Verfassung auch unter der Mandschudynastie gesichert sei. Dagegen bestehen vornehmlich die Südsinesen, bei denen der Haß gegen die Mandchus von jeher viel stärker war, auf der Vertreibung der Dynastie und der Einführung der Republik.

In Peking scheint man die Lage sehr pessimistisch anzusehen. Dem Hof nahestehende Personen beginnen zu klüften und der Prinzregent selbst sucht durch die demütigsten Zugeständnisse die Dynastie zu retten. Quanshikai aber, der „Retter“, zögert noch immer.

Die Flucht aus Peking

Peking, 8. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Alle nach der Hauptstadt führenden Eisenbahnen sind, wie man annimmt, in den Händen der Revolutionäre. Die fremden Angestellten kommen nach Peking, da sie es für zwecklos halten, den Dienst fortzusetzen. Einige Gesandtschaften treffen Vorbereitungen für den Fall des Ausbruchs der Revolution in Peking. Alle französischen Staatsangehörigen sind in das Gesandtschaftsdiplom bezuhen worden.

In der vergangenen Nacht haben ungefähr hundert Wagen Peking verlassen, um Eshol zu erreichen. Heute morgen sind zweihundert berittene Mandchus in der gleichen Richtung aufgebrochen. Die Chinesen vermuten, daß es sich um eine vorausgeschickte Abteilung handelt, die den Weg für die Flucht des Hofes vorbereiten soll.

Kaufing in den Händen der Revolutionäre.

London, 8. November. Wie die „Morning Post“ aus Schanghai meldet, weilt in Kaufing überall die revolutionäre Flagge, selbst auf dem Gebäude des Provinzialrats von Kaufing, welcher seine Unabhängigkeit erklärt hat. Die kaiserlichen Truppen sind dort noch nicht zu den Revolutionären übergegangen, aber der Tatarengeneral ist, wie berichtet wird, geflohen und es wird nur geringer Widerstand erwartet.

Fortschritte der Revolution im Süden.

Hongkong, 8. November. Eine gestern abend 6.50 Uhr an den „New York Herald“ ausgegebene Depesche meldet, daß die Truppen der Garnison Chiuan und mehrerer anderer Städte in der Provinz Kwantung die revolutionäre Flagge gehißt haben. Eine Deputation der Revolutionäre hat Hongkong am letzten Montag verlassen, um an den Vizekönig von Canton die Aufforderung zu richten, sich der neuen Regierung anzuschließen. Sollte der Vizekönig diesem Ersuchen der Rebellen nicht Folge leisten, so werden die Aufständischen die Stadt angreifen. Bis um 2 Uhr nachmittags haben sich keine ernstlichen Zwischenfälle ereignet. Die Eisenbahn zwischen Canton und Hongkong wurde auf Befehl des Vizekönigs gestört, um den Anmarsch der Revolutionäre zu verzögern und um sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. November 1911.

Ein sozialdemokratischer Vizepräsident im sächsischen Landtage.

Dresden, 8. November. Die mit großer Spannung erwartete Wahl des Präsidiums für die zweite Kammer des sächsischen Landtages ging am Mittwoch in mehrstündiger Sitzung vor sich. Das Ergebnis brachte eine große Ueberraschung: Der sozialdemokratische Abgeordnete Fröhner wurde erster Vizepräsident. Es wurde somit mehr erreicht, als ursprünglich von sozialdemokratischer Seite gefordert worden war. Denn unsere Genossen hatten unter Berücksichtigung der Fraktionsstärken nur Anspruch auf den zweiten Vizepräsidenten erhoben.

Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Konservativen den Eintritt in das Präsidium ablehnten, nachdem die Liberalen ihren Anspruch auf den Präsidentensitz, den bisher der Nationalliberale Dr. Vogel inne hatte, nicht anerkannt hatten. Die Konservativen begründeten ihren Anspruch damit, daß sie nun, nachdem die nationalliberale Fraktion teils durch Tod, teils durch Aus-

tritt drei Siege verloren hätten, die stärkste Fraktion seien. Dagegen machten die Liberalen durch den Abg. Bettner geltend, der Anspruch der Konservativen erscheine ihnen deshalb als unbegründet, weil seit der letzten Sitzung in der Kammer keine Verschiebung nach rechts, sondern eine solche nach links eingetreten sei. Außerdem hätten die Konservativen im Reichstages und anderwärts nicht auch den Grundsatz anerkannt, daß aus der stärksten Fraktion der erste Präsident genommen werden müsse.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten verhielten sich bei diesen Auseinandersetzungen völlig passiv. Sie waren entschlossen, weder für einen konservativen, noch für einen nationalliberalen Präsidenten zu stimmen. Für den letzteren deshalb nicht, weil die Nationalliberalen den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion auf den zweiten Vizepräsidenten nur unter der Bedingung anerkennen wollten, daß dieser sich verpflichte, an der feierlichen Eröffnung des Landtags durch den König und ebenso an den Schlusszeremonien teilzunehmen. Das lehnten unsere Genossen ab. Ein Eintreten für einen konservativen Präsidenten konnte schon deshalb nicht in Frage kommen, weil die Konservativen keinen Sozialdemokraten, selbst keinen Sekretär, wählen wollten, ja erklärt hatten, in ein Präsidium nicht eintreten zu wollen, in dem ein Sozialdemokrat sitze.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten gaben die sozialdemokratischen Abgeordneten auf den Genossen Fräßdorf lautende Stimmzettel ab, als Protest gegen das nationalliberale Verhalten zu unserer Forderung eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten. Von den Konservativen wurden weiße Stimmzettel abgegeben. Infolgedessen stimmten nur die 29 Nationalliberalen, die 8 Freisinnigen und ein liberaler Silber für Dr. Vogel, der somit 38 Stimmen erhielt. Da die weißen Stimmzettel ungültig waren, war er gewählt. Er ist also ein Präsident der Minderheit.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten schlugen die Nationalliberalen den konservativen Führer Opitz vor und erklärten zugleich für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht stimmen zu können, wenn nicht die Zulage hinsichtlich der Teilnahme an der Eröffnung gegeben werde. Der Reaktionsführer Opitz erhielt nur die liberalen Stimmen, also 34, die Konservativen selbst hatten wieder weiße Zettel abgegeben. Opitz wäre auch gewählt gewesen, er lehnte aber ab, weil der Anspruch der Rechten auf einen Präsidenten nicht anerkannt worden sei.

Kammer trat eine halbstündige Vertagung ein, nach dieser erklärten sich die acht Freisinnigen bereit, bedingungslos für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen. Da unsere Genossen mit den Freisinnigen zusammen dieselbe relative Mehrheit aufbringen konnten, wie Nationalliberale und Freisinnige, war der Ausgang nicht zweifelhaft. Da die Konservativen wieder weiße Stimmzettel abgaben, wurde Genosse Fräßdorf mit 35 Stimmen gewählt, während die Nationalliberalen für den Freisinnigen Vize ihre 28 Stimmen abgaben.

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde sodann von Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten der Fortschrittler Vize gewählt. Somit besteht das Präsidium aus einem Nationalliberalen, einem Sozialdemokraten und einem Fortschrittler.

Die Votanten der Sekretäre verließen glatt. Neben einem Nationalliberalen wurde Genosse Fiehn zu diesem Amte gewählt, das entsprach einer vorherigen Vereinbarung, die aber nicht alle Nationalliberalen einhielten, daher erhielt Genosse Fiehn nur 46 Stimmen, während er hätte 60 Stimmen erhalten müssen.

Die Regierungsvorträge machten sehr lange Gesichter zu dem Ausgange der Wahl. Nach und nach drückten sich die Herren und schließlich waren die Regierungsbänke ganz verwaist.

Die Konservativen sind nun im Präsidium gar nicht mehr vertreten. Sie nahmen noch einen Anlauf, wenigstens einen Sekretär zu retten. Doch mißlung dieser.

Der sozialdemokratische Vizepräsident wird selbstverständlich an der feierlichen Eröffnung nicht teilnehmen und sich auch sonst alle Entschuldigungen vorbehalten. Er hat sich durch keine Zusicherungen gebunden, als die, die gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen.

Sächsischer Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages beschloß folgende Anträge und Interpellationen einzubringen:

1. Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen in Verbindung mit dem Proportionalwahlrecht und Festlegung des Wahltages auf einen Sonntag.

2. Antrag auf Befreiung der Einkommen unter 800 M. von der Staatssteuer ohne Beschränkung der Staatsbürgerrechte; Aufhebung aller indirekten Sondersteuern, Ertrag des Ausfalles durch Reform und Ausbau der direkten Steuer.

3. Antrag auf Durchführung eines ausreichenden Bauarbeiter-schutzes.

4. Antrag auf Aufhebung der Wehrordnung.

Die Fraktion interpellierte die Regierung ferner:

1. wegen der Feuerung;

2. wegen Verhinderung der Heimarbeiterausstellung der Gewerkschaften auf der Internationalen Hygieneausstellung zu Dresden durch die Regierung und

3. wegen der erfolgten Lehrermahregelungen.

Reform der sächsischen Ständekammer.

Nach einer Meldung aus Dresden hat sich die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer in einer Sitzung am Dienstag dahin schlüssig gemacht, folgende Interpellation einzubringen: Was denkt die königliche Staatsregierung zu tun, um der seit langem von ihr selbst und den Ständekammern als berechtigt anerkannten Forderung auf eine den gegenwärtigen Verhältnissen im Lande entsprechenden Aenderung in der Zusammensetzung der Ersten Kammer gerecht zu werden?

Ist der Marokko- und der Kongo-Vertrag ohne Genehmigung des Reichstages gültig?

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß die deutsch-französischen Verträge in Frankreich zu ihrer Gültigkeit ungenügend der Zustimmung des Parlaments bedürfen, während die deutsche Regierung den Standpunkt vertritt, in Deutschland sei weder eine Zustimmung des Bundesrats noch eine Genehmigung des Reichstages zu dem Verträge erforderlich. Die Ansicht des Reichsjustizamts stützt sich bekanntlich auf Artikel 11 der Reichsverfassung, in dessen Absatz 1 es heißt: „Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten im Namen des Reiches und Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten einzugehen“ und dessen Absatz 4 lautet: „Inwieweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrats und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erforderlich.“

Am 29. Oktober legten wir bereits dar, selbst wenn man einer solchen Interpretation des Artikel 11 zustimmen würde,

würde gegenüber dem Inhalt und Wortlaut der Verträge schwerlich die Ansicht des Reichsjustizamts für zutreffend erachtet werden können. Nachdem nunmehr der Wortlaut der Verträge offiziell bekannt gegeben ist, halten wir es für unzweifelhaft, daß beide Verträge ohne Genehmigung des Reichstages ungültig sind und daß die Ratifikation der Verträge ohne vorherige Genehmigung des Reichstages ein grober Bruch der Reichsverfassung wäre.

Der Marokkovertrag ändert das vom Reichstag beschlossene Ausführungsgesetz zur Algierab-Abte, ferner diese selbst und den Handelsvertrag, sowie (in Artikel 9) die Konsulatszuständigkeit und die Konsulargesetzgebung, bezieht sich also auf Gegenstände, die nach Artikel 4 der Reichsverfassung in das Bereich der Reichsgesetzgebung gehören. Nicht minder trifft das auf die in dem Marokkovertrag berührten Gegenstände zu, die die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Ausland und die Zoll- und Handelsgesetzgebung betreffen.

Nach dem Kongovertrag soll u. a. die deutsche Regierung in die Verbindlichkeiten Frankreichs gegenüber den Konzeptionsgesellschaften eintreten (Artikel 5). Solche materielle Belastung des Deutschen Reiches ist ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften hinsichtlich. Unzulässig ohne dieselbe Zustimmung ist ferner die in demselben Artikel vorgezeichnete Aenderung der deutschen Gerichtsbarkeit; ihr sollen die Konzeptionsgesellschaften unterworfen werden. Art. 13 der Kongo-Abte sieht finanzielle Ausgaben für Truppen vor. Nach Art. 2 sollen Gebiete, für die die deutsche Schutzgebieten-Gesetzgebung gültig ist, an Frankreich abgetreten, die Schutzgebieten-Gesetzgebung also geändert werden. Der Kongo-Vertrag greift aufs tiefste in die durch Art. 4 der Verfassung der Reichsgesetzgebung unterstellte Kolonialgesetzgebung ein.

Beide Verträge ziehen Belastungen des Deutschen Reiches nach sich und beziehen sich auch nach vielfachen Richtungen auf Gegenstände, die nach Art. 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören. Zu ihrer Gültigkeit ist mithin die Genehmigung des Reichstages erforderlich. Ob der Reichstag sich gefallen lassen wird, daß sein Budget- und Gesetzgebungsrecht in der vom Reichszentraler verlangten Weise geschmälert wird, wird sich ja in Kürze zeigen.

Eine Denkschrift zum Kongo-Abkommen.

Das dem Reichstage zugegangene Marokko-Abkommen enthält nicht ein einziges Wort der Begründung. Am späten Abend des Mittwoch erst ist dem Reichstage eine Denkschrift des Kolonialamtes über die Neuverwerbung im Kongogebiet zugegangen.

Offenbar ist die Denkschrift erst am Mittwochmorgen zusammengestellt worden, nachdem am Dienstag im Reichstage auf die befremdliche Erscheinung hingewiesen worden war, daß dem Reichstage keinerlei Erläuterungen zum Marokko-Abkommen zugegangen sind. Die Denkschrift trägt denn auch den Stempel der Flüchtigkeit nur zu sehr an der Stirne.

Was nun den Inhalt der Denkschrift anlangt, so wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Gebietszuwachs ganz beträchtlich ist, und dann fährt die Denkschrift fort:

„Für ein Volk, das sich entschlossen hat zu kolonisieren, ist jeder Zuwachs von kolonialen Gebieten mit Freuden zu begrüßen; selbst wenn man zunächst die Frage nach dem wirtschaftlichen Wert dieses Zuwachses zurücktreten lassen möchte. Der die Kolonialpolitik bejahende, auch gänzlich für jeden Zuwachs kolonialen Gebiets, für jedes Stück kolonialen Neulandes sein.“

Daß der Zuwachs momentan nicht viel wert ist, wird in der Denkschrift zugegeben, allein, das soll nichts beweisen, denn die Franzosen hätten für dieses Gebiet nur ganz minimale Aufwendungen gemacht, und infolgedessen sei dieses Gebiet auch immer mehr vernachlässigt worden. Wenn nun ein Teil dieser Gebiete in deutschen Besitz übergeht, so würden einerseits ihre Naturprodukte dem deutschen Markt, vor allem dem deutschen Kaufschufmarkt, zugute kommen; andererseits werde dem deutschen Ausfuhrhandel ein neues Absatzgebiet von beträchtlichem Umfange eröffnet. Vom militärischen Standpunkt sei zu erwähnen, daß je größer ein Schutzgebiet, es um so leichter sei, die im Lande angeworbenen Soldaten an Orten zu garnisonieren, in denen sie im Falle des Aufstandes keine Fühlung mit der eingeborenen Bevölkerung haben. Nicht unerwähnt dürfe bleiben, daß jedes neuverworbene Land die Möglichkeit in sich schließt, Mineralische zu enthalten.

Diese Beweisführung ist allerdings unwiderleglich, denn es wird z. B. nicht nachgewiesen werden können, daß die Wüste Sahara keine Erdschätze birgt. Mit einer solchen Beweisführung sollte man aber doch dem Deutschen Reichstage nicht kommen. Denn das muß den Verdacht erwecken, die Regierung wolle mit Absicht den Reichstag verhöhnen. Was dann im einzelnen angeführt wird, steht ganz auf der Höhe der allgemeinen Bemerkungen. So wird bezüglich der Schlafkrankheit zugegeben, daß in dem neuen Gebiete diese Krankheit ganz besonders stark grassiere, aber die Erwerbung dieses Gebietes solle nun angeblich die Möglichkeit bieten, der Schlafkrankheit endlich mit aller Energie zu Leibe zu gehen. Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, daß Deutschland nunmehr an das Flußgebiet des Kongo angeschlossen sei. Darin seien ganz bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten zu erblicken, wobei man sich allerdings mit der Tatsache abfinden müsse, daß die weitere rationelle Erschließung der erworbenen Gebiete nicht ohne erhebliche Kosten möglich sein werde. Diese Kosten müßten wir auf uns nehmen, wie wir sie willig und hoffnungsfreudig für unsere bisherigen Schutzgebiete auf uns genommen hätten. Daß die Franzosen auf der Etappenstraße, die durch das neue Gebiet führt, Stationen anlegen dürfen, die ihren durchziehenden Truppen als Stützpunkte dienen sollen, wird nicht in Abrede gestellt, nur wird bestritten, daß diese Stationen besetzt werden dürfen.

Die Zahlen, die in der Denkschrift angegeben sind, entziehen sich natürlich jeder Nachprüfung; die ganze Denkschrift ist eine Verlegenheitsarbeit, und gerade diese Denkschrift müßte eigentlich erst recht den Anlaß bieten, das ganze Marokkoabkommen in eine Kommission zu verweisen, um dort die Angelegenheit einer gründlichen Prüfung unterziehen zu können.

Nationalliberale Verfassungskämpfer.

Die „Nationalzeitung“ veröffentlicht in den aufgeregtesten Seiten folgende Sensationsnachricht:

„Wie wir aus Hofkreisen erfahren, ist der Kronprinz aber die nach seiner Ansicht künftige Marokkopolitik des Reichszentralers und über den Rücktritt des Herrn v. Sindequist sehr bestürzt.“

Der Kronprinz hat, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, mit seinen Brüdern sich von Danzig aus über diese Frage verständigt, um beim Kaiser darauf hinzuwirken, daß die Situation nicht noch weiter verschärfen werde. Auch die Kaiserin soll für dieses gemeinsame Vorgehen interessiert werden. Selbst ein (in solchen Fällen ja immer parates) Dementi wird die Richtigkeit dieser Meldung nicht erschüttern.“

Und das nationalliberale Blatt ist offenbar glücklich und zufrieden! —

Da muß dem doch gesagt werden, wenn diese Nachricht von einer gemeinsamen Einmischung der Kaiserin und ihrer Söhne wahr wäre, so wäre sie gänzlich verfassungswidrig und nicht scharf genug zu beäugen. Das fehlte gerade noch, daß wir zur Herrschaft des persönlichen Regiments noch eine Unterordnungsverfassung und prinzipielle Nebenregierung bekämen. Für den Ernst des nationalliberalen Verfassungskampfes ist es freilich bezeichnend, daß ihr Organ zu solchen Erfindungen greift und es würde uns nicht wundern, wenn nächsten ein nationalliberales Blatt triumphierend meldete, der jüngste Sohn des Kronprinzen habe aus Unmut über die Regierungspolitik gerührt, allerhöchst seine Bindeln zu verunreinigen.

Zehn Dreadnoughts mehr!

Aus Bundesratskreisen will die „Nationalzeitung“ folgende Darstellung erhalten haben:

In jener Mitteilung sind Wahrheit und Dichtung gemischt. Es ist richtig, daß die Frage der deutschen Kriegsberedtheit im Bundesrat Gegenstand erster Erwägungen gebildet hat. Außer dem Generalstab wurde auch der Admiralstab aufgefodert, zu erklären, ob wir aktionsbereit sind. Der Generalstab bejahte diese Frage ohne Einschränkung. Dagegen erklärte der Admiralstab, daß uns, um gegen die vereinigte englisch-französische Flotte mit Aussicht auf Erfolg operieren zu können, zehn Dreadnoughts (oder zehn große Panzerkreuzer) fehlen. Dieses Gutachten des Admiralstabs läßt eine starke Wirkung nach der Richtung einer friedlichen Verständigung aus.

Im Bundesrat hat man schon die Möglichkeit erwogen, was zu geschehen habe, wenn die Mehrheitsparteien des Reichstages, gelegentlich der Interpellationsbesprechung über das Abkommen mit Frankreich eine außerprogrammäßige Verstärkung unserer Flotte in der Richtung eines beschleunigten Ausbaus großer Panzerkreuzer und Unterseeboote verlangen. Es verlautet, daß die maßgebenden Stellen sich, wenn die Mehrheit des Reichstages diesen Wunsch zum Ausdruck bringt, nicht ablehnend verhalten werden. Allerdings müßte zu gleicher Zeit die Deckungsfrage gelöst werden.

Zehn Dreadnoughts mehr, oder auch zehn Panzerkreuzer mehr, würde allein an Vorkosten eine Ausgabe von 500—600 Millionen Mark ausmachen. Die Zustellung dieser Schiffe würde natürlich gleichfalls viele Millionen jährlicher, dauernd wiederkehrender Ausgaben verursachen! Ein solches Plänchen könnte also unseren Panzerplattenpatrioten und Flottenjägern gerade passen.

Da wir nun aber wissen, daß wir der Kriegsgefahr im wesentlichen deshalb entgangen sind, weil diese zehn Dreadnoughts mehr nicht vorhanden waren, wird das Proletariat mit verdoppelter Energie durch Bekämpfung aller neuen Rüstungsausgaben gegen die erbliche Herausforderung künftiger Kriegsgefahr zu sorgen haben!

Ultramontane Ministerstürerei.

Eine Regierungskrise ist soeben in Bayern ausgebrochen. Dienstag und Mittwoch ist es in der Landtagsitzung zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Zentrum und dem Eisenbahnminister gekommen. Der Minister wies die Angriffe des Zentrums mit großer Entschiedenheit zurück. Zu Beginn der Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch erklärte der Referent Dr. Pöhlner, daß es dem Zentrum nach den Vorlesungen der beiden letzten Tage unmöglich sei, mit dem Verkehrsminister weiter gesellschaftlich zu verkehren. Er könne also seine Referententätigkeit nicht mehr ausüben. — Minister v. Fraenkel erwiderte darauf, daß er sich die entsprechende Antwort vorbehalten. Die Sitzung des Ausschusses wurde darauf gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten abgebrochen. Das Zentrum hat damit den Ministersturz proklamiert.

Die Aufstellung der Reichstagswählerlisten

ist im Gange. Es dürfte sich empfehlen, die mit dieser Aufgabe betrauten Behörden besonders darauf aufmerksam zu machen, das Reichsgesetz vom Februar 1909 zu beachten, das folgenden Wortlaut hat:

„Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen:

1. die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind.“

Während bei den Gemeinde- und Landtagswahlen in Preußen bis jetzt Krankenhausunterstützung oder Extrarunterstützung durch die Armenverwaltung bei vorübergehender Notlage den Verlust des Wahlrechts nach sich zieht, übt die Bewährung dieser Unterstützungen auf das Reichstagswahlrecht keinen Einfluss aus. Da viele Behörden nur eine mangelhafte Kenntnis mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des neuen Reichsgesetzes besitzen, dürfte ein besonderer Hinweis auf die Wahlberechtigung zur Reichstagswahl am Platze sein, schon um später die Zahl der Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen und damit die für die Beamten verbundene Arbeit zu mindern.

Die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Am kommenden Freitag, den 10. November, steht das Volk des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt vor der Erneuerung seines Landtages. Für die zukünftige Politik im Lande werden diese Neuwahlen von größter Wichtigkeit sein. Der bisherige Landtag setzte sich aus sechs sozialdemokratischen und zehn bürgerlichen Abgeordneten zusammen. Die Klasse der allgemeinen Wähler besteht zwölf, die höchstbesteuerte Klasse vier Mandate.

In der Hauptsache handelt es sich am 10. November für unsere Partei um die Erringung der Landtagsmajorität. Bereits vor zwei Legislaturperioden war die Sozialdemokratie im Besitz von 8 Mandaten, verlor aber 1906 und 1908 je ein Mandat. Nur einige Stimmen fehlten zur Majorität. Heute liegen die Dinge so: die Wahlkreise Rudolstadt-Ost, Rudolstadt-West, Königsee-Stadt, Kahlfeld, Oberweißbach und Frankenhäuser-Stadt sind sicherer Besitz von unserer Partei; in Stadt Jm unterlagen wir 1908 bei der Stichwahl mit nur 14 Stimmen Majorität, in Schleißheim mit 451 gegen 475 Stimmen. Außerdem bietet der Wahlkreis Königsee-

Rand, der schon einmal in unserem Besitz war, gute Aussicht auf Wiedererlangung, ebenso Frankenshausen-Land. Angesichts dieser Situation sehen unsere Genossen alle Kräfte ein, um den Kampf zu bestehen. Es wird dann der Regierung nicht gelingen, ihre reaktionären Pläne zur Durchführung zu bringen. Man beabsichtigt nämlich, wenn ein gegiger Landtag zustande kommen sollte, die Verschmelzung mit Schwarzburg-Sondershausen, das neben Mecklenburg von allen deutschen Bundesstaaten die rückständigste Verfassung besitzt. Der Fürst und die Höchstbesteuerten ernennen zwei Drittel der Landtagsabgeordneten; das Volk hat nichts zu sagen. Wie es dann dem heute in Rudolstadt geltenden allgemeinen, gleichen und geheimen Landtagswahlrecht ergehen würde, kann man sich denken.

Auch auf dem Gebiete des Gemeindefortschritts würde bei einer etwaigen Verschmelzung versucht werden, das in Sondershausen geltende Dreiklassenwahlrecht in Schwarzburg-Rudolstadt einzuführen. Unsere Partei ist nicht gegen eine Verschmelzung, aber wenn man Volksrechte dabei zu verschachern gedenkt, wird sie äußersten Widerstand leisten.

Der Aufmarsch der bürgerlichen Parteien ist der bisherige. In elf von 12 Wahlkreisen der allgemeinen Wählerklasse haben sich die Bürgerlichen aus Angst vor der Sozialdemokratie zu einem Nischmachsch vereint, der ihnen aber nicht viel helfen dürfte.

Es geht vorwärts!

Bei der Landtagswahl in Breslau, bei der 230 Wähler neu zu wählen waren, gewann die sozialdemokratische Partei beinahe 12 Wahlmännermandate. Das Wachstum der Sozialdemokratie beweisen folgende Zahlen: Die Sozialdemokratie erhielt: 1898: 88, 1900: 102, 1903: 222, 1908: 325, 1910: 362, 1911: 374 Wahlmänner. Unser Breslauer Bruderorgan bemerkt dazu: „Nur ein kleiner Teil der Wahlmännermandate war zu erneuern, und doch zeigte auch diese Teilwahl, daß wir nach und nach in eine Position einrücken, in der man ein eigenes Mandat nicht mehr wird streitig machen können.“

Wir wollen freilich hoffen und an unserem Teil dazu energisch beitragen, daß die preussischen Landtagswahlen das nächste Mal überhaupt nicht mehr unter dem elenden Dreiklassenwahlrecht stattfinden!

Unruhen in Tunis.

Wie aus Tunis telegraphiert wird, ist es dort am Dienstag zu ersten Streitigkeiten zwischen Arabern und Italienern gekommen. Die Unruhen sind dadurch hervorgerufen worden, daß sich unter den Eingeborenen das Gerücht verbreitete, die französische Behörde beabsichtige, die grundbuchliche Aufnahme des mohamedanischen Friedhofes vorzunehmen. Mehrere tausend Eingeborene versammelten sich auf dem Friedhof und widersetzten sich der Arbeit der Geometer. Es kam zu wiederholten heftigen Zusammenstößen zwischen Eingeborenen und Truppen, die auf die Unruher feuerten. Es heißt, daß vierzehn Araber und vier Italiener getötet wurden. Auf französischer Seite wurde ein Polizeioffizier getötet, ein Offizier und mehrere Soldaten verwundet. Während des Aufstands wurden im Vasaquartier die Läden jüdischer Händler geplündert. Einem starken Polizeiaufgebot gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Patrouillen durchstreiften unausgesetzt das arabische Viertel.

In Paris haben die Ereignisse lebhaftes Besorgnis hervorgerufen. Mehrere Blätter erklären in ihnen ein sehr ernstes Symptom für den durch die Vorgänge in Tripolis aufgestachelten muslimanischen Fanatismus. Die Meuterei habe große Ähnlichkeit mit den kürzlich in Alexandria begangenen Ausschreitungen. Das „Journal“ meint: Frankreich dürfe nicht vergessen, daß es in Tunis über hunderttausend Italiener zu beschäftigen habe, und daß man alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen treffen müsse.

Nach einzelnen Berichten hätten an den Unruhen an 15 000 Eingeborene teilgenommen. Aus Biserta werden in Tunis 1000 Mann Verstärkung erwartet. Das Redaktionsbureau des in Tunis erscheinenden Blattes „Unione“ wird von einem starken militärischen Aufgebot beschützt.

Die Ereignisse verdienen auch in Deutschland ernste Beachtung. Zeigen sie doch, wie heftig die Gärung, die sich seit langem auch in Algerien bemerkbar macht, unter den Arabern Vorderasiens ist. Die Kolonialpolitik wird hier in kurzem vor Probleme gestellt, zu deren Bewältigung nach kapitalistischen Methoden ungeheuerer Opfer notwendig sein werden. Für den Raubzug Italiens wird nicht nur der italienische Imperialismus zu büßen haben. Und da ist es das höchste Ideal unserer Kolonialnarren, auch das deutsche Volk in diese blutigen Abenteuer hineinzuziehen!

Oesterreich-Ungarn.

Für das gleiche Wahlrecht.

Budapest, 7. November. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete heute abend mehrere Versammlungen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts. Nachher zogen die Teilnehmer, 5000 an der Zahl, vor das Klubhaus der Justizpartei, wo die Abgeordneten Justiz, Graf Theodor Bathiany und mehrere Sozialistenführer Ansprachen hielten. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Frankreich.

Der spanisch-französische Geheimvertrag.

Paris, 8. November. „Matin“ veröffentlicht den Wortlaut des Geheimvertrages zwischen Frankreich und Spanien über Marokko, der am 8. Oktober 1904 in Paris vom damaligen Minister des Aeußern Delcassé und dem spanischen Votschafter Castillo unterzeichnet wurde. Der Vertrag umfaßt 16 Artikel. In Artikel I erteilt Spanien der französisch-englischen Erklärung vom 1. April 1904 über Marokko seine Zustimmung. Artikel II bestimmt die spanische Einflusssphäre, die durch die Küste und eine fast parallel von Larache über El-Ksar bis zum Mulajsch laufende Linie begrenzt wird. Artikel III bestimmt ferner, daß Spanien verpflichtet ist, in der Einflusssphäre keine Aktion nach vorhergegangenen Einvernehmen mit Frankreich in einer fünfjährigen Periode nicht übersehenden Periode auszuüben. Während dieser Periode verpflichtet sich Frankreich, über seine etwaige Aktion beim Sultan von Marokko wegen der spanischen Einflusssphäre vorher die spanische Regierung zu verständigen. In Artikel III heißt es: Für den Fall, daß der politische Zustand Marokkos nicht mehr fortbestehen oder durch die Schwäche der Regierung des Sultans die Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden könnte oder falls aus irgend einem anderen festgestellten Grunde die Aufrechterhaltung des Status quo unmöglich wäre, könnte Spanien seine Aktion in seiner Einflusssphäre frei ausüben. Artikel IV und V bestimmen, daß das

Territorium der 1880 von Marokko an Spanien abgetretenen Niederlassung Jma das Vett des Trageronastuffes nicht überschreiten soll und daß Spanien daselbst nur nach vorheriger Einvernehmen mit dem Sultan von Marokko sich niederlassen kann. In Artikel VII verpflichtet sich Spanien, sich keines Territoriums auch nur vorübergehend, unter welcher Form auch immer, zu entäußern. In Artikel IX heißt es: Der Stadt Tanger wird der besondere Charakter erhalten, den der Aufenthalt des diplomatischen Korps sowie ihre municipalen und sanitären Einrichtungen ihr verliehen. Die übrigen Artikel enthalten Bestimmungen über Bergbau, Schifffahrt, Schifferwesen, Geldumlauf usw., wodurch die betreffenden Rechte der Spanier gewährleistet werden.

Finnland.

Rassendemonstrationen in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt: Am 29. Oktober veranstaltete die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Finnland im ganzen Lande gewaltige Protestversammlungen, die von Tausenden Arbeitern und Arbeiterinnen besucht wurden. Die Versammlungen waren einberufen worden, um gegen ein empörendes Klassenjustizurteil des Hofgerichts von Abo zu protestieren. Das Gericht hatte 61 Arbeiter zu neun Jahre und drei Monate Gefängnis verurteilt und ihnen die Bürgerrechte auf mehrere Jahre aberkannt, weil sie anlässlich eines Streiks auch für zwei Tage Lohn gefordert hatten, während dieser sie auf die Lohnzahlung klagen warten mußten. Der Unternehmer war wegen Rötigung klagbar geworden und das Gericht hatte der Klage entsprechend geurteilt. Infolge dieser unerhörten Klassenjustiz ist die finnische Arbeiterkraft aufs tiefste empört. Wie ein Mann ging sie zu den Protestversammlungen, und in seltener Einmütigkeit wurde das Klassenjustizurteil im ganzen Lande von der Arbeiterchaft verurteilt.

Amerika.

Sozialistische Wahlerfolge.

New York, 8. November. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden acht Sozialisten in Ohio zu Mayors (Bürgermeistern) gewählt. In Schenectady (Staat New York) stieg die Sozialisten in der Wahl des Mayors und aller Beamten der Stadt bis auf einen. Die Sozialisten stiegen ferner in Michigan, Kansas und New Mexico. Die Demokraten stiegen in der Wahl der Gouverneure in Massachusetts, Kentucky und Mississippi, während die Republikaner Rhode Island gewannen.

Aus der Partei.

Kommunalwählerfolge.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Gedelsberg siegten die Sozialdemokraten mit einer Majorität von 400 Stimmen über den bürgerlichen Nischmachsch. Mit aller Krastanwendung (Wahn- und Postbeamte mußten geschlossen antreten) versuchten die Gegner den Sieg an sich zu reißen, aber alle Mühe war wieder einmal vergeblich. Die Freisinnigen brachten es auf ganze 249 Stimmen. Die drei Sozialdemokraten, die es auf 649 Stimmen brachten, sind somit gewählt.

In Schwedt a. O. wurden bei der Stadtverordnetenwahl vier Genossen gewählt trotz aller Schikanen und Verleumdungen der Gegner.

In Viesefeld wurden am Mittwoch bei der Stadtverordnetenerwahl die fünf sozialdemokratischen Kandidaten wiedergewählt. Es erhielten in der dritten Abteilung die Sozialdemokratie 4146 Stimmen (gegen 3602 im Jahre 1909), die Fortschrittspartei 349, die Kandidaten des nationalliberal-konservativ-zentristischen Nischmachsches 823 Stimmen.

Bei der Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung in Gdr. litz wurden sieben Sozialdemokraten mit glänzender Majorität gewählt. Es gehören nunmehr der Stadtverordnetenversammlung vierzehn Sozialdemokraten an.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Köln

in der dritten Abteilung erhielten Stimmen: Zentrum 25.000, Sozialdemokratie 13.000, Liberale 4400. — Bei der vorigen Wahl hatten erhalten: Zentrum 18.800, Sozialdemokraten 10.600, Liberale 4000. Wahlberechtigt waren 78.000, davon wählten 42.000. Die zur Wahl stehenden sieben Mandate wurden sämtlich vom Zentrum erobert.

Fasche Kombinationen. Eine Reihe bürgerlicher Zeitungen bringt die Meldung, daß für den Wahlkreis Frankfurt-Leubus der Genosse Emil Eichhorn als Kandidat aufgestellt sei. Dazu wird mitgeteilt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Die Kreisorganisation wird erst in ihrer am Freitag in Fürstentum (statfindenden Generalversammlung zu der Kandidatenfrage Stellung nehmen.

Soziales.

Die neueren Ergebnisse der Syphilisforschung.

Ueber dies Thema sprach San.-Rat Dr. Rosenthal in der letzten Sitzung der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Vortragende führte aus, daß die wissenschaftliche Bekämpfung aller Infektionskrankheiten auf der Kenntnis des Krankheitsregens und auf den Tierexperimenten beruhe. Im Jahre 1903 wiesen zuerst Reichsaff und Roux mit absoluter Sicherheit die Möglichkeit der Uebertragung auf anthropoide Affen und dann auf niedere Affen nach. Hiermit war die Basis für eine experimentelle Forschung gegeben und viele Fragen sind auf diese Weise der wissenschaftlichen Forschung zugänglich geworden. Zwei Jahre später entdeckte Schaudinn den Krankheitsregens der Syphilis, die Spirochaete pallida, die man zuerst nur mühsam, jetzt, trotzdem sie von kleinsten Dimensionen ist, mit Leichtigkeit lebend nachweisen kann. Der Spirochaetennachweis ist besonders für die Frühdiagnose der Syphilis von Belang, um möglichst frühzeitig eine Behandlung einzuleiten. Diesen beiden wichtigen Entdeckungen schloß sich im Jahre 1906 die Wassermannsche Serumreaktion an, die in der Hand des Klinikers ein wertvolles, ja sogar unschätzbbares Hilfsmittel bei der Behandlung der Syphilis liefert. Schließlich ging der Redner auf das neue Heilmittel, das Salvarsan, des näheren ein, indem er besonders seine große wissenschaftliche Bedeutung hervorhob. Nach eingehender Besprechung der Vor- und Nachteile des Heilmittels kam Redner zu dem Resultat, daß das Salvarsan als eine wertvolle Versicherung der bisherigen Syphilisbehandlung zu betrachten sei. Das Quecksilber sei zurzeit immer noch das einzige Heilmittel, von dem man mit Bestimmtheit sagen könne, daß es in richtiger Weise lange Zeit angewendet, die Syphilis zu heilen vermöge. Jedenfalls sei durch die Einführung des Salvarsans die Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in keiner Weise beeinträchtigt, denn nach besteht die Syphilis, diese Geißel der Menschheit, mit allen ihren Folgen und noch muß der Kampf auf der ganzen Linie fortgeführt werden.

Ein Unzuständigkeitskuriosum vor dem Kaufmannsgericht.

Obgleich durch das Gesetz dem Hin- und Herwandern eines Prozesses von einem Gericht zum andern wegen ungeläuterter Zuständigkeitsfragen zum großen Teil ein Ziel gesetzt ist, sind der-

artige „Wanderprozesse“ leider immer noch nicht ganz ausgeschaltet, weil viele Kläger behauerlicherweise auf den Rat des Vorsitzenden des angerufenen Gerichts ihre Klage zurücknehmen und bei dem ihnen vom Richter als zuständig genannten Gericht erneut anhängig machen. Gätten die Prozeßführenden auf einer Entscheidung bestanden und eventuell Ueberweisung an das zuständige Gericht beantragt, so wäre dieses in bezug auf die Zuständigkeit gebunden. So kann es aber passieren, daß die Partei wieder zum ersten Richter geschickt wird.

Zu welchen Kuriositäten das führen kann, zeigte sich in der letzten Verhandlung vor der 6. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der dort als Kläger auftretende Reisende Reinhold L. wollte eine Firma S. u. H. verklagen, da er aber den Kaufmann H. als Zahlungsverpflichteten angab, kam der Rechtsstreit bei der für diesen Buchstaben zuständigen Kammer des Kaufmannsgerichts zur Verhandlung. Der dort amtierende Richter gab dem Kläger den Rat, die Klage beim Kaufmannsgericht zurückzunehmen und beim ordentlichen Gericht anhängig zu machen, da er als selbständiger Agent, nicht als Handlungsgehilfe zu erachten sei. Der Reisende befolgte auch diesen Rat und pilgerte mit seinem Prozeß zum Amtsgericht Tempelhof. Der dort amtierende Verhandlungsleiter brückte dem Kläger seine Verwunderung über den Rat des Kaufmannsrichters aus und empfahl ihm, nur ruhig wieder zum Kaufmannsgericht zurückzugehen. Der von Pontius zu Pilatus geschickte L. ting jezt die Sache mal am andern Ende an und klage beim Kaufmannsgericht gegen den anderen Inhaber der Firma, Herrn S. Dadurch kam die Streitfache vor eine andere Kammer, die fünfte. Der Vorsitzende dieser Kammer, Magistratsrat Dr. Gordan, erklärte dem Kläger, daß durch ihn die Kammer in eine unangenehme Lage komme, und er hätte gar zu gern ihn gleichfalls fortgeschickt. Das Gericht sei, so meinte der Vorsitzende, in einer unangenehmen Lage, denn es sei immer eine peinliche Situation, wenn das Urteil einer Kammer durch das einer andern Kammer in derselben Streitfache desavouiert werden solle. Der Kläger ließ sich aber diesmal durch keinerlei „Erwägungen“ davon abhalten, auf einem Urteil zu bestehen. So erklärte sich denn auch schließlich die 6. Kammer mit Recht für zuständig, sie sah den Kläger als einen kaufmännischen Angestellten an.

Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Eine 288 Millionen-Anleihe.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Wischkeit trat am Mittwochabend der Stadtverordnetenausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Aufnahme einer neuen Berliner Stadtanleihe in Höhe von rund 323 Millionen Mark im kleinen Sitzungszimmer des Rathauses zum dritten Male zusammen. Nach mehrstündiger Beratung wurden an dem Anleihebedarf noch 2 Millionen Mark für in Aussicht genommene Widmungen, 4 Millionen Mark für den Durchbruch der Lindenstraße nach dem Spittelmarkt und 3 Millionen Mark für die Verbreiterung der Dresdener Straße abgesetzt, weil diese 9 Millionen Mark, sowie die schon in den vorigen Sitzungen gestrichenen 26 Millionen Mark, voraussichtlich in der nächsten Zeit noch nicht gebraucht werden. Bei der Schlussabstimmung wurden vom Ausschuß rund 288 Millionen Mark als Anleihebedarf genehmigt.

Reichstagsstichwahl in Ratibor.

Ratibor, 8. November. (Privattelegr. des „Bortv.“) Bei der heutigen Reichstagsstichwahl im 7. Ratibor-Wahlkreis erhielten Grundbesitzer Sapletta-Ratibor (B.) 10 050 und Pfarrer Banas-Lubowitz (Pole) 5600 Stimmen.

Bei der Hauptwahl am 27. Oktober erhielten Grundbesitzer Sapletta (Zentrum) 8682, Pfarrer Banas (Pole) 4399, Regierungsrat Lübbe (Reichspartei) 3467, Gewerkschaftssekretär Schwoob (Sozialdemokrat) 1800 Stimmen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee hatte das Schlachtfeld den schwarzblauen Brüdern überlassen und die Wähler aufgefordert, sich der Stimme zu enthalten, da ja beide Parteien die volksfeindliche Politik der Regierung mitmachten.

Italienische Helidentaten.

Köln, 8. November. (W. T. V.) Der Afrikaforscher Gottlob Adolf Krause, der sich insbesondere mit dem Studium der Neger Sprachen beschäftigt, telegraphiert der „Köln. Ztg.“ aus Dscherba vom 8. d. M.: Mein Haus in Tripolis ist, während ich abwesend war, von Italienern gewaltsam erbrochen und alle wissenschaftlichen Manuskripte und Bücher, 30 000 Legikonzetel beschrieben, druckfertige Manuskripte, Grammatiken und Wörterbücher bisher unbekannter zentralafrikanischer Sprachen wurden haustisch durcheinandergeworfen oder fortgeschleppt. In der Nähe vom Hause lag auf der Straße „Karl Reinhofer“, Grundzüge der Lautlehre der Vantusprache“, der wissenschaftliche Zufüge, das Ergebnis jahrzehntelanger Reisen und Forschungen in Zentralafrika, enthielt. Was vernichtet, beschädigt oder fortgeschleppt ist, ist unmöglich augenblicklich festzustellen. Ich besaß die größte existierende Sammlung von Kauffa-Manuskripten und wertvolle arabische Manuskripte aus Zentralafrika. Wäher habe ich keine Spur davon gesehen. Es ist mir unbekannt, ob sie verschwunden sind. Das Haus in der Vorstadt Dahara liegt außerhalb jeder augenblicklichen kriegerischen Aktion.

Die Unruhen in Tunis.

Paris, 8. November. Nach einer Wittermeldung aus Tunis wurden heute vormittag bei neuen zwischen Arabern und Italienern ausgebrochenen Schlägereien ein Arbeiter und zwei Italiener getötet. Durch einen Erlaß des Bey sind mehrere arabische Belungen suspendiert worden, welche an den gestrigen Unruhestörungen die Hauptschuld tragen sollen. Offiziell wird erklärt, daß die unter den Eingeborenen herrschende Gärung angesprochen antitalienischen Charakter trage, aber auf einen kleinen Teil des Eingeborenenviertels beschränkt sei.

Die siegreichen Revolutionäre.

Beking, 8. November. (Meldung d. Reut. Bur.) Ranking ist zu den Revolutionären übergegangen, da die Regierung dem Vizekönig Anweisung erteilt hatte, den aufständischen Leinen Widerstand zu leisten. Der Tatarengeneral Juansang zögerte, aber da die zu Gebote stehende Truppenzahl von 4000 Mandshufohdaten ungenügend war, um den Plag zu verteidigen, übergab sich die Stadt, nachdem aus Beking weitere Instruktionen eingetroffen waren.

Zeit und Gärung in Tänger.

Paris, 8. November. Meldungen aus Tänger besagen, daß die eingeborene Bevölkerung den zur Bekämpfung der Pest getroffenen sanitären Maßnahmen heftigen Widerstand entgegensetze. Bisher ist die Pest nur im israelitischen Viertel Tängers aufgetreten.

Gewerkschaftliches.

Schutz und Trutz.

Nun müssen den Eisenbahnern gründlich die Augen geöffnet sein. Die Verhandlungen im bayrischen Landtag über den Erlaß gegen den Eisenbahnerverband zeigten in unverhüllter Nacktheit, daß man die Eisenbahner nicht als vollwertige Staatsbürger betrachtet.

So sieht es aus im Staate der „besten Rechtsgarantien“ und der vielgerühmten Sozialpolitik. Gewiß, man will auch den Eisenbahnern erlauben, sich zu vereinigen, aber nur unter der Aufsicht der Behörden, in solchen Angelegenheiten, die keine Arbeiterinteressen betreffen!

Das Gleichnis von dem barmherzigen Samariter, der dem Feinde Gutes tut, klingt heute wie blutiger Hohn, wenn man sich das Verhalten der angeblichen Erbpächter des Christentums vergegenwärtigt. Sie fordern die Aus Hungerrung von Arbeitern, die es wagen, nach den Grundsätzen einer, den Pharisäern nicht angenehmen Ueberzeugung für die Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten!

Den letzten Rest der Hoffnung, von der Staatsmacht als gleichberechtigte Staatsbürger respektiert, als wichtige Funktionäre im Wirtschafts- und Kulturleben behandelt zu werden, raubte den Eisenbahnern nun in brutaler Despotie Preußens Regierung.

Die Eisenbahner haben im Wirtschaftsorganismus so wichtige Funktionen zu erfüllen, daß sie auch aus diesem Grunde auf anständige Behandlung und ausreichende Entlohnung Anspruch erheben dürfen.

Die Eisenbahner haben im Wirtschaftsorganismus so wichtige Funktionen zu erfüllen, daß sie auch aus diesem Grunde auf anständige Behandlung und ausreichende Entlohnung Anspruch erheben dürfen.

organismus unproduktiv, wertlos. Das ist unbestreitbar! Wie aber wird die wichtige Funktion der Eisenbahner behandelt? Zümmert sich schlecht! Das ist eine allgemein bekannte Tatsache!

So jammern sich die Benachteiligten und Zurückgebliebenen für den Eisenbahner zu einer unerträglichen Last! Man beraubt ihn der Staatsbürgerrechte und beutet die Arbeitskraft der wehrlos Gemachten in der unerhörtesten Weise aus.

Der farge Lohn läßt den Eisenbahner die staatlich geförderte Verteuerungspolitik mit am allerschmerzhaftesten fühlen. Aber der Staat denkt nicht daran, durch entsprechende Lohnzulagen die von ihm verschuldete und gewollte Teuerung für die Eisenbahner zu mildern.

Allerdings, zu einem guten Teile verschulden die Eisenbahner diese Behandlung selbst! Viel zu lange ließen sie sich durch Versprechungen und humanitären Klindbin von der gewerkschaftlichen Organisation fernhalten!

Wenn das geschieht, wenn die Regierung einsehen muß, daß die Eisenbahner doch nicht wie Heulen sich behandeln lassen wollen, daß sie unter allen Umständen ein menschenwürdiges, ihrer Bedeutung im Kulturleben entsprechendes Einkommen verlangen, dann wird man auch in der Regierung andere Seiten aufzusehen.

Dabei dürfen und werden sie nicht vergessen, daß am 12. Januar ein Tag der Abrechnung ist mit der Regierung und allen bürgerlichen Parteien, die ausnahmslos die Interessen der Eisenbahner verraten haben.

Berlin und Umgegend.

Eine gewerkschaftliche Belastungsprobe.

Die Demokratenführer des Bundes der technisch-industriellen Beamten haben bekanntlich in letzter Zeit eine taktische Schwankung vorgenommen. Sie suchten ihre Gewerkschaftsarbeit zu korrigieren.

gründeten „Bundes der kaufmännischen Angestellten“ die neue Weisheit verblenden, daß der Gewerkschaftskampf der Industrieangestellten getrennt von dem der Industriearbeiter geführt werden müsse.

Im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, Berlin, fand am Dienstagabend eine Protestversammlung statt. Sie war gut besucht. Der Gaubeamte Gramann-Dresden hielt eine Rede, die nirgends ein tieferes Eindringen in die Entwicklungsnotwendigkeiten zum modernen Industrialismus zeigte.

Auch Reichstagsabgeordnete waren eingeladen. Der Generalsabgeordnete Trimbora und der Freisinnsheld Hermann hielten sehr temperierte Verhüllungsreden. Seine als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab ein sehr prägnantes Situationsbild von der politischen Lage, der Macht des Industriekapitalismus, und betonte die Notwendigkeit, nicht das Heil von der Gesetzgebung zu erwarten, sondern die eigene Macht der Organisation zu stärken.

Der Streit der Berliner Eisenbahner und Eisenbahner. Der Bericht über die Streitverkündung im gestrigen „Vorwärts“ bedarf einer kleinen Nachbesserung. Es heißt da: Nun griffen die Metallindustriellen zu einem anderen Mittel. Sie sperren für alle diejenigen Arbeiter, die bei dem Verband der Metallindustriellen angehörigen Arbeitgeber beschäftigt waren, den Nachweis in der Wulterhauser Straße.

Die Tarifbewegung in der Damenkonfektion. Am Dienstag veranstaltete der Schneiderverband in Rigdorf eine öffentliche Versammlung für die in der Damenkonfektion Beschäftigten. Der sehr starke Besuch zeigte, daß das Interesse an der Lohnbewegung auch unter den indifferenten Arbeitern und Arbeiterinnen der Branche zunimmt.

Die Berliner Eisenbahner und Eisenbahner. Der Bericht über die Streitverkündung im gestrigen „Vorwärts“ bedarf einer kleinen Nachbesserung. Es heißt da: Nun griffen die Metallindustriellen zu einem anderen Mittel. Sie sperren für alle diejenigen Arbeiter, die bei dem Verband der Metallindustriellen angehörigen Arbeitgeber beschäftigt waren, den Nachweis in der Wulterhauser Straße.

Die Berliner Eisenbahner und Eisenbahner. Der Bericht über die Streitverkündung im gestrigen „Vorwärts“ bedarf einer kleinen Nachbesserung. Es heißt da: Nun griffen die Metallindustriellen zu einem anderen Mittel. Sie sperren für alle diejenigen Arbeiter, die bei dem Verband der Metallindustriellen angehörigen Arbeitgeber beschäftigt waren, den Nachweis in der Wulterhauser Straße.

Kleines feuilleton.

Die chinesische Marschallkass. Der Korrespondent des „Figaro“ in Schanghai teilt seinem Blatt den Text der von den chinesischen Revolutionären von Qu-Pe zum Schlachtgesang erkorenen Hymne mit. Er lautet:

O Freiheit, du, eine der größten Himmelsgaben, Vereint mit dem Frieden, wirst du auf dieser Erde Reichtum und neue Wunder wirken.

O weisses Europa, wahrlich du bist Die verdohnte Tochter des Himmels. Das Brot, den Wein — alles hast du in Fülle. Ich aber liebe die Freiheit gleich einer Gallerie.

Der Wind ist voll Wohlklang, die Rose so strahlend, Die Blumen so wohlriechend. Die Menschen werden alle zu Königen. Und dennoch vergessen wir nicht des Volkes Leiden.

Es ist unerkennbar, daß dieses Gedicht mit seinem eckigen chinesischen lyrischen Gehalt doch das Werk eines von europäischer Kultur stark beherrschten „Intellektuellen“ ist. Darauf weist nicht nur

die Anrufung Washingtons und selbstamerweise auch Napoleons hin, sondern namentlich auch die Anwendung der christlichen Zeitrechnung.

Rausen über die neuen Aufgaben der Polarforschung. Frithjof Rausen, der eben in London weilte, hat einem englischen Journalisten gegenüber sich über die neuen Aufgaben der Polarforschung ausgesprochen, die nun, da nach jahrzehntelanger Jagd der Nordpol endlich erreicht ist, in eine neue und wissenschaftlich ungleich fruchtbarere Phase eintreten wird.

Frithjof Rausen sagt bitter über das untermeidliche Schwinden der Eskimokultur, die schließlich der „tribunalen Zivilisation“ unserer Kulturwelt zum Opfer fallen muß. „Ich nenne unsere Zivilisation tribunal, weil sie das meiner Ansicht nach wirklich ist. Sie strebt danach, alle Menschen einander gleich zu machen.“

Grundlage errichtet. Das ist ihr Geheiß: „Ich habe heute einen schlechten Tag gemacht, aber morgen werde ich einen besseren machen: daher wirst du mir etwas von deinen Fischen abgeben. Wenn du dann morgen einen schlechten Tag machst, kann ich dir von meinen Fischen geben.“

Der Mensch ohne Skalp. Die schönen Zeiten, deren Schilderung noch immer unsere Jugend in flammende Vereinerung versetzt, als noch die Indianer als Herren der Prärien Nordamerikas schalteten und mit den Trappern ihre Kämpfe führten, gehören auf immer der Vergangenheit an. Infolgedessen ist es wohl auch schon lange her, seit jemand drüber nach dem Brauche der Indianer skaliert worden ist.

Notizen.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelm-Städtischen Schauspielhaus wird die für Freitag angelegte Premiere von Martin Langens Trauerspiel „Don Juan“ erst am Sonnabend stattfinden.

Die Industrie in der Kunst. Das Kunstmuseum der Stadt Essen wird im Mai 1912 unter dem Titel „Die Industrie in der bildenden Kunst“ eine Ausstellung veranstalten, zu der alle hervorragenden Maler, die sich mit dem Problem des Industriebildes befaßt haben, eingeladen werden sollen.

Wegen Anfertigung von Streikarbeit sind die Firmen Heilmann, Vortelstr. 12, und Domeser, Brunnenstr. 52, gesperrt. Die Sühntungskommission.

Eine wahre Schauer Geschichte über angeblichen Terrorismus

freigewerkschaftlicher und sozialdemokratischer städtischer Arbeiter in Schöneberg gegenüber den Hirsch-Dunderschen bringen „Morgenpost“ und „Berliner Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift: „Der freilebende Arbeiterauschuss“. Es heißt darin:

Abgelehntes Zusammenarbeiten.
In Schöneberg haben sich Magistrat und Stadtverordneten mit der Bildung besonderer Arbeiterausschüsse für die städtischen Bediensteten einverstanden erklärt. Die verschiedenen Kategorien der städtischen Arbeiter wählten nun ihre Delegierten für diesen Ausschuss, und zwar gestern. Von den Gewählten gehören zwei dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein an. Die sozialdemokratischen Vertreter weigern sich jedoch, mit den Hirsch-Dunderschen zusammen zu arbeiten, und der Arbeiterauschuss kann deswegen nicht in Funktion treten.

Die Gemeinde Schöneberg ist auf sozialpolitischem Gebiete stetig fortgeschritten. Der verlorene Oberbürgermeister Wilde hatte sich ein offenes Ohr für die Beschwerden der städtischen Arbeiter und zeigte sich den Bestrebungen der sozialdemokratischen und der liberalen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, soweit sie auf eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Stadt und städtischen Arbeitern hingingen, stets geneigt. Auch der neue Oberbürgermeister Dominicus ist ein Mann des sozialen Fortschritts. Nachdem das Arbeitsnachweises in Schöneberg ausgebaut war, wurde vor Monatsfrist der sozialdemokratische Stadtverordnete Däumig als beförderter Magistratsbeamter für den Arbeitsnachweis gewählt. Der Magistrat zog ihn den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen, die für diesen Posten hätten in Betracht kommen können, vor, weil er Däumig für besonders geeignet hielt, und dokumentierte damit, daß politische Beweggründe bei der Vergabe des Amtes nicht obwalten. Um so mehr muß das Verhalten der Arbeiterauschussmitglieder über- raschen.

Magistrat und Stadtverordnete überzeugten sich vor einiger Zeit, daß es nicht mehr möglich sei, die verschiedenen Deputationen und Ausschüsse mit den Arbeiterfragen allein zu betrauen und Wünsche und Beschwerden direkt entgegenzunehmen. Was in vielen anderen Städten von den liberalen Majoritäten abgelehnt wurde, die Bildung eines besonderen Arbeiterauschusses als selbständige Vertretung der Arbeiter der Stadtverwaltung gegenüber, nehmen die Schöneberger Liberalen an, und so wurden dann schließlich die Delegiertenwahlen für die Interessenvertretung der Arbeiter ausgesprochen. Der Magistrat irrt sich dabei, daß die Arbeiter die Delegierten ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den einzelnen Werken wählten. Er sieht durch, daß jede Kategorie von Arbeitern in den verschiedenen städtischen Abteilungen ihre eigene Vertretung im Arbeiterauschuss haben muß. Alle Werke wählten nun Angehörige der freien Gewerkschaften, nur bei den Straßenreinigern siegte mit einer Stimme Sozialist zwei in dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein.

Damals hat es nun ein großes Hallo bei den Arbeitern gegeben, und in einer Versammlung wurde den sozialdemokratischen Delegierten aufgegeben, mit den Hirsch-Dunderschen zusammen zu arbeiten. Nach vieler Mühe gelang es dem Sozialisten endlich, eine Zusammenkunft aller Arbeitervertreter herbeizuführen, und hier wurde denn auch der Vorstand des Ausschusses gewählt. Die „Freien“ wählten nur ihre Delegierten hinein, beherrschten also den ganzen Vorstand. Trotzdem hat der Arbeiterauschuss bis heute nicht zusammenzutreten können, weil die sozialdemokratischen Delegierten sich beharrlich weigern, mit den Liberalen zusammen zu arbeiten.

Im Schöneberger Magistrat und in den Kreisen der liberalen Stadtverordneten hat dieser „Streik“ viel böses Blut gemacht. Man will unter keinen Umständen die beiden Hirsch-Dunderschen fallen lassen, weil damit der Arbeiterauschuss als eine politische Einrichtung erklärt würde. Weiblen die Sozialdemokraten bei ihrer Weigerung, so ist die Auflösung des Arbeiterauschusses mehr als wahrscheinlich. Das aber wäre im Interesse der Arbeiter selber zu bebauern.

So viel Worte, so viel Lügen und Entstellungen. Der Arbeiterauschuss besteht seit März 1907 und ist nicht erst, wie es im Artikel heißt, „geformt“ worden. Alljährlich im März finden Neuwahlen statt. So auch in diesem Jahre. Das Resultat der diesmaligen Wahl war nicht die Wahl sozialdemokratischer Vertreter, sondern die Wahl von Mitgliedern des Gemeindearbeiterverbandes in allen Betrieben, auch in der Straßenreinigung. Nur ganz gemeine Demagogie bringt es fertig, fortgesetzt von sozialdemokratischen Vertretern zu sprechen, und zwar mit einer ganz bestimmten Absicht. Gerade die Verbandsvertreter im Arbeiterauschuss sträuben sich dagegen, den Arbeiterauschuss zum Tummelplatz politischer Diskussionen zu machen. Sie sind politisch und gewerkschaftlich viel zu gut geschult und wissen, daß hierbei die Politik ausschalten ist. Aber gerade der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Richtung, nebenbei Vorstandsmitglied des liberalen Vereins, hielt es in der letzten Sitzung des Arbeiterauschusses für angebracht, den Verbandsmitgliedern ihre politische Gesinnung vorzuerwerfen auf den Jenaer Parteitag hinzuweisen und dergleichen. „Der Vorsitzende des Arbeiterauschusses, ein Verbandsmitglied,“ wachte sich ganz entschieden gegen die Versuche, an dieser Stelle politische Diskussionen zu pflegen und er fand darin die Unterstützung des liberalen Herrn Stadtrats Böb. Es heißt dann weiter: „Nach vieler Mühe gelang es dem Magistrat endlich, eine Zusammenkunft des Arbeiterauschusses herbeizuführen.“ Das Gegenteil ist richtig. Monatslang haben die Mitglieder des Arbeiterauschusses darauf gewartet, daß der neugewählte Ausschuss zusammenberufen würde. Die Einberufung liegt nämlich nach § 9 der Bestimmungen in den Händen der Verkehrsdeputation. Die Arbeiter selbst haben verschiedentlich darauf gedrungen, die konstituierende Sitzung einzuberufen. Doch dies nicht geschah, hatte seinen besonderen Grund. Wie schon oben bemerkt, wurden bei den Neuwahlen im März allenfalls die Verbandskandidaten gewählt. In der Straßenreinigung in der Stichwahl. Hier wurden im ersten Wahlgange 110 Stimmen abgegeben. Es erhielten die Hirsch-Dunderschen Kandidaten 66 Stimmen, die Verbandskandidaten 44, 1 Zettel war weiß. Der Wahlvorstand, der nebenbei aus Vertretern des Magistrats, des Gewerksvereins und des Verbandes besteht war, beschloß auf Grund der unklaren Bestimmungen des Reglements einstimmig, daß Stichwahl stattfinden müsse. Wohlgemerkt, auch mit Zustimmung des Gewerksvereinsleiters.

Das Resultat der Stichwahl war die Wahl der Verbandsvertreter mit erheblicher Majorität. Dieses Resultat kam den Verbandsmitgliedern überraschend, da sie selbst nur 20 Mitglieder zählten, während der Gewerksverein etwa 60 zählte. Es hatte also eine große Zahl Gewerksvereintler für die Verbandskandidaten gestimmt. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten erfolgte aber keine Einberufung des Ausschusses. Es verging der April, auch der Mai, nichts rührte sich. Da, kurz vor der Grundsteinlegung des neuen Rathauses, kam ein Entschluß des Magistrats, daß die Proklamierung der Arbeiterauschussmitglieder zu Unrecht erfolgt sei. Er erklärte die Hirsch-Dunderschen Kandidaten für gewählt! Da ein Protest dagegen erfolglos war, legten die freigeordneten Ausschussmitglieder ihre Mandate nieder. Die Arbeiter beschloßen darauf Beteiligung an den Neuwahlen, legten aber den Kandidaten die Verpflichtung auf, ihre Mitarbeit im Ausschuss davon abhängig zu machen, daß der gesamte Ausschuss auf Grund einwandfreier Wahlen bestände und verlangten, daß auch in der Straßenreinigung Neuwahlen vorgenommen würden. Der Magistrat lehnte dies ab. Er erklärte aber in seinem Schreiben: „Um die Möglichkeit weiterer Streikpunkte für

die Zukunft schon heute zu beseitigen, hat der Magistrat außerdem beschlossen, daß bei künftigen Wahlen nur diejenigen Stimmzettel zu zählen sind, welche gültige Stimmen enthalten.“

Hiermit gibt der Magistrat zu, daß das Wahlsystem mangelhaft ist und der Wahlvorstand also im guten Glauben gehandelt hat. Noch parlamentarischer Brauch müßte gerade wegen der Stichwahl eine Neuwahl angeschlossen werden.

Daß die freigewerkschaftlich organisierten Vertreter sich weigern, aus politischen Gründen mit den Hirsch-Dunderschen zusammenzuarbeiten, ist eine ganz dreiste Verleumdung, die in sich zusammenfällt angesichts der Tatsache, daß bis März und auch in früheren Jahren beide Richtungen zusammengearbeitet haben. Rein, der Magistrat und die liberale Fraktion haben aus dieser Rechtsfrage eine Rechtsfrage gemacht. Man will unter keinen Umständen die Hirsch-Dunderschen fallen lassen, weil damit der Arbeiterauschuss als eine politische Einrichtung erklärt würde.“

Diese Auslassung des Magistrats und der liberalen Fraktion geben erst der ganzen an und für sich wahrlich nicht so weltbewegenden Angelegenheit einen politischen Anstrich. Auch diese ungedachte Stellungnahme wird nur erreichen, daß das Vertrauen der Arbeiterchaft noch mehr erschüttert wird. Die Behandlung der Lohnfrage — die städtischen Arbeiter warten seit Jahresfrist auf die Verantwortung ihrer Anträge — zeigt zur Genüge, wie es zurzeit um die Sozialpolitik in Schöneberg bestellt ist.

Es kennzeichnet aber die beiden Zeitungen, die so oft in „Arbeiterfreundlichkeit“ mochen, daß sie, ohne sich auch auf der anderen Seite zu informieren, diesen Unwahrheiten Raum geben.

Achtung, Tapezierer! Vor Zugang von Tapezierern nach Jena denia wird dringend gewarnt. Die Firma Gerloff sucht in hiesigen bürgerlichen Blättern Arbeiter. Lasse sich niemand einfangen. Die Hauptverwaltung.

Deutsches Reich.

Der Streik auf der „Carlshütte“ bei Wiedenburg.

Der Streik der Holzer- und Siederarbeiter hat sich mit Ablauf der Ruhefrist am 4. d. Mts. vollständig auf die übrigen Abteilungen des Betriebes ausgedehnt. Die „Carlshütte“ ist nun mit Ausnahme der Garde allein, da auch die hinzugezogenen Arbeitskräfte wieder fort sind, bis auf einige Exemplare, die der „Carlshütte“ über zu gönnen sind. Besonders unangenehm ist es für die Direktion, daß kein einziger der Hinzugezogenen geblieben ist. Da von denen jetzt in den Ausbilden mit hineingezogenen Arbeitern auch noch viele Werkwohnungen innehaben, mußten diese auch sofort geräumt werden. Es ist jedoch gelungen, auch diese Arbeiterfamilien anberweitigt unterzubringen.

Die „Carlshütte“ scheint sich aber auch ihrer „Gelben“ nicht mehr sicher zu sein; in einem Anschlag werden sie von der Direktion gebeten, doch um Himmelswillen nicht ihre Farbe zu wechseln, sondern gelb zu bleiben.

Durch die der Direktion ergebene Presse läßt die „Carlshütte“ die Nachricht verbreiten, daß sie vom Unternehmerverband wöchentlich rund 3000 M. Streikunterstützung bekomme. Den Arbeitern wurde eine Prämie von 20 M., also rund 50000 M. zusammen und sonstige, recht kostspielige „Wohlthaten“ versprochen, wenn sie Verrat an ihren Arbeitskollegen verüben würden, und legt muß die „Carlshütte“ die Unterstützung derjenigen in Anspruch nehmen, die sie sonst im Konkurrenzkampf rücksichtslos bekämpfte.

In einer Gewerbegerichtssache wurde der Direktion der „Carlshütte“ eine derbe Lektion erteilt. Als die Holzer- und Siederarbeiter die Arbeit verlassen hatten, wurden circa 40 Arbeiter anderer Abteilungen aufgefodert, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Diese weigerten sich und verlangten, bei ihrer bisherigen Arbeit weiter beschäftigt zu werden, weil sie keine Streikarbeit machen wollten. Da die Direktion jedoch die Verrichtung der Streikarbeit verlangte, lösten die Arbeiter das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung des vierzehntägigen Kündigungsfrist. Die „Carlshütte“ strengte deshalb bei dem Gewerbegericht gegen 85 Arbeiter Klage auf Schadenersatz wegen Kontrollbruch an. Die Arbeiter erhoben dagegen Widerlage und beanspruchten ihren Lohn für 14 Tage, weil sie durch die „Carlshütte“ verhindert worden waren, ihre bisherige Arbeit fortzusetzen. Nach eingehender Verhandlung wurde die „Carlshütte“ mit ihrer Schadenersatzklage abgewiesen. Der Widerlage der Arbeiter wurde vom Gericht stattgegeben und die „Carlshütte“ verurteilt, an 28 Arbeiter den Lohn für 14 Tage in Höhe von 1700 M. zu zahlen.

Da die Arbeiter aller Branchen gewillt sind, den Kampf für Erhaltung des Koalitionsrechtes auf der „Carlshütte“ durchzuführen, ist auch die weitere Fernhaltung des Zugangs erforderlich.

Es muß weiter gehungert werden.

Die Textilsfabriken in Langenbielau lehnten die von der Arbeiterschaft mit Rücksicht auf die große Teuerung und die schlechten Löhne geforderte Lohnerhöhung von zehn Prozent rundweg ab.

Die Heizungsmonteure sind in Bremen in den Streik getreten. Zugang dahin ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Ausland.

Der Arbeiterkrieg in Großbritannien.

London, 6. November 1911. (Fig. Ver.) Das Ende des Eisenbahnerstreiks war nur der Anfang einer kurzen Pause in dem erbitterten Kriege zwischen Kapital und Arbeit in diesem Lande. Das wird mit jedem Tage klarer. Nebenbei droht es zu neuen Meilenkämpfen zu kommen. Der Streik der Londoner Automobilführer, durch den gegen 20000 Mann arbeitslos geworden sind, ist durch die stattgefundenen Verhandlungen nicht beigelegt worden. Beide Parteien scheinen auf einen langen Kampf gefaßt zu sein. Die dem Unternehmerverband angeschlossenen Gesellschaften haben ihre Geschäfte geschlossen, und hegen keine Absicht, Streikbrecher anzunehmen. Die Arbeiter bilden mit Vertrauen in die Zukunft; das Geld in der Streikklasse und die Beiträge der arbeitenden Kollegen (1 Schilling und 2 Schilling pro Tag), die jetzt eine goldene Ernte einheimen, werden sie manche Woche über Wasser halten können.

Auch im Londoner Hafen droht es wieder zum Streik zu kommen. Zwischen dem Transportarbeiterverband und der Londoner Hafenbehörde ist es zu einer Streitigkeit gekommen, die leicht zu einem allgemeinen Hafenarbeiterstreik ausarten kann. Ein Schiffseigentümer weigerte sich, den Ausländern die in dem letzten Vertrag festgelegten Löhne zu zahlen. Das Schiff wurde darauf in ein Dock gebracht, das der Londoner Hafenbehörde gehört, die nun ihre festangestellten Arbeiter beauftragte, die Arbeit zu verrichten. Da griff der Transportarbeiterverband ein und machte seine Mitglieder auf ihre gewerkschaftlichen Pflichten aufmerksam. Die Arbeiter lehnten die Arbeit ab und wurden entlassen. Einer zweiten Mannschaft, die von dem Hafnamt zu derselben Arbeit abkommandiert wurde, erging es nicht besser. So wird augenblicklich ein Arbeiter nach dem anderen entlassen und sollte das Hafnamt fernerhin auf seiner starren Stellungnahme beharren, so kann es im Ru zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung von London bis Tilbury kommen.

Auch die Unzufriedenheit unter den Postbeamten hat in den letzten Tagen einen akuten Charakter angenommen. Die Postbeamten verlangen mit Rücksicht auf die verteuerten Lebensbedürfnisse eine Revision der Gehälter, die der Postminister nicht bewilligen will. Er hat den Beamten vor kurzem die wenig tröstliche Meldung gemacht, daß ihre Beschwerden von einer im Jahre 1913 (i) einzusetzenden Kommission untersucht werden sollen. Welchen Eindruck diese Ankündigung auf die bedrängten Beamten gemacht hat, kann man sich leicht vorstellen.

Der Beschluß der Eisenbahnergewerkschaften, eine Urabstimmung über den Generalstreik vorzunehmen, wurde schon in einem ausführlicheren Bericht mitgeteilt.

Sehr kritisch ist auch die Lage im Bergbau geworden. Gestern Sonnabend hielt das Einigungsamt für Südwales eine Sitzung ab, in der die Minimallohnforderung der Arbeiter diskutiert wurde. Die Arbeitgeber nahmen gegenüber der Forderung der Bergarbeiter einen absolut ablehnenden Standpunkt ein. Die Vertreter der Arbeiter forderten darauf die Unternehmer auf, Klipp und klar auf vier Fragen zu antworten. Die Fragen der Arbeiter und die Antworten der Unternehmer lauteten:

1. Sind Sie gegen unsere Vorschläge? — Ja.
2. Sind Sie prinzipiell gegen den Minimallohn? — Ja.
3. Haben Sie irgend welche Gegenanschläge zu machen? — Nein.
4. Weigern Sie sich, den bestehenden Vertrag in irgend einem Punkte abzuändern? — Ja.

Nach diesen Antworten zu urteilen, scheint es, als ob die Unternehmer gewonnen wären, es auf den Generalstreik der Bergarbeiter ankommen zu lassen. Auch in dem mittelländischen Kohlengebiete herrscht unter den Zechenbesitzern ein ähnlicher Geist. Dort wird die Frage in einigen Tagen beraten werden. Einer der größten Bergwerksbesitzer in jenen Landesteilen hat erklärt, daß die Unternehmer entschlossen seien, auf keinen Fall nachzugeben. „Wir haben uns“, so fährt er aus, „in jeder möglichen Weise auf den riesigen Streik vorbereitet, den man niemals erlebt hat. Es muß dazu kommen, und das sehr bald.“

Schutz vor Schutzleuten!

Der Dortmunder Strafkammer fand am Dienstag, den 6. November, die in selten krasser Weise gegen die städtische Polizeiwilktät beleuchtete.

In der Nacht vom 3. zum 4. März d. J. begaben sich in Höhe mehrerer Personen von einer Polterabendfeier nach Hause. Ein Arbeiter sang, er wurde festgenommen und in Ketten zum Rathaus geführt. Zwei Brüder, die mit dem Verhafteten befreundet waren, begaben sich hierauf zum Rathaus, um den Festgenommenen zu legitimieren. Die Postbeamten wiesen die Brüder jedoch ab. In dem Augenblick, als diese sich zum Fortgehen wandten, sprang dem einen von ihnen ein Zivilist an die Brust. Die Weiden kamen zu Fall. Der Zivilist rief jetzt zwei Polizeibeamte herbei und ließ den ersten der Brüder verhaften und ohne weiteres in eine Zelle sperren. Wie sich später herausstellte, war der Zivilist der Hörder Polizeikommissar Heide. Bald nach diesem Vorgang hörte der zweite Bruder mehrmalige Hilferufe seines verhafteten Bruders. Er beehrte unter Hinweis auf die Hilferufe Einlaß ins Rathaus, der ihm bereitwillig gewährt wurde. Hinter ihm ließ der Polizeikommissar in Zivil die Tür verschließen und als dann der Mann sich erkundigte, weshalb man seinen Bruder verhaftet habe, wurde er auf Anordnung des Kommissars in eine Arrestzelle gesperrt.

Von diesen Vorgängen erfuhr der Bruder der beiden letzteren, ein Polizeibureaubeamter der Stadt Dortmund. Dieser begab sich jetzt ebenfalls zum Rathaus. Dort forderte der Kommissar in Zivil ihn auf, nach Hause zu gehen. Der Bureaubeamte, der sich durch seinen Militärpaß legitimiert hatte, erwiderte dem Kommissar, daß er keine Verächtigung zu einer solchen Aufforderung anzweifeln müsse. Auf die weitere Aufforderung eines uniformierten Polizeibeamten wandte der dritte Bruder sich zum Gehen. Als er vier oder fünf Schritte gegangen war, wurde auch er auf Veranlassung des Zivil-Kommissars verhaftet und ebenfalls in eine Arrestzelle eingesperrt. Obwohl alle vier Verhafteten sich legitimiert hatten, hielt man sie bis zum nächsten Morgen in Haft. Der zweite Verhaftete war auf der Wache, angeblich auch auf Anordnung des Kommissars, mit der Schlichte und einem Revolver von einem Polizeibeamten über den Kopf geschlagen worden. Er verließ die Wache mit zwei klaffenden Kopfwunden.

Nach dem üblichen Brauch im Lande der vollendeten Rechtsgarantien kamen nicht etwa die Polizeibeamten, gegen die Strafanzeige erstattet war, auf die Anklagebank, sondern die zu Unrecht Verhafteten. Das Gericht erster Instanz verurteilte die Verhafteten, mit Ausnahme des dritten Bruders, — Der erste Verhaftete erhielt wegen ruhestörenden Lärms eine Geldstrafe von 5 M., die er anerkannte. Der erste der Brüder wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 20 Mark und der zweite Bruder wegen Hausfriedensbruchs zu einer Strafe von 10 Mark verurteilt. Trotz der Verurteilung ließ es in dem Urteil des Schöffengerichts, daß der Kommissar Heide keinen Glauben verdiene, und daß den Angeklagten mildernde Umstände zugestanden worden seien, weil sie durch das übereilte und wenig besonnene, vielmehr zu scharfe Vorgehen der Polizei, insbesondere des Kommissars, gereizt gewesen seien.

Gegen das Urteil legten sowohl die Angeklagten als auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Polizeiergeanten erklärten, sie hätten die Befehle des Kommissars ausführen müssen. Weshalb die drei Brüder verhaftet worden waren, konnten die Beamten nicht sagen. Ein Polizeiergeant befandete, daß die Polizeibeamten den Kommissar für betrunken gehalten hätten. Einige Zivilzeugen bestätigten restlos die Angaben der Angeklagten, daß diese zu irgendwelchem Einschreiten der Polizei keine Veranlassung gegeben hätten. Der Kommissar beschwor das Gegenteil trotz fortgesetzter Ermahnungen des Vorsitzenden.

Das Gericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft und sprach die Angeklagten kostenlos frei. In den Urteilsgründen heißt es, daß gegen die Angeklagten absolut nichts erwiesen sei. Wenn der zweite Angeklagte die Polizeibeamten geschlagen habe, so sei dies lediglich eine Folge der übermäßigen Gewaltanwendung der Sicherheitsbeamten, der Angeklagte machte sich jedoch keineswegs strafbar. Im übrigen hätten sich die Angeklagten bei dem fraglichen Vorgang durchaus korrekt benommen. Die Festnahme der Angeklagten sei völlig unberechtigt und durchaus ungeschicklich gewesen.

Nach den Mitteilungen des Staatsanwalts schweben gegen den Kommissar eine ganze Anzahl Verfahren. Das Dortmunder Parteiblatt, das sich mit den eigenartigen Praktiken des Kommissars schon des öfteren befaßt hat, hat vor Jahren schon seine Abweisung verlangt. Bei einer Raifeier hat der eifrige Kommissar ebenfalls mehrfach grundlos Verhaftungen vornehmen lassen. Damals wurde gegen 30 Raifeierteilnehmer ein Verfahren eingeleitet. Wird eine alsbaldige Aburteilung des Polizeikommissars, der auffallenderweise noch immer auf freiem Fuße sich befindet, erfolgen? Oder werden sich auch hier wie in dem Fall des Polizeiergeanten Bode in Duisburg über dessen Taten wie am Mittwoch berichteten, unüberwindliche Schwierigkeiten der Abführung ins Justizhaus entgegenstellen? Der Reichskanzler hat Kriegsschiffe zur Sicherheit von Leib und Leben von Deutschen im Ausland nach dem Ausland geschickt. Weit bringender wäre der Schutz der Deutschen in Deutschland gegen polizeiliche Verdröbungen von Leben und Gesundheit der Deutschen in Deutschland.

Aus Industrie und Handel.

Die deutsche Roheisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Oktober 1911 insgesamt 1384 941 Tonnen gegen 1250 702 Tonnen im September 1911 und 1291 879 Tonnen im Oktober 1910. Die Erzeugung während der Monate Januar bis Oktober 1911 stellte sich auf 12842 600 Tonnen gegen 12213 908 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenverberberarbeit und Rassenhygiene.

Die weibliche Berufsarbeit ist aus der wirtschaftlichen Not heraus geboren. Sie ist daher eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die sich nicht mehr aus der Welt schaffen läßt. In der Erwerbsarbeit der Frau unter den gegenwärtigen Bedingungen stehen mehr die Entwicklung der Rasse hemmende, als begünstigende Faktoren. Die Erwerbsarbeit begünstigt die Rassenentwicklung durch die Verminderung der Versorgungsgüter, durch Befreiung der Verquickung des Geistes und Materie in der Ehe, durch Ermöglichung einer früheren Eheschließung, Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Klassen, Gewöhnung der jungen Mädchen an eine geregelte Tätigkeit und die dadurch bedingte Erweiterung der Lebenskenntnisse der Frau. Aber die herrschenden sozialen Verhältnisse, unter welchen die Erwerbenden und namentlich die weibliche Erwerbskraft leidet, bringen in viel höherem Maße eine Verschlechterung der Rassenentwicklung hervor. Diese Schädigungen sind bedingt durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Frau, durch Befreiung von Frauen, insbesondere von schwangeren Frauen in bestimmten gesundheitsschädlichen Betrieben, die durch Staub, Hitze, giftige Gase die Gesundheit zermürben. Die Entwicklung der Rasse wird weiter gehemmt durch mangelnden Wöchnerinnenschutz, durch unzureichende Schonung vor und nach dem Wochenbett, durch die Vereitelung des Stillens und durch Überlastung der Frau (neben der Mutterarbeit außerhäusliche Berufsarbeit und häusliche Pflichten), durch mangelnde Lebenshaltung, Unterernährung und schlechte Wohnungsverhältnisse. So sind 258 000 Familien durch die herrschenden empörenden sozialen Verhältnisse gezwungen, in Wohnungen von 1 Zimmer und Küche zu leben. Das sind 62,2 Prozent der Bevölkerung. Durch die mangelnde Ernährungsverhältnisse werden Millionen unzureichend ernährt schon im Mutterleib, weil der mütterliche Organismus auch hungert. Infolge Mangel an Nahrung und Pflege sterben in Preußen 16 Proz. eheliche und 26,8 Proz. uneheliche Säuglinge. In der Domäne Bromberg 39,5 Prozent und im Regierungsbezirk Bromberg 40,6 Proz. So läßt man die Rasse wegstirben. Bei den rohen Völkern wirt man das Kind den wilden Tieren vor, bei den modernen Völkern läßt man es aushungern.

1909 starben in Deutschland 335 000, das sind 17 Proz. aller Lebendgeborenen. In der Fürsorge steht das Deutsche Reich an einer der letzten Stellen mit Rußland und Oesterreich. In Norwegen sterben ein Drittel Prozent der Deutschen. Seit die Fürsorge in Deutschland eingesetzt hat, wird die Sterblichkeit etwas herabgedrückt, wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

1875 starben in Berlin . . .	27,5 Proz.
1901	17,2 .
unehelich	47,7 .
1908	27,7 .
1901	55,9 .
1908	29,8 .

Ausreichender Wöchnerinnenschutz vor, während und nach der Geburt sind Forderungen der Humanität, und sie zu gewähren ist soziale Pflicht der Gesellschaft. Aber die kapitalistische Gesellschaft ist weit davon entfernt. Ueber 100 000 Frauen entbinden jährlich in Deutschland ohne Hebammenhilfe. Allein ohne Hilfe entbanden in Allenstein 42,7 Proz., Bromberg 27 Proz., Gumbinnen 15,7 Proz. usw. ufm.

Die Regierung sträubte sich, der hohen Kosten wegen, Wandel zu schaffen. Das Kindergebären sei eine private Angelegenheit! Eine alte Auffassung. In Wirklichkeit ist die Frage des Nachwuchses eine Frage der Gesellschaft. Die Frau leistet einen hohen Dienst und hat hohen Schutz zu beanspruchen, nicht als Wohlthätigkeit, sondern als ein Recht. Das Wohl der Mutter ist das Wohl des Kindes. Leidet die Mutter, dann leidet das Kind. Stirbt die Mutter, dann verliert das Kind seine beste Stütze. Die Zukunft liegt im Nachwuchs, nicht auf dem Wasser. Das höchste Gut ist die Gesundheit. Die Mutter zu schützen, ist eine nationale Aufgabe. Im Interesse der Rassenhygiene sind Schutzmaßnahmen zu treffen, überhaupt Sozialreformen auf allen Gebieten. Hunderttausende kräftiger und geistig hochentwickelter Individuen müssen alljährlich zugrunde gehen, weil der Existenzkampf auf einem kapitalistischen Schwandelsystem beruht. Der Kampf ums Dasein ist bei den Menschen nicht zu verwechseln mit dem Kampf ums Dasein der Tiere. Der Kampf ist der Vorläufer der Vernichtung. Das zeigt uns auch in einer Schrift Dr. Fischer-Harldt (Neufestungsstatistik und Volksgesundheit). In derselben wird darauf hingewiesen, wie groß der Gesundheitsunterschied zwischen Abkommen selbständiger Väter und den Abkommen unselbständiger Väter ist.

Die Zahl der Tauglichen, die von selbständigen Vätern abstammen, betrug am 1. Dezember 1908 auf 100 Teile 138,93. Von unselbständigen Vätern auf 100 Teile 72,63. Noch größer ist der Unterschied der Mannschaften in der ländlichen Bevölkerung. Auf 100 Teile des Solts waren tatsächlich am 1. Dezember 1908 Mannschaften vorhanden von in der Landwirtschaft beschäftigten selbständigen Vätern 180,32, von unselbständigen 78,79. Eine erschreckend geringe Leistungsfähigkeit der Weiblichen den Weiblichen gegenüber. Wie sehen daraus, daß weder der Verus, noch der Wohnort für die Körperbeschaffenheit des Menschen maßgebend ist, sondern einzig und allein die bessere soziale Lage. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Durchschnittgröße der Einjährigen die der übrigen Mannschaften um 4,13 Zentimeter übertrifft (171,62 gegen 167,49 Zentimeter). Also lediglich bessere Wohnungsverhältnisse und Erwerbsverhältnisse spielen für die Gesundheit und das Gedeihen eines Volkes eine entscheidende Rolle. In den Klüden der Arbeiterklassen sind die Grundlagen des Reiches und die Verbesserung der Rasse zu suchen. Statt dessen wird den Arbeiterfrauen durch Agrar- und Einfuhrzölle oder aus der Brotkorb immer höher gehängt und der Fleisch- und Milchkonsum so gut wie aufgehoben. Dadurch wird den Müttern für das Stillen der Säuglinge mit der Mutterbrust immer mehr die Möglichkeit genommen. Und während die kapitalistische Wirtschaftsweise das Volk aushungert, zwingt es Hunderte von Frauen, im schwangeren Zustande bis zuletzt im Erwerbsleben zu verharrten. Hier nagt der Wurm an der Wurzel der Volksgesundheit, und hier liegt die Schuld an der Degeneration der Rasse. Rassenhygiene bedeutet in erster Linie Sozialpolitik! Rassenverbesserung erfordert vor allem Wöchnerinnenschutz, Mutter- und Säuglingschutz im weitestgehenden Sinne. Hebung der wirtschaftlichen Lage durch Befreiung des Volkswuchers. Regelmäßige Einkommens- und Arbeitsverhältnisse auf sozial-ökonomischer Basis u. a. m.

Gegen die heutigen unerträglichen Zustände führt die intelligente Klassenbewegung Arbeiterklasse allein den Kampf. Die Frauen, als die am meisten Interessierten müssen mit aller Energie daran teilnehmen und in den ersten Reihen stehen. Ihnen hat man ja nicht das Recht gegeben, ihre Stimme in die Wogenschale zu werfen. Aber das Recht, für ihre geraubte Stimme andere Stimmen zu werben, werden sie sich nicht nehmen lassen, und so bei den bevorstehenden Reichstagswahlen dieser schmuckvollen Gesellschaft ihre unzweideutige Antwort geben.

Lebensende.

Mariendorf. Heute abend 8 Uhr, beim Restaurant Paul, Königstraße 14.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Rissen.

Western stand in einem „Rissen-Prozeß“ vor der 148. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Assessors Vlododorf ein Verhandlungstermin an. Privatkläger ist der Präsident der Bühnengenossenschaft Hermann Rissen, vertreten durch den Syndikus der Genossenschaft, Rechtsanwalt Dr. Ernst Schlegelinger und den Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I, die Klage richtet sich gegen den Geh. Intendanten Emil Ledner, verteidigt durch den Justizrat Bernslein in München.

Gegenstand der Klage ist folgendes: Der Schauspieler Voigt hatte eine gegen den Privatkläger gerichtete Broschüre unter dem Titel „Rissen“ veröffentlicht. Auf diese Broschüre hatte Rissen in dem Genossenschaftsorgan „Neuer Weg“ in einem Artikel unter der Ueberschrift „Die Broschüre „Rissen“ eine Arbeit auf Bestellung“ geantwortet. Darin suchte Herr Rissen die Ausführungen der Broschüre zu widerlegen. Er widerlegte insbesondere die Behauptung, nach welcher er, als die erste Nacht für das Neue Theater fällig war, verschwunden gewesen sei. Der jetzigen Privatklage liegt nun die Tatsache zugrunde, daß Geh. Rat Ledner, der seinerzeit geschäftlich mit der Verpachtung des Neuen Theaters zu tun hatte, in einer Erklärung in der „B. J. a. M.“ auf eine Erklärung Max Reinhardt's aus dem Jahre 1905 Bezug nahm, die dahin ging: er könne Herrn Rissen den Vorwurf der bewußten Unwahrheit nicht ersparen. Geh. Rat Ledner machte diese Erklärung des Herrn Reinhardt zu der seinigen, und behauptete, daß Herr Rissen die Unwahrheit gesagt habe. Daraufhin hat Herr Rissen die Privatklage erhoben. — In der Verhandlung erhebt Beklagter Widerklage. Nach langen Verhandlungen lehnt das Gericht eine Beweisaufnahme ab.

Das Urteil ging dahin: Angeklagter und Widerangeklagter werden auf Grund des § 193 des Strafgesetzbuchs freigesprochen. Es könne dahingestellt bleiben, ob das richtig ist, was von der verurteilten Partei in bezug auf die Vorgänge von 1905 vorgebracht worden. Es stehen bloß die zwei Punkte in Frage, durch die der Angeklagte in seiner Erklärung in der „B. J. a. M.“ den Kläger beleidigt hat. In dieser Beziehung sei ein Beweis nicht erbracht, aber dem Angeklagten stehe der Schutz des § 193 zur Seite. Der Angeklagte bestimme eine Schrift zugefikt, in welcher behauptet wurde, daß gewisse, ihn betreffende Angaben unwahr seien. Er mußte glauben, daß Privatkläger das getan habe, um ihn anzugreifen. In seiner Verteidigung nahm er in jener Erklärung das Wort. Auch dem Widerbeklagten werde der Schutz des § 193 zugebilligt, denn er habe geglaubt, daß Ledner mit der Vogelschen Broschüre in Verbindung stehe. — Die Gerichtskosten wurden den Parteien je zur Hälfte auferlegt, die außergerichtlichen Kosten gegeneinander aufgerechnet.

Was ein Garderobenzwang einbringt.

Der Garderobenzwang des Berliner Eispalastes in der Martin-Lutherstraße beschäftigte am Dienstag das Reichsgericht. Im Dezember 1907, lange Zeit vor Eröffnung des ersten Berliner Eispalastes, schloß die Berliner Eispalastgesellschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Bäcker Reimer einen Pachtvertrag ab, auf Grund dessen sie dem N. die Garderobe des Eispalastes vom 1. August 1908 bis 1. September 1911 verpachtete. Als Pachtzins sollten für das erste Jahr 40 000 Mark, für das zweite Jahr 45 000 Mark und für das dritte Jahr 50 000 Mark gezahlt werden. Als Aufwandsersatz für die Garderobe durfte N. 25 Pf. pro Person berechnen. Da das Publikum und besonders passionierte Schlittschuhläufer, die ihre Cafés gemietet hatten, sich dem Garderobenzwang nicht immer fügen wollten, entstand Streit zwischen den Parteien darüber, ob die Eispalastgesellschaft gemäß der vertraglichen Bestimmung: „Auch werden die beim Eispalast Angestellten angewiesen, darauf zu achten, daß Tische und Stühle nicht mit Garderobe belegt werden“, dafür einzustehen habe, daß alle Besucher des Eispalastes zunächst 25 Pf. in der Garderobe abladen. Ein weiterer Streitpunkt entstand über die Frage: ist die Pachtsumme auch für die Zeit der dreimonatigen Pause (Juni, Juli, August) zu zahlen?

Das Landgericht Berlin erkannte soweit zugunsten der besagten Gesellschaften, als es den Kläger verurteilte, den Pachtzins für das ganze Jahr zu zahlen. Das Kammergericht zu Berlin dagegen ist in allen Punkten dem Kläger beigetreten. Hervorgehoben ist deshalb, daß die alte und die neue Gesellschaft verurteilt sind, anzuerkennen, daß der Kläger den Pachtzins nur für die Betriebszeit zu zahlen hat, daß sie eine gesonderte Schirmgarderobe nicht errichten durften und daß die neue Gesellschaft weiterhin dafür zu sorgen hat, daß Tische und Stühle vom Publikum nicht mit Garderobestücken belegt werden.

Diese Entscheidung des Kammergerichts, die vom Reichsgericht bestätigt worden ist, hat das Kammergericht wie folgt begründet: Bei dem Berliner Eispalast, der erst am 1. September 1908 eröffnet worden ist, handelt es sich um ein Etablissement, welches noch keine Vorgänger hatte. Es war fraglich, ob das Publikum von Groß-Berlin dem Unternehmen Interesse entgegenbringen würde. Die Zahlung der Pachtsumme von 40 000 bis 50 000 Mark war deshalb verhältnismäßig hoch. Wer sich so hohe Leistungen versprechen läßt, übernimmt auch die Verpflichtung, ungehindert und ungeschmälert Gegenleistungen zu gestatten. Die Beklagte kann sich auch nicht darauf berufen, daß eine solche Ruhezeit bei solchen Unternehmungen üblich sei, weil die Maschinen repariert werden müßten. Die Technik steht heute auf dem Standpunkt, daß sie erforderliche Betriebskräfte ohne Unterbrechung erzeugen kann. Räume die Gesellschaft dem Kläger das Monopol für die Garderobe ein, so durften die Mieter der Cafés ihre Garderobe (Ruhe) auch nicht anderweitig aufbewahren.

Ein „schlagfertiger“ Freiherr.

Am 1. d. M. berichteten wir über die Verurteilung des Leutnants a. D. Freiherrn Kurt v. Bodenhausen wegen Körperverletzung, Verdröbung und Beleidigung. Der Freiherr, der in erster Instanz zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt war, kam in zweiter Instanz mit 600 Mark Geldstrafe davon. Nun schick uns der Anwalt des Freiherrn eine lange, von ihm „Verdichtung“ getaufte Erklärung, um deren Aufnahme er unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes und ersucht, § 11 ist ein recht eigenartiges Gewächs, dessen Genuß ohne die Einleitung in das Preßgesetz wohl so manchem Zeitgenossen freud- und leidvolle Stunden bereitet hat. Anders sieht es mit dem § 11 in der Gewandung des Preßgesetzes. Das ist ein gar harter Gesell, der vom Redakteur verlangt, auch etwas, das keine Verdichtung ist, als Verdichtung zu bringen. Diese gewalttätige Forderung mag auf der erblichen Verfassung beruhen, mit der nun einmal alle § 11 behaftet sind. In der Gewalttätigkeit aber, die der Anwalt des Freiherrn vom § 11 gegen uns verlangt, zwingt uns dieser § 11 nicht. Die „Verdichtung“ des Freiherrn ist nicht einmal im Sinne des Preßgesetzes eine Verdichtung. Sie legt des Freiherrn Auffassung gegen die der Zeugen und des Gerichts über den Vorfall, für den der Freiherr mit 600 Mark bluten soll. Wir sind nach dem Gesetz nicht verbunden, auch nur eine Zeile der freiherrlichen Zukerheit zum Abdruck zu bringen. Jedes wollen wir unter Verzicht auf unser formales Recht eine zureichende Besonpung des Freiherrn wiedergeben. Sein Anwalt erklärt: „es ist unrichtig, daß Herr v. Bodenhausen mit 3 Jahren Gefängnis bestraft ist“. Tatsächlich ist Freiherr v. Bodenhausen mehrfach wegen Gewalttätigkeiten bestraft, einmal nicht mit 3, sondern „nur“ mit 2 Jahren Gefängnis, ein andermal mit 6 Monaten Gefängnis. Das sei hiermit zugunsten des Leutnants a. D. Freiherrn v. Bodenhausen festgestellt.

Unschuldig verurteilt.

Zu dem Bericht über das Wiederaufnahmeverfahren gegen den Maler Eduard Reugebauer, der nach rechtskräftiger Verurteilung als schuldlos fürzlich freigesprochen wurde, wird uns mitgeteilt, daß Reugebauer die ihm zu unrecht auferlegte Strafe infolge Bewilligung Strafaufschubs noch nicht verbüßt hatte.

Verfammlungen.

Nachversammlung der Kinosperateure.

Eine spezielle und eigenartige Seite im Verfammlungsleben bilden die Nacht- bzw. Morgenverfammlungen. Es sind dies die Zusammenkünfte jener Berufsgruppen, deren Arbeitszeit in die Tages- und Abendsunden fällt, so daß sie, wollen sie ihre Lage und Arbeitsverhältnisse verbessern, zu außergewöhnlicher Zeit zusammenkommen müssen, gewöhnlich nach 12 Uhr nachts oder in der fünften und sechsten Morgenstunde. Es sind dies: die Arbeiter der Zeitungsbetriebe, Kellner, Musiker, Schauspieler, Kritiker und in letzter Zeit auch die Angestellten aus den Kinematographen. Mit dem ungewohnten, verblüffenden Aufschwung der letzteren ist eine ganz neue Kategorie von Angestellten entstanden, die man unter dem Sammelnamen Kinosperateure zusammenfaßt. Innerhalb desselben bilden die Operateure, das sind jene, die die Bilder vorzuführen und den Apparat zu bedienen haben, eine besondere Gruppe, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl im Deutschen Metallarbeiter-Verein organisiert sind. Mit der geradezu glänzenden Entwicklung dieses neuen Kunstbetriebes haben jedoch die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals nicht gleichen Schritt gehalten. Im Gegenteil: die Löhne sind gering, die Arbeitszeit ist verhältnismäßig lang und ohne jede Pause, bis zu 13 Stunden. Die Räume, wo die Tätigkeit der Operateure sich vollzieht, sind in hygienischer und sanitärer Hinsicht im höchsten Grade unzureichend. Immerhin ist es den organisierten Angestellten doch schon gelungen, die ersten Schritte auf dem Wege zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen und mit dem Uebergreifen der Organisation auf die bis dahin noch außerhalb des Metallarbeiter-Vereins stehenden oder in Unterstellungen bzw. Vergünstigungsvereinen organisierten Operateure ist es zweifellos, daß sehr bald einschneidende Reformen in der wirtschaftlichen Lage getroffen werden können.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch hatten die Kinosperateure wieder eine Verfammlung, in der Parisch vom Metallarbeiter-Verein das einleitende Referat hielt. Es bestanden zurzeit noch zwei Vereine der Operateure, die allerdings eine größere Anzahl von Mitgliedern nicht besitzen. Die „Freie Vereinigung“, wie sich der eine Verein nennt, ist auf dem besten Wege, eine vom Uebermüthum ausgehaltene gelbe Organisation zu werden, während der zweite Verein, die „Loge“, mit dem Metallarbeiter-Verein zwecks Uebertritts in Unterhandlungen steht. Der Beschluß überzutreten, ist von der „Loge“ schon öffentlich bekanntgegeben worden.

In der Diskussion wurden interessante Einblicke in die Verhältnisse der Operateure und Kinematographenbesitzer gegeben. Die Lage der Besitzer sei im allgemeinen eine sehr gute. Die Herren schlägen aus ihren Betrieben große Gewinne, so daß sie den Sommer über verreisen könnten und sich gar nicht um ihr Geschäft kümmern, da ihr Personal für sie arbeite. Erklärten doch die Herren selbst, daß sie zuverlässiges Personal besäßen; wenn dieses zuverlässige Personal aber auch etwas von dem großen Einkommen verlange, dann blieben die Besitzer zugunsten. Auch gingen sie in gewohnter Weise gegen jedes Organisationsbestreben der Angestellten vor, sie selbst aber gehören zum großen Teil ihrer Organisation „Deutschland“ an. Die Löhne bewegen sich für geübte Vorküher zwischen 25 und 30 Mark. Der sogenannte Filmtausch nimmt den Operateuren noch 104 Vormittage weg, wofür es nichts gibt. Die Lehrlinge (Pensalburichen) erhalten 4—8 Mark die Woche. Es soll ein Appell an die Arbeiterschaft gerichtet werden, am Weihnachtsabend keinen Kino zu besuchen. Die Räume, wo der Vorküher arbeitet, sind eng, staubige Schmutzstätten, die in keiner Weise den politischen Vorküher entsprechen. Es wäre zu wünschen, daß die Gewerbeinspektion einmal energisch vorgehe.

Der Verfammlung wohnte ein Vertreter von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft bei, um sich über die Lage der Kinosangestellten zu informieren.

Zentralverband der Fleischer. In einer von 1000 Personen besuchten Mitgliederversammlung hielt der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt einen mit Vellaf ausgenommenen Vortrag über: „Das System der Einfuhrzölle und Liebesgaben.“ Daraus besprach Bergmann ein Rundschreiben der Fleischerrichtung sowie des Bezirksvereins Norden. In dem Schreiben der Fleischerrichtung Berlin-Norden heißt es, wenn jemand, die Forderungen des Verbandes (12 stündige Arbeitszeit) anerkennt, so richte er seine Existenz einfach zugrunde. Mit Recht betonte der Redner, wenn die Existenz der Fleischer eine solche schlechte sei, daß sie dann überhaupt keine Existenzberechtigung hätten. Weiter wurde berichtet, daß sich trotz dieses Schreibens das verhasste „Blatt Papier“ (der Tarifvertrag) zwischen Meister und Gesellen gedrängt habe; in den letzten 8 Wochen sind wieder 5 Tarifverträge, davon 2 mit Innungsmeistern, abgeschlossen. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Schnaubelt. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 5996,25 Mark, an Unterhaltungen wurden gezahlt 1170,25 Mark, an die Hauptkasse wurden 8037,10 Mark gesandt. Die Einnahmen der Dreiklasse betragen 8409,67 Mark, die Ausgaben 2896,13 Mark. Den Vorstandbericht gab Bergmann. Er betonte, daß die Arbeitslosigkeit eine sehr große gewesen; 863 Mitglieder wurden in die Arbeitslosenliste eingetragen. Streiks waren vier zu verzeichnen, davon zwei mit vollem Erfolg. Tarifverträge wurden zehn abgeschlossen. Abgehalten wurden drei Mitgliederversammlungen, drei Vertrauens-, vier Vorstands- und 42 Betriebsversammlungen. Die beiden Sektionen hielten 18 Sitzungen beziehungsweise Verfammlungen ab. Ferner wurden acht Bezirksversammlungen abgehalten. An die Berliner Gewerkschaftskommission wurden für Notmarken 452,75 Mark abgeführt. In seinen weiteren Ausführungen besprach Bergmann die Notiz in Nr. 4 des „Mittelungsblatt“ betreffs des Streiks bei der Firma Heiber und bemerkte, daß das Schreiben im Einverständnis mit der Berliner Gewerkschaftskommission verhandelt sei. Ferner bemerkte er, daß der „Vorwärts“-Redaktion das Schreiben zur Information zugesandt sei. Dann wurden die bevorstehenden Wahlen zur Ortskrankenkasse besprochen und die Kassemitglieder aufgefordert, am 29. November zahlreich zu erscheinen.

Aus aller Welt.

Opfer der See.

Noch immer treffen von der Nordsee die Meldungen über Schiffsunfälle während des Sturmes der letzten Tage ein. Durch einen Dampfer wurde in Cuxhaven ein englisches Schiff eingeschleppt, das in völlig wackelndem Zustande auf der Nordsee treibend aufgefunden wurde. Der Kapitän des Schiffes war von einer Sturzwele über Bord gespült worden, die übrige Mannschaft befand sich wohl auf. — Die Mannschaft des von Hamburg in Emden eingetroffenen Frachtdampfers „Ems“ berichtet, daß sie in der Nordsee außer vereinzelt treibenden Leichen an einer einzigen Stelle sieben Leichen in einem Anäuel treibend gesehen habe. Die Mannschaft vermutet, daß es sich um Leute des bei Scharör untergegangenen Dampfers handelt.

Ein Wahlherz.

Dem Orange seines guten Herzens folgend, nicht etwa aus politischen Nebenabsichten, hat der Führer der Gothaer Antisemiten, der Kommerzienrat Gräbel, den armen Handwebern in Frankenroda und Ebenhäusen, die ihn seit Jahren in den gothaischen Landtag wählen, mehrere Zentner Kartoffeln geschenkt. Um den armen Teufeln wenigstens eine volle Mahlzeit zu bieten, übermittelte ihnen der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Wod, daraufhin mit einem humoristischen Begleitschreiben eine Tonne Heringe. Der Wahlherz wird im Kreise viel beachtet, hat aber manches Bedenkliche. Bis zur Wahl sind noch verschiedene Wochen hin; wenn die Konkurrenz der Kartoffellieferung anfällt, könnte sich die Wählerchaft leicht eine Wagenverstimung zuziehen. Es dünkt uns

auch sonst richtiger, derartige Wahlscheine zu unterlassen. Aus dem Teufel müßte es ja gehen, wenn durch die bisher geübte prinzipielle Auffklärung die Wähler nicht erkennen sollten, wo die Ursachen ihres Elends zu suchen sind.

Grubenkatastrophe in Südafrika.

In dem „Primrose“-Minenwerk nahe Johannesburg hat sich am Dienstag ein schweres Grubenunglück zugetragen. Durch einbrechendes Gestein wurde ein Minengang zum Teil zerstört; ein Europäer kam dabei ums Leben, 50 eingeborene Arbeiter wurden verletzt. — Nach einer anderen Meldung soll der Einsturz durch ein Erdbeben hervorgerufen worden sein. 200 Arbeiter sollen sich, abgeschnitten von der Außenwelt, in dem Minenschacht befinden. Wieviel von den Eingeschlossenen noch am Leben sind, ist nicht bekannt. Der Rettungsdienst stehen große Schwierigkeiten entgegen, da weitere Einstürze befürchtet werden.

Die feindlichen Kompagnons.

Am Mittwochmittag gerieten in einem Hause der Georgenstraße in München zwei Schlossermeister bei der Auflösung ihres gemeinsamen betriebenen Geschäftes in Streit. Im Verlaufe desselben zog der Schlossermeister Bauernschmid einen Revolver und feuerte auf seinen Kollegen zwei Schüsse ab, die diesen am Hals und Rücken schwer verletzten. Alsdann gab er auch auf die Frau des Kompagnons einen Schuß ab und verletzte auch sie schwer an der linken Brustseite.

Keine Posten.

Oxyer der Arbeit. In Disdorf bei Schweller brach ein Malergesetz zusammen, auf dem mehrere junge Anstreicher beschäftigt waren. Zwei von ihnen waren sofort tot, ein dritter starb im Krankenhaus. Ein vierter Arbeiter erlitt schwere Verletzungen.

Schwerer Unfall im Wiener Gaswerk. Im städtischen Gaswerk in Wien stürzte ein in Reparatur befindlicher großer Gasbehälter um und begrub zwei Arbeiter unter sich. Die Unglücklichen wurden durch die herbeigerufenen Feuerwehre vollständig zerquetscht herbeigeht.

Explosion in einem Petroleumwerk. In der Petroleumraffinerie in Campina in Rumänien explodierte ein Petroleumreservoir, wobei 11 Arbeiter getötet und viele verletzt wurden.

Witterungsüberblick vom 8. November 1911.

Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C	Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C
Stettin	762	SB	4	halb bd.	6	Badaranda	745	R	2	bedekt	0
Darmstadt	760	SB	4	mollig	7	Petersburg	750	SB	2	halb bd.	5
Berlin	764	SB	2	mollig	4	Selk	754	SB	6	mollig	9
Kranke	764	SB	1	Rebel	1	Bernsee	741	SB	3	halb bd.	4
München	768	SB	2	mollig	0	Baris	762	SB	2	heiter	4
Wien	770	SB	1	bedekt	0						

Wetterprognose für Donnerstag, den 9. November 1911. Etwas wärmer bei ziemlich starken südwestlichen Winden, zunehmender Bewölkung und leichten Regenschauern.

Neuer Wanderband „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 12. November 1911: I. Strausberg—Blumenthal—Tiefensee. Abfahrt: Schleißer Bahnhof 7.30 Uhr vormittags. II. Köpenick—Sperrenberg—Köpenick. Abfahrt: Potsdamer Ringbahnhof 6.33 Uhr vormittags. III. Rahndorf—Waltersdorf—Erfner. Abfahrt: Schleißer Bahnhof 7.30 Uhr vormittags. IV. Köpenick—Heller-Kühle—Bernau. Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof 6 Uhr vormittags. V. Grunewald. Treffpunkt: Bahnhof Grunewald (Waldhaus) 2 Uhr nachmittags. Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 11.	am 8. 11.	Wasserstand	am 7. 11.	am 8. 11.
Remel, Mühl	81	-1	Saale, Groditz	51	+1
Regel, Zisterberg	43	+9	Saale, Spandau	33	-1
Seidel, Idorn	30	-4	Saale, Rathenow	6	+10
Ober, Ratibor	87	-1	Spre, Spremberg	85	0
Krollen	48	+18	Spre, Bestrom	82	-6
Frankfurt	37	+1	Spre, Rindon	85	+3
Barde, Sarum	28	0	Spre, Rindon	150	-2
Landberg	50	-2	Rhein, Ragnitzlandau	305	-11
Regel, Borom	32	0	Rhein, Rindon	112	-6
Silbe, Lettern	88	+1	Rhein, Rindon	86	-3
Dresden	203	+1	Redar, Heilbronn	18	-14
Barbu	5	+4	Rain, Berthum	86	0
Ragdeburg	13	+5	Rosel, Trier	85	+2

+ bedeutet Sturz, - Fall, - Unterdegel.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur **Otto Heuer** am 6. November im Alter von 39 Jahren verstorben ist. 59/1 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stahndorfer Friedhofes aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Hans Noppe** am 4. November im Alter von 19 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rigdor, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Hans Noppe** am 4. November im Alter von 19 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rigdor, Hermannstraße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Todesanzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Max Rauhut** am 6. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südost-Friedhofes in Stahndorf aus statt. 125/18 Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 6. November, nachts 12 Uhr, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden an Echarlach, Nipensell- und Lungenentzündung unser innigstgeliebter Sohn und Bruder **Erwin** im 7. Lebensjahre. 602R Um hieses Beileid bitten Wilhelm Siering und Frau, Will Siering. Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bethemann-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen, Nordend aus statt.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Schmied **Max Rauhut** am 6. November an Lungenleiden verstorben ist. Die trauernden Hinterbliebenen: **Witwe Rauhut und Kind,** Charlottenburg, Gaelestr. 11f. Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Südost-Kirchhofes in Stahndorf aus statt.

Für die berufliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner innigstgeliebten Frau, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Klara Lange** geb. Weber sagen wir allen Freunden, Gästen und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Otto Lange** nebst Kindern und Eltern.

Am Sonntag, den 5. November, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tapezierer **Hermann Krüger** im 48. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an Die Hinterbliebenen, **Hildegard Str. 45.** Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe der Thomas-Gemeinde, Hermannstraße, statt.

Dauftagung. Hierdurch sagen wir allen Freunden und Bekannten unseres geliebten Vaters, des Fuhrmann **Johann Seidel** (Lichtenberg) für die freundliche Teilnahme an der Beerdigung sowie dem Herrn Pastor Höner für die trostreichen Worte herzlichsten Dank. Lichtenberg, den 8. November 1911. Die trauernden Hinterbliebenen.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Deutsch-Wilmersdorf und Umgegend. Die Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder werden hiermit zu dem am Donnerstag, den 16. November 1911, abends 8 Uhr, im Restaurant „Stadtpart“, Wilmersdorf, Reichelallee 51/52, stattfindenden **Ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen.

Ordentlichen Generalversammlung ergebenst eingeladen. Tagesordnung: 1. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses für das Jahr 1911. 2. Vortrag des Herrn Professors Dr. Weber, Spezialarzt für innere Krankheiten. (Genaueres Thema wird noch bekannt gegeben.) 3. Beschlußfassung über den Gesellschaftsvertrag, Gemeindegeldern betreffend. 4. Mitteilung über Rechenleistungen der Kasse. 5. Verschiedenes. Wilmersdorf-Berlin, den 8. Nov. 1911. **Riedel, Tackormann, Hoffmeyer, Schriftführer.**

Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Zinngießer zu Berlin. 14625 Die **General-Versammlung** der Vertreter der Arbeitnehmer findet am Donnerstag, den 16. November, abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal III), statt, wozu sämtliche Vertreter der 1911 hiermit eingeladen sind. Tages-Ordnung: 1. Verteilung der Protokolle. 2. Bericht über die stattgefundenen Kongresse. 3. Kassenangelegenheiten. 4. Erwahlung eines ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes für 1911, anstehende Erwahlung von vier ausscheidenden Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer für das Jahr 1912. 5. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres 1911. Berlin, den 8. November 1911. **Der Vorstand.** **J. A. W. Schütt, Vorsitzender.**

Reste Damettuche schwarz und farbig per Meter von 3 Mark an Kostämstoffe neueste engl. Muster per Meter von 2 Mark an Seldenplüsch Vel du Nord 80 cm breit per Meter . . . 4 Mark Engl. Seal 120 cm breit per Meter . . . 10 Mark Astrachan 120-130 cm breit per Meter . . . 5 Mark Samt und Seide etc. etc. zu sehr billigen Preisen. **C. Pelz, Kottbuser Straße 5.**

Oeffentliche Wähler-Versammlung für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis am Freitag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Café Gärtner, Holsteiner Ufer 27/28 (am Bahnhof Bellevue). Tages-Ordnung: 1. Weltpolitik und Heimatpolitik. Referentin: Schriftstellerin, Genossin **Klara Zeffin**, Stuttgart. 2. Freie Diskussion. Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Einberufer:** **August Lätzerow, Sebastiansstr. 87/88.**

Bildhauer aller Branchen! Eile zu Weile! Heute, abends 8 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72: **Versammlung.** Tagesordnung: 90/13 **Holzbildnerei und Bildhauerei.** Ein Werk zur Hebung der Holzplastik. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwartet **Der Vorstand.**

Reichstagswahlkreis Ost- u. West-Sternberg. Die Genossen aus Sonnenburg, Göritz usw., die in Berlin arbeiten, werden ersucht, am Donnerstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, zu einer Besprechung bei **Merzkowski, Andreasstr. 26,** pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 298/14* **J. A.: A. Schuster.**

G. Graumanns Festfäde und Garten Theaterbühne, **Naunynstr. 27,** 3 Regelsbahnen. **Achtung, Vereine!** Sonnabend, der 25. November, sowie Sonnabende und Sonntage im Dezember und Januar frei.

Überzogen und billig ist Goldminnes Wollstoff.
Ihre Zufall muß's!

Manoli
Cigarettes Specialmarken
Abbas Dandy Gibson Girl

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** Moritzplatz. 0-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Orts-Krankenkasse Reinickendorf. Bekanntmachung. Die statutenmäßige **General-Versammlung** findet am **Dienstag, den 21. Nov. 1911,** abends 8 Uhr, im Zabauschen Restaurant, Residenzstr. 124, statt. Tagesordnung: 1. Wahl von Vorstandsmitgliedern (drei Arbeitnehmer, ein Arbeitgeber). 2. Wahl der Rechnungsprüfer für die Jahresrechnung 1911. 3. a) Abänderung des § 10 des Statuts (Beisetzungsrecht). b) Abänderung der Verwaltungsvorschriften für erkrankte Mitglieder. 4. Bericht von der 7. Provinzialkonferenz (Brandenburg). 5. Verschiedenes. In der Generalversammlung sind nur die gewählten Vertreter stimmberechtigt und werden dieselben mit dem Ertragen von recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen hierdurch eingeladen. Die Kassenvertreter haben zu ihrer Legitimation die Kassenbücher sowie die besonders ergehenden Einladungen vorzulegen; Arbeitgeber haben sich mit einem Ausweis zu versehen. Mitgliedern, die nicht zur Kassenvertreter gehören, kann der Zutritt nicht gestattet werden. Anfragen und Beschwerden, zu deren Beantwortung Einsichtnahme in die Bücher erforderlich ist, sind spätestens drei Tage vor Stattfinden der Generalversammlung an den Vorsitzenden einzureichen. Reinickendorf, 10. Oktober 1911. **Der Vorstand.** **Bensch, Vorsitzender.** 280/8 **Neubecker, Schriftführer.**

Unwiderruflich! Ziehung schon **10. und 11. November** **Schweidnitzer Lotterie** 4189 Gewinne im Werte v. M. **128000** **40000** **20000** Lose à 1 M. Parts u. Liste 15 Pf extra. **5 Lose 4.80 M.** **11 Lose 10 M.** **H. C. Kröger** Berlin W 8 Friedrichstr. 193a sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen. **Telegr.-Adr.: „Geldquelle“.**

Eile zu Weile! **119 Dresdener Straße 119** (Eckhaus Oranienpl.) **Über 1000 Pelz-Stolas** Muffen, Kolliers **Extra billige Preise!** **Echte Skungs-Stolas** von 25 M. an. **Pelz-Hüte, Hutstreifen** Felle, Köpfe, Schwalbe in allen Fellarten. **Eigene Kürschnerei.** Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis. **Bitte genau auf Nr. 119 und Elle zu Weile zu achten**

Pollmanns Bandagen Geschäft, nebst Artikel zur **Gesundheits- u. Krankenpflege,** Verbandstoffe, Gummwaren etc. **Berlin N., Rothringstr. 60.** **Lieferant für Krankenkassen** Eigene Werkstatt.

Blumen- und Kranzbinderei von **Robert Meyer,** nur **Mariannen-Str. 2.** **Kaufen Sie Fluß- und Seefische** von der Deutschen **Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“** **Stadtbahnhof Börse** Sie erhalten tadelloser frische Fische preiswert.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Bohnsdorf T.-B. hat das Lokal „Der Jahreszeiten“ den Besitzer gewechselt. Herr Wilhelm Wirth, so heißt der neue Inhaber, hatte früher in der Oppelner Straße ein Restaurant gehabt, in dem er stark mit Arbeiterkundschaft rechnete, auch war er verschiedene Jahre Mitglied der Partei des vierten Kreises.

Schöneberg. Heute, Donnerstag, den 9. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich bei Jürgens, Barbarossastr. 5a; Piel, Mühlensstr. 8; Brod, Bahnsfr. 19/20; Wartinak, Siegfriedstr. 8; Krause, Wegastr. 1; Ende, Sachsendamm 48.

Ober-Schöneweide. Am Freitag, den 10. November, abends 7 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Friedrichshagen. Am Freitag, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr, findet zur Ersatzwahl der Gemeindevertretung im 2. Bezirk eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Möntgenol. Heute nachabend bei Marg. Vortrag des Genossen Hermann-Bert an.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Freitag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Karl Ledemitt der letzte Vortrag des Bildungsausschusses über: „Die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien“ statt.

Berliner Nachrichten.

Polizeiliches Kesseltreiben.

Die Gegensätze, die zwischen dem Berliner Polizeipräsidentium und den Verwaltungen der städtischen Irrenanstalten schon immer bestanden haben, sind neuerdings in ein wesentlich verschärftes Stadium getreten. Es ist eine fassbare bekannte Geschichte, daß sehr oft die Polizei sich gegen die Entlassung von Patienten erklärt, wenn die Irrenärzte die Entlassung wollen, und umgekehrt. Seitdem nun die moderne Irrenrechts-Reformbewegung mehr in Fluß gekommen ist und den Irrenärzten schwere Vorwürfe machte, daß sie sich bei Entlassungen namentlich solcher Patienten, die „gemeingefährlich“ nur im Polizeisinne sind, von diesem Polizeigeist allzu sehr gängeln lassen, haben die Anstaltsverwaltungen sich eines besseren besonnen. Sie müden auf und handeln nach eigenem Ermessen. Man kann das nur anerkennen, da in vielen Fällen, in denen die Irrenärzte die Entlassung unbedingt verantworten zu können glauben, die gegenteilige Ansicht der Polizei völlig unhaltbar ist. So macht die Polizei regelmäßig die größten Schwierigkeiten bei der Entlassung von Anstaltsinsassen, die wegen des berüchtigten „Daueranwendungswahns“, also bloß wegen der „Belästigung“ von Behörden mit Eingaben, interniert worden sind. Ebenso ist die Polizei fast stets gegen Entlassung von Internierten, die strafbare Handlungen begangen, aber diese durch langjährige Internierung mehr als im Strafgefängnis gesühnt haben, auch wenn eine starke Gewähr gegeben ist, daß die Betroffenen ein ganz neues Leben anfangen wollen. Man möchte am liebsten diese Elemente, die oft nur in jugendlichem Leichtsinne, in schlechter Gesellschaft oder aus rein sozialen Verhältnissen heraus Dummdheiten gemacht haben, für immer in Irrenhäusern begraben wissen, was sich ja auch mit preussischer Gewaltspolizei vortrefflich verträgt. In letzterer Zeit sind nun seitens der städtischen Irrenanstalten mehrfach ohne Zustimmung der Polizei Entlassungen von Patienten, die die Polizei als „gemeingefährlich“ hinstellt, erfolgt. Man kann das durchaus nicht mit einem beliebigen Schlagwort ein „Loslassen von Verbrechern auf die Menschheit“ nennen, weil, wie schon gesagt, eine gewisse starke Versicherung geboten wurde. Das tut nun aber die Polizei? Sie macht auf die Entlassenen sofort Jagd, läßt sie gar nicht erst festen Fuß in dem für Irrenanstaltsentlassene so schon furchtbar erschwerten Erwerbtleben fassen und sorgt, ohne daß die geringste neue Ausschreitung vorliegt, für abermalige Internierung, und zwar wohlweislich in einer anderen Irrenanstalt als in derjenigen, welche die Entlassung verfügte. Ein in keiner Weise zu billiges Verfahren ist es ferner, Patienten auf Polizeibefehl nur nach Provinzstädten zu entlassen, selbst wenn sie in Berlin heimathberechtigt sind. Bleibt der Patient in Berlin, so wird er natürlich sofort polizeilich aufgehoben und ins Irrenhaus zurückspeidiert. Seht er der Weisung gemäß nach außerhalb, so wird er mit tödlicher Sicherheit auch hier ausgewiesen oder interniert. Wer denkt da nicht an den „Hauptmann von Köpenick“, der nach der ersten harten Bestrafung nirgends Ruhe fand, heimlos von Ort zu Ort getrieben wurde! So fällt man auf Kosten der Steuerzahler auch die Irrenanstalten mit Elementen, die sehr wohl ein nützbringendes Leben führen könnten und es auch führen wollen, aber der Polizei ein Dorn im Auge sind. Wenn die Irrenärzte sich gegen diesen unsozialen polizeilichen Kasernierungsgeist auflehnen, sind sie mal im Recht.

Die Polizei auf der Paternensuche. Viel Heiterkeit erregt es, daß seit einigen Tagen jeden Abend ein stärkeres Schupmannskommando an der ziemlich belebten Kreuzung der Gleim-, Cantian- und Minowener Straße patrouilliert, um auf Hochkontraventionen zu fahnden. Nicht weniger als vier browningsbewaffnete Schupleute und ein Leutnant sind dazu nötig, ein Beweis, wie wenig sonst die Polizei dort draußen zu tun zu haben glaubt. Gerade in den Nebenstraßen der Schönhauser Allee ist es wiederholt sehr unangenehm bemerkt worden, daß die Polizei nicht schnell genug zu finden war, wenn man sie wirklich brauchte. Einer der Posten hat vollauf zu tun, um die Ansammlung der Neugierigen zu zerschneiden, die sich amüsieren, wie stark sich unsere Polizei hier wieder mal in Unkosten stürzt. Die Jugend macht sich das Spezialvergnügen, den Wagenführern strohweit entgegenzulaufen und sie vor der „Paternensuche“ zu warnen. So sieht die ganze Aktion lebhaftig aus wie Don Quichottes Kampf gegen Windmühlenspägel.

Die Schwimmhalle der Volksschwimmanstalt in der Oberberger Straße ist vom 13. November ab zwecks Vornahme von Instandsetzungsarbeiten auf 3 bis 4 Wochen geschlossen.

Ueber ein „sozialdemokratisches Wahlmandat“, das bei den Stadtverordnetenwahlen im Wahllokal der Hagelberger Straße ausgehängt worden sei, hatte — wie wir in

unserer Mittwochnummer schon erwähnten — die Freisinnspresse zu berichten gewohnt. Ein Mann habe dort, so erzählte die „Vossische Zeitung“ und nach ihr auch die „Freisinnige Zeitung“, unter Benutzung eines falschen Namens gestimmt, sei aber dann sofort der Polizei übergeben worden. Uns wird jetzt von dem Vorgang, um den es sich handelt, die folgende Darstellung gegeben:

In einem Schanklokal der Nordstraße wurde am Sonntag der Wirt von einem häufig bei ihm verkehrenden Gast gefragt, ob er schon gewählt habe. Der Wirt hatte zu dieser Zeit noch nicht gewählt. Ihm gegenüber äußerte der Gast die Ansicht, daß man bei Wahlen sich durch eine andere Person vertreten lassen dürfe. Das ist selbstverständlich Unsinn, aber leider fehlt es nicht an Leuten, die so etwas für zulässig halten. Dem Mann wurde das auch von anderen Gästen bestritten, er aber bißte dabei — und plötzlich ging er mit der Wählerkarte des Wirtes davon. Im Wahllokal kam es denn gar nicht so weit, daß er für den Schankwirt stimmte, wie die Freisinnspresse es behauptet. Von einem der Beisitzer, dem Verwalter des Hauses, in dem der Schankwirt wohnt, wurde die Personenerkennung sofort gemerkt. Der Mann gab auf Befragen ohne weiteres zu, daß er für einen anderen wählen wollte, und sagte, er komme als dessen „Vertreter“. Er durfte zunächst ungehindert das Wahllokal verlassen. Erst hinterher regte der am Abendlich sitzende Leiterführer der Freisinnigen an, die Persönlichkeit des Mannes festzustellen. Dieser wurde nun auf der Straße angehalten und einem Schupmann übergeben.

Warum die Freisinnspresse das Vorkommis als „Sozialdemokratisches Wahlmandat“ rubriziert? Weil ihr, dem verhassten Gegner eines auszuwählenden, kein Mittel zu schätzig ist. Der Mann ist nicht Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins, aber selbst wenn es das wäre, so hätte auch dann noch niemand das Recht, sein „Wahlmandat“ als „sozialdemokratisch“ hinzustellen. Vor mehreren Jahren ist es einmal bei einer Wahl passiert, daß der Träger eines sehr bekannten Namens von hohem Adel in aller Harmlosigkeit für seinen Vater die Stimme abgeben wollte. Man belehrte ihn, daß das nicht zulässig sei, und er durfte unbehelligt seiner Wege gehen. Würde da die Freisinnspresse von einem „kontervotiven Wahlmandat“ sprechen?

Die Verkaufszeit am Heiligabend. Der Polizeipräsident hatte bekanntlich angeordnet, daß die Verkaufszeit am Heiligabend, der in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, bis nachmittags 8 Uhr ausgedehnt wird. Hiergegen liefen die Vereinigungen der Geschäftsinhaber Sturm. In Petitionen an den Polizeipräsidenten forderten sie die Ausdehnung der Verkaufszeit am Heiligabend bis 7 Uhr abends. Die dem Drängen der Geschäftsinhaber hat der Polizeipräsident insofern nachgegeben, als er die Verkaufszeit bis 4 Uhr nachmittags festgelegt hat. Auch mit diesem Entgegenkommen des Polizeipräsidenten wollen sich die Geschäftsinhaber nicht zufrieden geben. Sie beabsichtigen in den nächsten Tagen eine Protestversammlung der beteiligten Geschäftsinhaber einzuberufen, um für eine längere Verkaufszeit am Heiligabend zu demonstrieren. Die Geschäftsinhaber glauben durch eine möglichst lange Verkaufszeit, eine größere Tageslosung zu erhalten. Eine Ansicht, die stets wiederkehrt, wenn eine Einschränkung der Verkaufszeit gefordert wird und welche durch die wirklichen Tatsachen, wie bei Einführung des Adultr-Ladenabschlusses usw., längst widerlegt worden ist. Die übergroße Mehrzahl des laufenden Publikums, das arbeitende Volk, hat sich wiederholt für die vollständige Sonntagruhe und gegen alle Ausnahmestage ausgesprochen und weist auch in diesem Falle jede Rücksichtnahme auf sich — als Konsument — entschieden zurück. Im Interesse der Arbeitenden von Angehörigen, die gerade in den letzten Wochen vor dem Fest bis in die späte Nacht hinein hinter dem Vadenisch stehen müssen und deren Kräfte bis auf das äußerste angepannt werden, ist dringend zu fordern, daß der Polizeipräsident seine Verfügung bezüglich der Verkaufszeit am Heiligabend aufhebt und Vorkehrungen trifft, daß die Verkaufszeit an diesem Tage — wie an den regulären Sonntagen — um 2 Uhr nachmittags beendet sein muß.

Zweckverbandversammlung. Der Oberbürgermeister von Berlin hat in Aussicht genommen, die erste Verbandversammlung des Zweckverbandes für Groß-Berlin Montag, den 4. Dezember d. J. nach dem Stadtverordnetenversammlungssaal in Berlin mit folgender Tagesordnung einzuberufen: 1. Feststellung einer Geschäftsordnung. 2. Prüfung der Gültigkeit der Wahlen zur Verbandversammlung. 3. Bezeichnung des von dem ersten Bürgermeister der Stadt Berlin zu bezeichnenden Mitgliedes und Vorbereitung der Wahl der von der Verbandversammlung zu wählenden 8 Mitglieder des Zweckverbandes. 4. Feststellung der Anstellungsbedingungen und Vorbereitung der Wahl des Verbandsdirektors.

Auf dem Bahnhofe vom Tode überrascht wurde gestern morgen der 87 Jahre alte aus Helfingford gebürtige Schauspieler Paolo Rahlmann, der sich zuletzt in Wien aufhielt. Rahlmann kam von dort auf der Durchreise nach Kammerforst in Finnland hierher und wartete auf dem Stettiner Bahnhof auf den Abgang seines Juges. Um 5 Uhr früh erkrankte er im Wartesaal 1. Klasse plötzlich und verlangte nach einem Arzt. Dieser wurde von der Unfallstation in der Eichendorffstraße gerufen und stellte einen Schlaganfall fest. Er leistete die erste Hilfe und ließ den Künstler nach dem Lazaruskrankenhause bringen. Auf der Fahrt dorthin aber verschied der Kranke.

Die Affäre des Dragonerleutnants Freiherrn Ottomar v. Gumpenberg hat jetzt einen juristisch interessanten Abichluß gefunden. Freiherr v. G. war im Juli d. J. durch das Oberkriegsgericht des Agl. Gouvernements wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auch wurde auf Entfernung aus dem Heere erkannt. Der Angeklagte hatte ein recht aussehendes Leben geführt. Obwohl er von seiner Mutter pekuniär unterstützt wurde, machte er erhebliche Schulden. Er geriet schließlich in die Hände der Bankrottverwaltung und hatte bald eine Schuldenlast von 300 000 M. Das schwebeliche Dasein wirkte um so nachteiliger auf den Gesundheitszustand des Dragonerleutnants, als dieser als Kind einmal eine Gehirn-erkrankung erlitten hatte. Anfang dieses Jahres reichte er einen Erholungsurlaub ein und er wurde ihm auch bewilligt. Freiherr v. G. suchte das Kuratorium in Pantow auf. Dort sollten sich dann die Vorgänge abspielen, die dem Angeklagten den bunten Rod kosteten. Eines Abends fuhr er nach Berlin, suchte hier mehrere Kadillakale, in denen nur Lebemann verkehrten, auf und lehrte nachts in recht animierter Stimmung nach dem Sanatorium zurück. In jener Nacht wurde dann an der im Sanatorium angelegten Turnlehrerin ein Leberfall verübt. Der Täter drang in das Zimmer der Lehrerin ein und versuchte ihr Gewalt anzutun. Es kam dabei zu einem förmlichen Kampf zwischen dem Attentäter und der Leberfallenen. Als Urheber des nächtlichen Attentates wurde zur allgemeinen Ueberraschung Freiherr v. G. ermittelt. Er wurde sofort verhaftet und vom Oberkriegsgericht zu der oben erwähnten Strafe verurteilt. In der Verhandlung hatten auf Veranlassung des Verteidigers, R.-A. Dr. Varnau eine ganze Reihe von Sachverständigenkommissionen ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten abgegeben. Auch die höchste Sachverständigen-Kommission, die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalewesen, erstattete ihr Gutachten. Uebereinstimmend lauteten die Gutachten dahin, daß zum mindesten erhebliche Zweifel darüber vorhanden seien, ob der Angeklagte bei der Begehung der ihm zur Last gelegten Tatzurechnungsfähig war. Einige Gutachten sprachen von hoher Wahrscheinlichkeit der Unzurechnungsfähigkeit. Das Oberkriegsgericht lam aber trotz der Gutachten zu einer Verurteilung. Der Angeklagte legte Revision beim Reichsmilitärgericht ein, doch wurde ihm aus Verwandtenkreisen geraten, die Revision zurückzunehmen. Man werde für ihn beim Kaiser ein Gnadengesuch einreichen und

hoffe, gestützt auf die Beziehungen zum Kaiserhause, einen Erfolg zu erzielen. Werde die Revision zurückgenommen, so sei noch mehr Aussicht vorhanden. Und der Angeklagte ließ sich auch hierzu überreden. Das Gnadengesuch sollte aber trotzdem erfolglos bleiben. Nun trat der Vormund des Angeklagten, der vorläufig entmündigt worden ist, hervor. Der Angeklagte hatte ohne Wissen seines Vormundes, des Rechtsanwalts Kneifel, die Revision zurückgezogen. Rechtsanwalt Dr. Varnau, der Verteidiger des Freiherrn, reichte einen Schriftsatz beim Reichsmilitärgericht ein, in dem er darzulegen suchte, daß die Zurücknahme der Revision durch den Angeklagten unzulässig sei. Die eingeleitete Revision habe sich nicht allein gegen das Urteil, sondern auch gegen die Feststellung der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten gerichtet. Und diese Feststellung sei noch nicht rechtskräftig geworden. Wäre dies geschehen, dann habe Freiherr v. G. ohne seinen Vormund die Revision wieder zurücknehmen können. Im vorliegenden Falle bedurfte es aber unbedingt der Zustimmung seitens des Vormundes. Das Reichsmilitärgericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Handlungsfähigkeit bezw. über die Vertretung geschäftsunfähiger oder geschäftsfähig beschränkter Personen sowie die Bestimmungen der Zivilprozedur über die Prozeßfähigkeit in diesem Falle keine Anwendung finde. Freiherr v. Gumpenberg muß nun wohl oder übel seine Strafe abtun.

Der Zusammenbruch des Bank- und Lotteriegeschäfts Hermann Paasch in der Königsr. 6 rief am Dienstagabend und gestern morgen unter der hiesigen Kundschaft große Aufregung hervor. Zwischen 8 1/2 und 9 Uhr sammelten sich vor dem Geschäftshause gegen hundert kleine Leute an, die dem alten Hause Cripanss anvertraut hatten. Neugierige fanden sich noch dazu ein und so wurde der Anlauf so groß, daß ein Schupmann für die Aufrechterhaltung des Verkehrs sorgen mußte. Die Leute waren sehr erregt. Empörung bemächtigte sich ihrer, als kurz vor 9 Uhr am Fenster eine Papptafel mit der Aufschrift erschien: „Bankgeschäft und Lottereeinnahme Mittwoch und Donnerstag geschlossen.“ Die Leute verlangten stürmisch Einlaß. Nach 5 Minuten verschwand denn auch das Schild wieder. Die Tür wurde geöffnet und die ganze Menge stürzte hinein und verlangte ihre Depots. Es wurde den Kunden mitgeteilt, daß in den nächsten vier bis fünf Tagen nichts eingenommen und auch nichts ausgezahlt wird, weder bei der Bank, noch bei der Lottereeinnahme. Nach Ablauf dieser Zeit möchten die Leute wiederkommen. Die Zeitungsnachrichten über den Zusammenbruch seien stark übertrieben. Die Kunden beruhigten sich denn auch nach und nach und trösteten sich mit der Hoffnung, daß noch ihr Geld zu retten. Sie meinten, bei einem so alten Bankhause könne es gar nicht möglich sein, daß sie alles verlieren sollten. Nach und nach kamen wohl noch 200—300 Personen, denen derselbe Bescheid gegeben wurde. Auch sie gingen ruhig wieder fort. Die Kunden hatten nun Teil für ihre Verhältnisse erhebliche Beträge bei der Bank niedergelegt, so eine Obstdienerin 6000 M. und eine Handwerkerwitwe 2500 M. Auch aus der Provinz waren schon Kunden da, unter anderen ein Eisenbahnbeamter, der der Firma 4000 M. anvertraut hat.

Stadtbahnbedorer machten wieder einmal einen lohnenden Griff. Ein Kaufmann, der abends vom Potsdamer Bahnhof nach seinem Wohnsitz Friedenau fuhr, schlief, von der Arbeit des Tages ermüdet, in seinem Abteil II. Klasse bald fest ein. Als er in Friedenau erwachte, machte er die unliebsame Entdeckung, daß ein Bedorer ihm die Börse mit 875 M. und eine goldene doppelköpfige Herren-Remonteuruhr im Werte von 250 M. abgenommen hatte. Der Bestohlene hatte auch nicht das geringste gemerkt.

Der verurteilte Kindesmord in der Nähe von Wittenau ist jetzt aufklärt. Wie wir vor etwa acht Tagen mitteilten, hatten Arbeiter in einem Kaninchenloch einen zweijährigen Knaben, der nur noch atmete, aufgefunden. Es ist jetzt festgestellt, daß das Dienstmädchen Luise Schröder in Schönefeld, die Mutter des Knaben, verurteilt hat, sich dessen zu entledigen, weil ihre Stiefelstern in Reinickendorf sich geweigert hatten, das Kind in Pflege zu nehmen. Gestern abend erfolgte die Verhaftung der Mutter.

Großfeuer in Halensee. Ein umfangreicher Brand kam gestern früh gegen 7 1/2 Uhr in der Falberstädter Straße 8 in Halensee zum Ausbruch. Das Feuer wütete im Dachstuhl des Vorderhauses und Seitenflügels und wurde erst bemerkt, als die Flammen schon meterhoch aus dem Dachstuhl hervorströmten. Mit der Halenseer Feuerwehr rückte gleichzeitig die gesamte Feuerwehr von Wilmersdorf an. Bei der großen Ausdehnung des Feuers wurde sofort mit sechs Schlauchleitungen Wasser gegeben. Der Löschangriff erfolgte von mehreren Seiten über Treppen und eine mechanische Leiter hinweg. Aber erst nach fast zweistündigem Wassergeben konnte das Feuer unterdrückt werden. Die beiden Dachstühle sind mit dem Vorderräumen fast vollständig niedergebrannt. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. Unfälle waren bei den Löscharbeiten nicht zu verzeichnen. Die Wohnungen im Obergeschoß sind durch Wasserschaden in Mitleidenschaft gezogen worden.

Wer ist der Tote? Gestern nachmittags 2 Uhr wurde aus dem Landwehrkanal gegenüber dem Hause Königin-Augusta-Straße 8 die Leiche eines ungefähr 30 Jahre alten Mannes gelandet, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Nach den bei der Leiche vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen Berliner Bruno Peters, doch geht die Wohnung des Toten nicht daraus hervor. Er ist 1,65 Meter groß, hat dunkles Kopfhaar und trug einen dunklen Sommerüberzieher, einen dunkelgestreiften Jackettanzug, einen rotbraunen Schlips und schwarze Schnürschuhe. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Wegen einer Gaseplosion wurde der 7. Zug nach der Friedrichsfelder Straße 35 alarmiert. Liren und Fenster in einem Keller waren zerschmettert. Die Gefahr konnte von der Feuerwehr schnell beseitigt werden und da alle Personen mit dem Schreden davonkommen waren, rückte die Wehr bald wieder ab. Der 21. Zug hatte in der Wilthenowstr. 4 zu tun, wo in dem Lagerraum einer Gummifabrik Feuer ausgebrochen war.

Kurse in der Sänglingsfürsorge. Vom 15. d. M. ab wird in der Sänglingsfürsorge VI. Großbeerenstr. 10, von dem leitenden Arzt Dr. Hans Schmöller ein unentgeltlicher Kursus über „Pflege und Ernährung des Kindes von der Geburt bis zum Schuleintritt“ für Frauen und junge Mütter abgehalten. Die Kurse finden am Dienstag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 4 Uhr nachmittags statt und beginnen am nächsten Mittwoch, den 15. d. M. Die Dauer ist auf drei Wochen festgesetzt. Meldungen werden täglich von 2 bis 3 Uhr in der Sänglingsfürsorge und schriftlich entgegen genommen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Bebauungspläne.

Seit dem Jahre 1906 werden von den Besitzern der nördlich von der Villenkolonie Westend gelegenen, von dieser durch die Spandauer Chaussee getrennten, mit dem Namen „Reuwestend“ bezeichneten Gelände, die früher als Rennbahn benutzt wurden, Anfragen und Petitionen an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg gerichtet, ob nicht bald der Bebauungsplan und die Bauordnung für diese Gelände veröffentlicht werde. Diese Terrains waren früher im Besitz des Geheimen Kommerzien- und Kommissionsrates L. v. Schaefer-Witt und des Rentiers Firsch-Walter und wurden nach deren Tode von Grundstückspekulanten und Vaugesellschaften erworben, die aus dem Terrain

durch Errichtung eines neuen Wohnviertels großen Gewinn zu erzielen hoffen, namentlich da sie annehmen, daß für die hier anzuführenden Wohnungen, im Gegensatz zu Bestand, geschlossene Bauweise und Hochbau von der Baubehörde genehmigt werde. So vorsichtig sich auch der Magistrat bei Beantwortung dieser Fragen und Petitionen ausdrückte, so glaubten die Interessenten doch daraus die Genehmigung der von ihnen gewünschten Bauweise schließen zu können. Deshalb zögerte man auch nicht, für den Erwerb des Grund und Bodens hier verhältnismäßig hohe Preise anzusetzen. Preis hing in letzter Instanz die Festsetzung des Bauungsplanes nebst Bauordnung nicht vom Magistrat und vom Tiefbauamt in Charlottenburg ab, sondern vom Polizeipräsidenten in Berlin. Diesem ist in seiner Eigenschaft als Landespolizeipräsident Groß-Berlin unterstellt, und er hat in bezug auf Straßenanlage usw. das gewichtigste Wort mitzusprechen. Allerdings werden diese Angelegenheiten im Polizeipräsidium von einem Dezernenten besetzt, der seine Vorschläge dem Polizeipräsidenten zur Genehmigung zu unterbreiten hat, die dann, wenn dieser sie genehmigt hat, als rechtsgültige Polizeiverordnungen ins Land gehen. Aus Anhaltungen, die der Dezernent gemacht haben soll, glaubten die Interessenten begründete Aussicht auf baldige Veröffentlichung des von ihnen gewünschten Bauungsplanes zu haben. Aber zu Anfang dieses Jahres trat in diesem Dezernat eine Personenänderung ein. Während der frühere Dezernent an dem Entwurf der für Neubestand Hochbau vorschrieb, fehlte, hat sein Nachfolger das namentlich auf der vorjährigen internationalen Städtebauausstellung zum Ausdruck gekommene Bestreben festgehalten, rund um Berlin möglichst lustige Bauweisen vorzuschreiben und jenseits der Ringbahn möglichst nur Villenbau oder eine Bauordnung mit Bauwisch zu gestatten. (Unter „Bauwisch“ versteht man die Bestimmung, daß man mit dem Bau eine bestimmte Anzahl von Metern von der Grenze des Grundstückes zurückbleiben muß.) So erschien dem im letzten Sommer plötzlich die „neue Bauordnung für Nordwestend“, durch die alle früheren Pläne und Hoffnungen der Wohnungsaufwärtener vernichtet wurden, und der vom Stadtbaumeister bereits fertiggestellte Bauplan, der für Hochbau eingerichtet ist, kann nun nach der neuen Bauordnung nicht verwendet werden.

Bei der Besprechung der Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung versicherten wohl die Interessenten, daß sie nur das Interesse der Stadtgemeinde im Auge hätten, und daß sie nur, um diese vor Schaden zu bewahren, gegen den Villenbau auf diesem Terrain seien; aber den Hauptton legten sie dann doch auf die Behauptung, daß, wenn die geplante Bauordnung umgeworfen und die Bauunternehmer behindert würden, ihre Grundstücke voll auszunutzen, daß dann eine Vermögenskonkussion von Millionen im Bestand von Charlottenburg stattfinden würde. Denn es stehe außer Frage, daß ein Terrain, das mit Hochbau bebaut und voll ausgenutzt werden kann, einen bedeutend höheren Wert hat, wie ein Terrain, das nur beschränkt bebaut werden kann. So sei Nordwestend durch die neue Bauordnung bedeutend entwertet und ungezählte Millionen würden verloren. Auch die Hinweise der Stadtverordneten Dr. Stadthagen, Grady und Vogel, daß das hygienische Interesse der ganzen Stadt freien Zutritt von Luft und Wind hier verlange, zumal diese durch die großen Hochbauten und Reihenhäuser am Reichskanzlerplatz, den Kasernen und den Baugenossenschaftsbauten schon sehr beschränkt werden, machten wenig Eindruck auf die Bauinteressenten. Ein bekannter Fachmann, der die meisten Geländeausschlachtungen in Charlottenburg durchgeführt hat, erklärte, für diese ganz unberechtigte Entwertung eines ganzen Stadtteils sei die einzig richtige Bezeichnung: „Das ist Raub!“ Die Banklöwen wollen auch die Pläne noch nicht ins Korn werfen; denn in ihren maßgebenden Kreisen besteht nun die Absicht, beim zuständigen Minister dahin persönlich vorstellig zu werden, daß er die neue Bauordnung verwirft und die alte wieder herstellt. Und selbst im Fall der Ablehnung durch den Minister will man die Sache nicht ohne weiteres fallen lassen, sondern alles versuchen, um die Stadt vor einer derartigen willkürlichen Entwertung eines ganzen Stadtteils zu schützen, nebenbei auch die Interessenten von Neubestend.

Indes wird man dann auch von anderer Seite nicht schweigen, damit wegen solcher Bodenwuchererei à la Tempelhofer Feld nicht das milbiam erreichte gesundheitliche Renommee von Charlottenburg wieder vernichtet werde.

Lichtenberg.

Die Eingemeindungsfrage trieb die Hausbesitzerinteressen wahrnehmenden Lokalblätter diesseits und jenseits der Lichtenberg-Rummelsburger Grenze in einen wütenden Presskampf hinein. Während und sprechend vor Eifer im Dienste des Hausgüterinteresses preisen die Heister hier und dort die lokalen Vorzüge. An dem weiteren Zwischenstück interessiert uns nur eine Mitteilung im Rummelsburger Blatt, nach welcher der Regierungspräsident sich sehr um die Verfertigung der Verschmelzung beider Gemeinden bemühte. Angekündigt soll der Regierungspräsident sogar beabsichtigen, die Eingemeindungskommissionen beider Orte zu einer gemeinsamen Sitzung unter seiner Leitung einzuladen. Wir wählten nicht, was gegen eine solche Intervention einzuwenden wäre; die Kommissionen haben das Recht, der Einladung nicht zu folgen, allein — den Karren im Dreck stecken zu lassen! Jedenfalls konnte in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Kommissionen ein Genosse, ohne Widerspruch zu finden, konstatieren, daß die Verhandlungen sehr schwierig seien, weil ein unparteiischer Vermittler fehle, die beiden Gruppen den Berg der vorher geforderten festgelegten Beschlüsse nicht übersteigen könnten. Sehr püsig ist nun aber das Benehmen des Lichtenberger Blättchens. Stolz wirt es sich in die Brust und erklärt:

„Wenn der Regierungspräsident als Treuhänder eine erprieckliche und für beide Teile nutzbringende Rolle spielen will, dann muß er vor allen Dingen die Karten offen auf den Tisch legen.“

Als ob die Hintermänner des Blättchens mit offenen Karten spielen. Warum schlossen sie denn bei den Verhandlungen über die Eingemeindungsfrage in der Stadtverordnetenversammlung in Lichtenberg die Öffentlichkeit aus? Die Herrschaften wollen wieder mal den Reiter des Selbstverwaltungsrechts mimen, dieselben Leuten, die sonst schon Wählklinge machen, ehe sie zum Arieratich aufgefordert werden. Mit Lust und Freude geben sie das Selbstverwaltungsrecht preis, wenn es gilt, unseren Genossen den Eintritt in die Schiedsdeputationen oder in den Magistrat zu verweigern. Dann erklären sie mit zynischem Hohn: warum wollen wir uns mit der Neuerung zanken, wir haben sie ja nötig — und daher fuchen wir lieber! — Wenn diese Herren sich auf das Selbstverwaltungsrecht befinden — dann werden ganz ordinaire Parteimonatinteressen dahinter. Die Fronde gegen die Verschmelzung der beiden Gemeinden setzt sich zusammen aus einigen Grundbesitzern im Osten Lichtenbergs, die der Ansicht sind, eine Vereinigung würde die Verwertung ihrer Terrains etwas verzögern, — und aus einer Anzahl von Hausbesitzern, die befürchten, die Vermieter in Rummelsburg könnten auf Kosten der Lichtenbergoer einen Vorteil erlangen. Weil Rummelsburg 135 Proz. Kommunalsteuerzuschlag erhebt, Lichtenberg 100 Proz., sind die Wohnungen hier etwas begehrter als wo dort. Unsere Lokalpatrioten befürchten nun, daß bei einer steuerlichen Gleichstellung der Zug nach Rummelsburg stärker werden könnte. Das will man verhindern, daher der Kampf für das Selbstverwaltungsrecht. Und noch eine Sorge quält die Lichtenbergoer Lokalheiligen. Sie haben sich in den Bahn hineingefressen, die bürgerlichen Stadtverordneten in Rummelsburg seien mit einem Tropfen sozialen Oeles infiziert. Davor haben die einigen Brüder vom Rittergut und der Frankfurter Allee eine heidenmäßige Angst.

Rummelsburg hat einige soziale Errichtungen geschaffen; das bloßqualifiziert seine Vertreter in den Augen von Bildung und Besitz in Lichtenberg.

Die Rache der Bauhansgruppe. Um das Eindringen der Sozialdemokratie in die II. Abteilung zu verhindern, hatten die Grund- und Hausbesitzer bei den vorigen Wahlen den Beamten einige Mandate überlassen, damit sie treu und brav zur Fahne hielten. Man hatte auch Glück; die Mandate wurden gerettet. Und einige der Beamtenvertreter achteten auch sehr genau darauf, wie die Herren Rott und Freusche fertig, gegen einen von den Sozialdemokraten geforderten Anspruch sächsischer Beamten auf Urlaub zu stimmen. Ueberhaupt erwiesen sich die Beamtenvertreter in sozialpolitischer Beziehung sehr oft als sehr unzuverlässige Leute. Nur einer unter ihnen, Herr Lewonow, ließ sich nicht ins Schlepptau der Magistrats- und Vorhauhanfelle nehmen, er betätigte sich als liberaler Mann und als Charakter, der es auch wagte, trotz Drohnoten der Schachtel, Roeder usw. — für soziale Forderungen zu stimmen. Damit hat er sich das allerhöchste Mißfallen der Mandaterteiler zugezogen. Weil seine soziale Auffassung ihn einige Male zwang, mit der Sozialdemokratie zu stimmen, kam er gar in den Geruch, ein Roter zu sein. Das verdirbt ihm kein Geldsack, kein Grundstücksbesitzer! Seine Bestrafung war im Rate der kommunalen Güter beschlossen; nun hat ihn das Sanktial schon ereilt. In einer Versammlung, zu der man die Fahngetreuen abkommandiert hatte, wurde Lewonow abgesetzt und an seiner Stelle ein Fabrikant aufgestellt. Die Feilbesoldeten müssen sich nun beeilen, ihre Kandidaturen auf das Programm der Schachtel, Roeder und Genossen schwören zu lassen!

Sanktuis.

Die Vermehrung der Gemeindevertretung und Schöffen, mit der sich die Gemeindevertretung zum zweiten Male beschäftigte, hatte eine zahlreiche Zuhörerschaft auf die Beine gebracht. Da die Tribüne überfüllt war, stellte Genosse Kahlbe den Dringlichkeitsantrag, den Zuhörern Plätze im Saale einzuräumen. Obwohl der Vorsteher sowohl wie die Mehrheit wenig Reigung zeigte, dem Antrag nachzukommen, gestattete der Gemeindevorsteher doch den sechs zahlreich vertretenen Gemeindevorsteher, sich im Saale zu plazieren. In vorliegender Sitzung war der Antrag auf Vermehrung der Vertretung nur dadurch zu Fall gebracht worden, daß der Gemeindevorsteher Hildebrandt als Mitunterzeichner des Antrages bei der Abstimmung umfiel. In der Zwischenzeit haben sich nun alle kommunalpolitischen Vereine mit der Sache beschäftigt. Herr Hildebrandt, der bei der letzten Wahl als der rechte Mann am rechten Ort bezeichnet wurde, und bei der Stichwahl die tatkräftigste Hilfe der vereinten Bürgerlichen fand, soll sogar aufgefordert worden sein, sein Mandat niederzulegen. Da seit der letzten Sitzung auch der Schöffe Beheimrat Bruchow seine Meinung geändert hatte, und des weiteren einer der Antragsteller in der Sitzung fehlte, bestand auch diesmal keine Aussicht auf Annahme des Antrages. Man wollte nun denselben zurückziehen, um ihn vielleicht später wieder einzubringen. Dieses Vorgehen wurde jedoch durch den Gemeindevorsteher Fein verhindert, der den Antrag stellte, zu Ostern 1912 keine Vermehrung der Vertretung stattfinden zu lassen. Nach längerer heftiger Debatte wurde dieser Antrag mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen. Des weiteren wurde beschlossen, das Ortsstatut über Einführung des kollegialischen Gemeindevorstandes am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen.

Der im Jahre 1909 abgelehnte Beitritt des Realgymnasiums zum Ruderklub Pannsee fand jetzt die Zustimmung aller bürgerlichen Vertreter. Von unseren Genossen wurde der Antrag lebhaft bekämpft, da schon jetzt jeder Schüler einen Zuschuß der Gemeinde von 388 M. jährlich erfordert; von den Schülern wohnen sogar noch die Hälfte auswärts. Die Eltern der Schüler seien jedenfalls in der Lage, den Sport ihrer Kinder selbst zu bezahlen. Der Beitritt erfordert jährlich 1400 M. für ein paar Duzend Schüler. Wenn es sich um die Gemeindegeldgeber oder wie in der vorliegenden Sitzung um die Ortsbeamten handelt, ist kein Geld vorhanden. Nach der Ansicht des Gemeindevorsteher sind es natürlich die Besitzenden, welche die Mittel aufbringen, und da muß auch für dieselben in erster Linie gesorgt werden.

Die Errichtung einer ständigen Feuerwache fand einstimmige Annahme. Sie soll aus drei Mann bestehen und im alien Arresthaus im Dorf als Nachwache untergebracht werden. Die Kosten werden im laufenden Etatsjahr 800 M. betragen, worin die Kosten für Arbeitszeitverlust der Gemeindegeldgeber nicht einbezogen sind. Die Feuerlöschkommission soll beauftragt werden, sich mit der Verbesserung der Alarmsignale zu befassen. Die Abrechnung des Gymnasiums schließt mit 600 144 M. ab. Die Ueberschreibungen betragen 10 388 M.

Rixdorf.

Alterverein für Sport und Wandern. Sonntag, den 12. November, vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Rixdorpelhaus, Vergstraße 151/152, eine Extravortstellung für die Kinder unserer Mitglieder statt. Billets à 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder sind noch zu haben. Am 28. November, vormittags 10 1/2 Uhr, findet eine Besichtigung des Museums für Naturlunde unter sachkundiger Führung statt.

Kammermusikabend. Ermuntert durch den Anklang, den die von der Stadt veranstalteten Volkssinfoniekonzerte bei der Einwohnerchaft gefunden haben, hat der Magistrat beschlossen, in diesem Winter auch einige Kammermusikabende zu veranstalten. Der erste dieser Abende findet am Dienstag, den 21. November 1911, abends 8 1/2 Uhr, im neuen Saal der „Neuen Welt“ statt. Für dieses Konzert ist das sich aus ersten Berliner Künstlern zusammensetzende Berliner Trio, Herr König, Konzertmeister Professor Gerbhard Dethau, Herr Professor Mayer-Bähr, Herr Professor Grünfeld, gewonnen worden. Der Eintrittspreis beträgt nur 50 Pf. An der Einwohnerchaft ist es, durch einen regen Besuch den Magistrat zu veranlassen, diesen erstmaligen, mit nicht unerheblichen Kosten verbundenen Versuch zu einer ständigen Einrichtung werden zu lassen und dadurch das Bestreben der städtischen Körperschaften auf Einführung guter Musik zu vollstündlichen Erfolgen zu unterstützen. Eintrittskarten sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen sowie in der „Neuen Welt“ schon jetzt erhältlich.

Pankow.

Die Gemeindevertreterversammlung am Dienstag beschäftigte sich unter anderem mit der eventuellen Herstellung eines zweiten Aufganges zur Stettiner Bahn von der Wäldchenstraße aus. Nachdem die Eisenbahnverwaltung bereits früher diesen Aufgang unter Beanspruchung eines erheblich höheren Kostenbeitrages seitens der Gemeinde herzustellen sich bereit erklärt hatte, verlangt sie neuerdings für diesen Zweck immer noch die Summe von etwa 140 000 Mark. Trotz der äußerst wünschenswerten Schaffung dieses zweiten Aufganges lehnte die Vertretung angesichts der Höhe der Kosten für die Gemeinde den neuen Vorschlag nach unwesentlicher Debatte ab. — Ebenso wurde ein Vertragsgesuch des Vereins „Wäldchen-Kreuz“ abschlägig beschieden. — Sodann wurde die Schlichtung a b u r unter einer durch die Vergütung des Ortes bedingten Erhöhung des Preises von bisher 1200 auf 1400 M. pro Monat dem bisherigen Unternehmer, Fuhrherrn Brehme, für die Rechnungsjahre 1912 und 1913 weiter vertraglich übertragen. Bei dieser Gelegenheit wurde seitens unserer Genossen angefragt, wie sich nach den in dieser Richtung angestellten Berechnungen der wirtschaftliche Effekt bei Schaffung eines eigenen Fuhrparks für die Zwecke der Gemeinde stellen würde. Es wurde erwidert, daß zurzeit die Gemeinde mit der Vergütung des Fuhrwesens an Privatunternehmer noch besser abschneide als in eigener Regie. — Hierauf trat die Vertretung abermals in eine umfangreiche Feuerungsdebatte ein. Wie berichtet, hatte die letzte Gemeindevertreterversammlung neben den beschlossenen Maßnahmen einige weitere Anregungen zur Ver-

lebung des Wohlstandes der Finanzkommission überwiegen. Letztere hat sich damit beschäftigt und ist, wie ebenfalls schon berichtet, den Anregungen gegenüber zu einem ablehnenden Standpunkt gekommen. Das Plenum hatte nun über drei Anträge endgültig zu entscheiden. Von unserem Genossen Traill war beantragt, mit Rücksicht auf die zurzeit vorhandene Teuerung die untersten Gemeindesteuerstufen zu erlassen. Hierzu führte Bürgermeister Kubic aus, daß nach dem Kommunalabgaben-Gesetz allerdings mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Gemeindesteuerstufen bis zum Einkommen von 900 M. erlassen werden könnten, darüber hinaus aber sei dies unzulässig. Eine Änderung könne nur durch Landesgesetz geschehen. Zufällig seien auch schon Veranlassungen ähnlicher Beschlässe, wie ihn der vorliegende Antrag wolle, erfolgt. Aber selbst wenn dies Hindernis nicht vorläge, sei der Effekt nach den vorgenommenen Berechnungen für die in Frage stehenden Steuerzahler ein äußerst geringer. Eine andere weber vom Antragsteller noch von dem mit dem Steuererlass Bedachten nicht gewünschte Folge würde aber der dadurch gegebene Verlust des Gemeindevorstandes sein. Nach diesen Ausführungen zog Genosse Traill den Antrag zurück und beantragte nunmehr direkte Unterstellungen an Verheiratete nach bestimmten Sätzen und je nach Anzahl der Kinder abgestuft. Auch gegen diesen Antrag machte der Bürgermeister geltend, daß er den Empfängern das Wahlrecht nehmen würde, worauf Genosse Traill auch diesen Antrag zurückzog. Der zweite, von dem bürgerlichen Vertreter Kaufmann gestellte Antrag verlangte Gewährung von Teuerungszulagen an Gemeindegeldgeber und Gemeindegeldnehmer. Hiergegen wandte sich der Bürgermeister mit dem Hinweis auf die vor kurzem erfolgte ganz erhebliche Aufbesserung der Beamtgehälter. Aus Anlaß der „sogenannten Teuerung“ könne er aber auch Teuerungszulagen für die Gemeindegeldgeber nicht befürworten. Wenn deren Verdienst auch ein geringer wäre, so sei er doch ein ständiger, den Tausende anderer gewerblicher Arbeiter nicht hätten. Sollte man unter diesen Umständen Teuerungszulagen gewähren, so würde das von der die Mittel hierzu ausbringenden Bürgerchaft „mit Murren aufgenommen“ werden. Die Finanzkommission empfahl daher, den Antrag abzulehnen und die Lohnverhältnisse der Gemeindegeldgeber bei der nächsten Etatsaufstellung einer Prüfung zu unterziehen. Herr Kaufmann, der sich hauptsächlich der Beamten annahm, sowie unser Genosse Kubic kehrten sich sehr wirkungsvoll gegen den Standpunkt des Bürgermeisters. Genosse Kubic wies namentlich die sonderbare Auffassung des Bürgermeisters von der „sogenannten Teuerung“ in gebührender Weise zurück. Allein es wurde tauben Ohren gepredigt. Die Vertretung entschied im Sinne der Finanzkommission. Der dritte von unseren Genossen gestellte Antrag verlangte die Gleichstellung der Friedhofarbeiter während des Sommer- und Winterhalbjahres im Lohn. Dieser Antrag wurde bereits im Mai d. J. eingebracht und ist dann in den verschiedensten Kommissionen „erwogen“ worden, um nun endlich bei dieser Gelegenheit im Plenum seine endgültige Erledigung zu finden. Bei der Begründung seines ablehnenden Standpunktes gab der Bürgermeister — und er wurde dabei später von einigen Bürgerlichen lebhaft unterstützt — der Befürchtung Ausdruck, daß, wenn dem Antrage stattgegeben würde, dies bei den anderen Gemeindegeldgebern dieselben oder ähnliche Wünsche auslösen könnte. Genosse Kubic vertrat nochmals nachdrücklich den Antrag, was der bürgerliche Vertreter Steeger sehr natürlich fand, „da ja Kubic dazu da sei, für die Arbeiter zu sorgen“. Auch dieser Antrag wurde schließlich, dem Vorschlag der Finanzkommission gemäß, abgelehnt, ebenso ein Antrag, den Jahresgesamtlohn der Friedhofarbeiter auf die zwölf Monate gleichmäßig zu verteilen. Hierauf stimmte die Vertretung nach unwesentlicher Debatte dem Erlaß eines neuen Ortsgesetzes nebst Polizeiverordnung über die Anlage und Bewahrung von Straßen und Plätzen zu. — Ferner wurden zur Anlage einer Heide am Friedhofsraum in der Spanbauer Straße 500 M. bewilligt. — Konvertiert wurde dann noch der unzureichende Wagenverkehr der Siemens-Bahn und soll hier auf Abhilfe hingewirkt werden. — Desgleichen soll die Postverwaltung um Abstellung der unzulässigen Zustände im Pankower Fernsprechverkehr ersucht werden. — Hierauf geheime Sitzung.

Nieder-Schönhausen.

Ans der Gemeindevertretung. Die von der Gemeinde zur Abdeckung der Teuerung beschafften Kartoffeln finden raschen Abzug; innerhalb zwei Tagen sind 1200 Zentner verkauft worden, so daß die 2000 Zentner wohl nicht ausreichen werden. Die Kommission hatte beschlossen, zunächst nur an diejenigen Besteller Kartoffeln abzugeben, deren Einkommen nicht mehr als 2000 M. beträgt. Ferner wurden der Armendeputation 100 Zentner für die gänzlich Minderbemittelten gratis zur Verfügung gestellt. In der letzten Sitzung war beschlossen worden, das zweite Armenhaus in dem Seitenflügel des Hauses Blankenburger Str. 87 einzurichten. Die Bewohner des Vorderhauses haben nun erklärt, daß sie dann ziehen werden, um nicht in den Verdacht zu kommen, als ob sie im Armenhaus wohnten. Die Armendeputation soll die Angelegenheit nochmals nachprüfen. Die Kosten der Unterlagen für die Enteignung der Wald- und Hermannstraße in Höhe von 379,50 M. wurden bewilligt. Mit der Bewilligung eines Mantelgeldes von 80 M. jährlich für den zweiten Kassierer bei der Steuerkasse war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt; es folgte eine längere nichtöffentliche Sitzung.

Heinersdorf.

Ein großer Scheunendach brach am Dienstagabend gegen 10 Uhr im höchsten Orte aus. Auf dem Gehöft des Herrn Wilhelm Rood, Kaiser-Wilhelm-Straße, befindet sich eine Scheune, in welcher einige Kaderbürger ihr Getreide und Stroh untergebracht hatten. Bevor die freiwillige Wehr zur Stelle war, stand die Scheune bereits in hellen Flammen, so daß man sich darauf beschränken mußte, die umliegenden Gebäude zu schützen. Der nicht verscherte Schaden ist beträchtlich.

Potsdam.

Die politischen Schikanen gegen die Arbeiterturnvereine machen sich jetzt auch in Potsdam bemerkbar. Der Vorsitzende des Männerturnvereins „Frisch auf“ erhielt vom Polizeipräsidenten unter'm 2. November folgenden Brief:

„Der Turnverein „Frisch auf“ hier selbst ist infolge seiner engen Beziehungen zur hiesigen Sozialdemokratie und als Mitglied des Arbeiterturnverbundes als politischer Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes anzusehen.“

Ich fordere Sie daher auf, mir gemäß § 3 des angezogenen Gesetzes die Satzungen und das Verzeichnis der Mitglieder des Vereinsvorstandes binnen 14 Tagen einzureichen.

Gleichzeitig wolle ich darauf hin, daß Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, weder dem Verein als Mitglied angehören, noch bei den Versammlungen desselben (Turnabenden) anwesend sein dürfen.“

Da haben wir den Salat! Ein Verein, der in seinen Satzungen den Vorkauf hat, daß seine Mitglieder sich nur dem Sport widmen und Politik innerhalb des Vereins nicht getrieben werden darf, ist ein politischer Verein. Turnen ist also bei der preussischen Polizei ein politischer Gegenstand, während das Reichsgericht in seinen Entscheidungen Bd 16 S. 384 sagt: „Unter politischen Gegenständen wird man alle Angelegenheiten zu verstehen haben, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander in sich begreifen.“ Nun, Potsdam kann sich ja mit anderen Orten trösten, wo die Polizei in der gleichen Weise vorgeht. Dieses Vorgehen der Polizei sollte jedoch für die Mitglieder des Turnvereins ein Ansporn sein, namentlich dem Bahoverein in seiner Gesamtheit beizutreten, denn schließlich will auch diese Polizeizeit seine Erfolge haben.

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 51. Am zweckmäßigsten der Tauffchein. — W. N. 66. 1. Wein. Sie behalten die geschilderten Ansprüche aus der Versicherung. 2. Weiterversicherung empfiehlt sich. Die Ansprüche entstehen, wenn die Karte nicht innerhalb zweier Jahre umgetauscht ist und in diesem Zeitraum nicht mindestens 20 Karten verwendet sind.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 9. Novbr. 1911:
 Anfang 7 Uhr.
Kammerpiele. Nathan der Weise.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
A. Opernhaus. Der Waffenschmied.
R. Schauspielhaus. Der Bettler von Syrakus.
 Deutsches Kurambol.
 Verena, Rodmersholm.
 Oberland, Spezialitäten.
 Jirnis Busch, Gala-Vorstellung.
 Jirnis Schumann, Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Tändelei 48/49.
 Von Meran zum Orler.
Neues A. Opernhaus. Der Luftkuss.
 Berliner, Coeur d'Ab.
 Neues, Das Madel von Montmarre.
 Lustspielhaus, Die Vergnügungstour.
Neues Schauspielhaus. M. Heibelberg.
 Kleines, Jannet erstes Stück.
 Residenz, Ein Walzer von Chopin.
 Neues Operetten, Die moderne Eva.
 Komische Oper, Sibelen.
 Königgräber Straße, Schauspielhaus.
 Schiller O. Kalligone.
 Ein u. Charlotenburg, Es lebe das Leben.
 Friedr. Wilh. Schauspielhaus, Der Kaufmann von Venedig.
 Neues Volkstheater, Geographie und Liebe.
 Metron, Die Nacht von Berlin.
 Westen, Die Dame in Rot.
 Trianon, Wein Sabb.
 Thalia, Komische Wirtschaft.
 Quisen, Mutter und Sohn.
 Hofe, Michael Robidant.
 Casino, Der selige Holschinsky.
 Wintergarten, Spezialitäten.
 Hypanu, Spezialitäten.
 Vorlage, Spezialitäten.
 Herrnsfeld, Schmerzlose Behandlung.
 Das Kind der Firma.
 Königgräber-Kasino, Spezialitäten.
 Reichshallen, Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Volgt. Die Nacht der Arbeit.
Folies Caprice. Robi Krach Nr. 14.
 Walsalla, Teufel, das hat eingeschlagen.
 Noad, Mutterliebe.
 Anfang 9 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Der Stützenpfeiler.
 Intimes, Der Brandstifter.
 Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.
 Kaiser-Vanorama, Neul Hofgebirgshaus in Krol. Indianerleben Südamerikas.

Schiller-Theater O. Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Antigone.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Sur Peter von Schillers Geburtstag:
 Zum ersten Male:
Don Carlos.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Don Carlos.

Berliner Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Coeur-AB.
Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Schauspielerin.
Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Das Madel von Montmarre.
 Grotte: Frital Massary.
 Sonnt. 9 1/2 Uhr: Der ideale Bauer.
 Neues königl. Opern-Theater.
 8 Uhr:
Othello.
 (Schiffland). Abonnement-Vorst.

Theater des Westens.
 8 Uhr: Die Dame in Rot.
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstadt.
 Schauspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig.
 Aufspiel in 5 Akten v. B. Shalepear.
Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
 Schwan in 3 Akten v. Kéroul u. Carré.
 Für die deutsche Bühne bearbeitet von
 Volken-Baeder.
 Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Belle-Alliance-Theater
 Abends 8 1/2 Uhr:
Der Stützenpfeiler.
 Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Quisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Mutter und Sohn.

Freie Volksbühne

Herbstfest
 Sonnabend, den 11. November, 8 1/2 Uhr,
 in der Brauerei Hoppoldt, Hasenheide.
Der Tanz in Musik und Litteratur.
 Mitwirkende:
Das Berliner Tonkünstlerinnen-Orchester
 Leitung: Frl. Elisabeth Kuyper.
 Tanzkünstlerin Fräulein Irene Sanden mit
 ihrem Tansensemble.
 Konzertsängerin Fräulein Lola Barnay.
 Am Klavier Herr L. T. Grünberg und Frau
 Margarete Gille.
 Rezitation Herr Eduard v. Winterstein
 (Mitglied des Deutschen Theaters).
 Festmarken à 60 Pf. können in allen Zahlstellen
 bestellt werden.

Lessing-Theater Björnson: Wenn der junge Wein blüht.	Neues Schauspielhaus Lessing: Nathan der Weise
Thalia-Theater John Galsworthy: Der Zigarettenkasten.	Residenz-Theater Emil Augier: Die arme Löwin.
Abendabteilungen Hermann Bahr: Josephine.	Herrnsfeld-Theater Wied: 2x2=5.

Für die Nachmittags-Mitglieder sind in den Abendabteilungen an den Montagabenden im Neuen Schauspielhaus Karten à Mk. 1.30 zu haben.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen. 247/19
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor. — Größter Konzertsaal Berlins.
 Heute 8 1/2 Uhr: Walzer- u. Operetten-Abend.
Johann Strauß aus Wien.
 Morgen Freitag: Karl Heinzlus-Abend.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Michael Kohlhaas.
 Anfang 8 Uhr.
 Freitag: Michael Kohlhaas.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von
 Paul Freund. Musik von B. Döllander.
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

APOLLO Theater
 Ab 8 Uhr:
Das neue Programm.
Der Gibelet der Komit! u. a.:
 Chretienne u. Louise
 herabwürdige Darsteller.
Paul Jilich mit seinen eigenen
 Kocherzereien. Eine Wählver-
 sammlung. Nur noch kurze Zeit:
 Ein Abend in einem omcrifantischen
Tingel Tangel.

Herrnsfeld Theater
 Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den
 Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger
 Gastspiel
Robert Steidl.
 Anf. wochent. 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.



Ausstellung Nordland
 Kurfürstendamm 151
 nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg.
 Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
 bei Arbeit, Sport und Spiel.
 Rentierherde, Polarbären.
 Eintritt für Ausstellungsb. 50 Pf.
 Verkäufe:
 Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
 Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
 Eintrittspreis 30 Pf.

Roach's Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Brunnenstraße 16.
 Zum letzten Male:
Mutterliebe.
 Bändl. Lebensbild mit Ges. in 5 Akten.
 Anf. 8 1/2 Uhr. Sonnt. u. w. g. g. g. g.
 Dienstag und Freitag: Keine
 Vorstellung.



Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.
 Sonnabend, 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater Moabit (Alt-Moabit 48-49):
KOMPONISTENABEND
 Beethoven : Mozart : Weber : Verdi.
 Mitwirkende: Neues Tonkünstler-Orchester (Herr Kapellmeister Hollfelder)
 Fräulein Maria Holgers: Rezitationen.
 Nach dem Konzert: **Tanz.** Daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach.
 Einlaßkarte 50 Pf. : Anfang präzise 9 Uhr.
 Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen, auch wird nicht serviert.
 Rauchen ist nicht gestattet. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.
Das Komitee.

Sonntag, 19. November, abends 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus:
Lustiger Abend
 (Leitung: Margarete Walkotte).
 Mitwirkende: 299/16*
 Amalie Birnbaum (Violine), Käthe Bartram (Koloratur), Johannes Cotta
 (eigene Dichtungen), Margarete Walkotte, Erwin Feustel, Kapellmstr.
 Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
 Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauer 15.

Zirkus Schumann
 Heute abend 7 1/2 Uhr:
Luis Hardt
 Gentleman-Athlet, genannt
Der Knabe Samson.
De Marlos
 american wonders:
Das Froschparadies.
 spanischer August
Busto,
 mit seinen dressiert. Gänzen.
 Die große Feerie
1000 Jahre auf dem Meeresgrund.
 Freitag, den 10. November,
 abends 8 Uhr:
Die Orestie.
 Aufführung des Deutsch. Theaters
 im Zirkus Schumann.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Das beste Programm
 der Berliner Varieté-Saison!
Claire Waldoff
 mit neuen Schlagern.
Menö
 Telepat. Phänome.
The Black cats
 engl. Backfisch-Ens.
 und die 10 glänzenden
 Varieté-Nummern.

Passage-Panoptikum.
Die himmlischen Zwillinge
 zusammengewachsen.
Lebend zu sehen!
Ohne Extra-Entree.

Casino-Theater
 Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr
 Trotz des enormen Andranges
Besten Monat
 Berliner Hosen-Schläger
Der selige Holschinsky.
 Sonnt. 8 1/2 Uhr: Ein Weib u. d. Volks.
Wigt-Theater.
 Genre: Gastspiel in
Puhmanns Theater. Neue 148.
Die Macht der Arbeit.
 Komödie in 5 Aufzügen u. Handb. v.
 Raffeneröfen. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
 nahe Jannowitzbrücke.
 Vom 1. bis 16. November,
 abends 9 1/2 Uhr: Das Niesen.
 Weißbrot-Programm.
Bunke Sommerreise
 u. die erstklassigen Spezialitäten.
 Sonntags 2 Vorstellungen: nach-
 mittags 1/2 u. abends 1/2 Uhr.

Zirkus Busch
 Heute abend 7 1/2 Uhr:
 Die größte Sensation d. Neuzeit!
Pignolo in seinem tollkühnen
Todessprung.
 Die beiden Menschen-Affen
Max und Moritz.
 Außerdem: Neul Finlay-Trio.
 Herr Burkhardt-Foottit, Schul-
 reitler. — Herr Ernst Schumann,
 Nondromuren. — 3 Geschwister
 Blumenfeld, Reitskünstlerinnen.
 Moris u. Vincent, Clowns. —
 Clown Peterson.
 Um 9 1/2 Uhr zum 27. Male:
U20 Original-
 Aus-
 stellung-
 stück des
Zirkus
Busch
 in
 5 Bildern.

Union Theater
 Direktion
 Wilh. Cammer
Morgen letzter Tag



Die vier Teufel.
 In Vorbereitung:
Zigeunerblut.
 Dramatische Pantomime in
 3 Akten.
 In der Hauptrolle: **Asta Nielsen.**

Castans Panoptikum.
Corso-Varieté.
 Friedrichstr. 165.
 Heitere Künstler-Abende,
12 Attraktionen 12
 U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
 Entree 50 Pf.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 8 Uhr.
Von Meran zum Orler.

Volks-Theater.
 Rixdorf, Hermannstr. 20.
 Sonntag, 12. Nov.: Im russischen
 Keiser. Schauspiel in 4 Akten
 von Karl Helmin.
 Montag, 13. Nov.: Ein gefallenes
 Mädchen. Schauspiel in 3 Akten
 von H. D. Grier.

Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Zum No. 14.
Robi Krach.

Admiralpalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
 Nachmittags:
Militär-Konzert.
 Abends: Das pracht-
 volle Eis-Ballett in un-
 übertrroffener Ausstattung
„Alpenzauber“.
 Die kleine Charlotte
 mit ihrer Novität:
„Der Lichteranz“.
Elnödshofer-Konzert.
 Restaurant i. Rangos
 Soupers a la Karte.
 Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
 abds. halbe Kassenpreise.

Nibles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Jeden Donnerstag bei freiem Entree:
Tanzkränzchen
 12485
 O. NIBLE.

Concordia - Festsäle.
 Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
 64 Andranstraße 64.
 Jeden Donnerstag:
Große Soliree
 d. allgemein beliebten
 und bekannten
Hoffmanns Sänger.
 Direktion Fr. Panther
 Heute:
Die beiden Herren
 Leutnants.
 Schwan in 1 Akt.
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der
Soliree: Frei-Tanz.
 Vorzugskarten haben Gütigkeit.

Berliner Uk-Trio
 Rixdorf-Berlin, Labstr. 74, L. 1
 Für den Inhalt der Anzeiger
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Währungsfür! auf der Höhe der Welt

Kommode aus den Tabak-Fabriken

J. Goldfarb Press. Stargard

gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Hugo Beling

Weingroßhandlung u. Likörfabrik

60 eigene Filialen. Einzelverkauf zu Engrospreisen.

HERBAVINO

Alpenkräuter-Wein-Trunk

Das Non-plus-ultra-Genussmittel zur Gesundheitspflege

Gesetzlich geschützt

at eine die Nerven stärkende Wirkung

hält den Geist frisch, läßt Strapazen spielend überwinden

regelt die Darmtätigkeit und fördert die Verdauung

erziet ein allgemeines Wohlbefinden

Is Frühstücks- u. Dessert-Wein gesund und bekömmlich

on hygienischem Genußwert zu jeder Tageszeit!

n keinem Haushalt darf „Herbavino“ fehlen

ur ein Versuch genügt und Sie sind ohne Zweifel ein ständiger Konsument

Herbavino ist erhältlich in den Delikatessen- u. Kolonialwaren-Geschäften, WEINHANDLUNGEN u. DROGERIEN

Preis pro Original-Flasche Mk. 1,75 inkl. Ausschank in den Destillationen, Restaurants, Cafés etc. Engros-Vertrieb durch die

Herbavino-Gesellschaft m. b. H., Oppenheim a. Rh. Filiale Berlin N. 24, Friedrichstraße 122-23. Fernspr. Amt III 10 266.

Damen-Konfektion

Robert Baumgarten

Engros Export

Hausvogelplatz 11

1. Etage (kein Laden) schrägüber Untergrundbahnhof (an der Jortulemer Straße)

verkauft

auch einzeln

Paletots

Kostüme

Kostüm-Röcke

Abend-Mäntel

Golf-Jacketts

Mädchen-Paletots.

Bei Vorweisung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet!

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Höchste Leistungsfähigkeit

durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.

Steppd. à 2,50, 4, 6, bis 250 M. Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 30 „ Echt. Kamelhaar à 10 bis 36 „

Spezialkatalog

650 Abbildungen gratis u. franko.

Stoffe

Damentücher für elegante Kleider, Paletots etc., Wtr. 2,50, 3,50, 4,50 etc. Tuchlager Koch & Seeland G. m. B. H. Gertraudenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.

Möbel-Angebot.

Goldes Möbelgeschäft liefert fürgerichte Wohnmöbelschmückungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringsten monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft. 14015*

Damenhüte.

2 große Schaufenster voll schön garnierter Hüte/umhüte, Stück für Stück 6,90, ungarumierte 1,85, Samthornen 3,90. Auch Neuereinstühle, alte Samthüte werden neu gepreßt. Verz. d. Inf. 5%.

Modellhaus Migge,

Bräunpl. 7. Stadt. Zimmerei.

Jeder Zigaretten-Raucher sollte bei seinem Zigarettenhändler die „Tag“-Zigaretten der Tabakarbeiter, Gewerkschaft Stuttgart verlangen. Preisliste 2-5 Pf. Hervorragende Qualitäten. Reine Rohmaterialien. — Nur organisierte Arbeiter.

Vertretung für Berlin und Brandenburg:

Paul Horsch, Engelufer 15.

1. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1911, vormittags.

Für die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

33 62 71 475 [500] 92 862 605 733 619 [1000] 71 225 1011 92 176 218 38 890 473 617 785 907 42 66 2083 152 248 779 804 3054 95 98 279 99 [1000] 361 439 80 892 851 95 787 48 4927 81 113 74 310 81 97 [500] 651 780 803 18 [1000] 67 75 [1000] 5169 70 259 415 939 6013 87 71 81 83 106 287 313 535 59 632 33 [500] 64 725 87 809 [1000] 7021 81 88 87 92 137 [1000] 282 347 [500] 94 880 [500] 873 [1000] 738 [500] 8231 46 632 75 849 96 [500] 97 985 9076 292 533 405 651 72 689 709 [500] 19 802 90

1094 223 46 58 703 865 907 9 38 11007 [1000] 80 128 297 411 570 719 937 12037 46 50 122 851 70 77 705 917 81 13006 27 399 684 892 77 958 14009 179 322 23 [500] 80 431 [1000] 822 15029 90 92 287 485 635 735 39 63 840 16275 [500] 988 408 829 48 61 647 819 84 961 17018 24 25 [3000] 67 143 244 373 428 [1000] 78 93 817 [3000] 65 813 [1000] 62 18011 129 230 543 [500] 77 882 738 [500] 78 87 869 18051 285 388 448 855 711 860 [3000] 911 89

20999 245 336 485 [500] 618 874 974 97 21018 90 [500] 127 61 338 517 [1000] 89 824 718 817 67 [3000] 914 22028 87 70 123 495 698 42 80 [3000] 920 23180 80 242 349 480 638 79 932 48 [1000] 24423 74 559 748 92 972 25008 274 77 399 702 72 802 985 26123 201 850 403 31 49 [500] 64 69 73 808 39 738 906 43 47 27000 28 47 196 [1000] 242 [3000] 64 874 498 580 28214 350 [3000] 449 659 778 828 94 49 62 29064 124 874 64 [500] 643 749 938 78 90 [3000] 30930 162 200 407 671 639 84 90 [1000] 31111 81 40 44 61 838 467 809 41 [500] 32026 41 100 821 413 778 835 56 [500] 93 97 33058 187 282 722 888 34131 [3000] 240 411 32 60 568 69 78 [3000] 602 803 81 958 [500] 35086 324 31 568 98 790 90 880 959 70 [1000] 38311 739 938 37060 115 283 440 [500] 69 70 852 702 819 81 [3000] 925 38140 57 76 [1000] 118 30 408 533 88 678 30987 265 582 625 96 838 [1000] 988 85

40122 300 83 90 888 838 88 710 94 801 900 41234 40 415 822 802 7 33 [500] 809 42124 43 531 635 86 888 902 85 80 43120 40 12 877 746 44080 [500] 112 96 278 874 [500] 80 97 45253 658 81 702 [1000] 894 930 70 47394 90 [500] 435 614 [3000] 47144 78 612 70 81 713 85 906 43047 64 96 527 601 710 21 59 63 48030 83 496 [500] 762 830 48 68 890 [500]

50278 80 144 [3000] 218 [1000] 300 [500] 34 243 62 76 850 616 29 34 942 [1000] 68 [3000] 51231 481 606 714 [500] 818 82104 288 95 405 20 88 835 96 824 899 904 [1000] 53288 496 812 718 25 832 808 84 84275 541 69 809 818 95 952 75 55005 203 10 63 900 88 425 82 [500] 803 811 807 925 63 69 92 [500] 992 98 854 425 71 612 71 610 [1000] 48 70 730 88 995 56338 854 623 81 612 71 610 [1000] 48 70 730 88 995 57143 [500] 80 [500] 203 320 30 607 38 719 58358 229 519 725 58225 [3000] 397 424 67 584 [1000] 600 34 65 716 73 84 897 969

66063 269 335 41 433 99 851 [1000] 630 778 827 [1000] 614 31 61253 463 [1000] 642 907 62008 78 [500] 500 [500] 642 714 99 808 63399 431 67 591 918 69 64444 [3000] 59 81 [500] 254 316 72 453 632 70 74 743 74 65133 48 844 88 876 645 798 69 66092 87 285 360 68 473 90 808 [1000] 740 694 67064 188 373 410 67 [1000] 600 79 68214 65 672 [500] 84 378 932 89256 [1000] 376 692 603 216 18 69

70919 48 90 [500] 103 [500] 603 73 [1000] 61 418 614 732 47 60 831 71039 112 92 322 489 568 603 72327 59 [500] 453 723 887 73108 65 263 64 [3000] 76 374 482 763 [500] 859 74158 486 68 588 685 765 61 932 91 [500] 75052 227 55 98 596 300 [3000] 34 974 76008 150 321 698 843 48 981 77088 157 270 624 564 85 882 724 42 77 819 981 [1000] 78158 278 [500] 95 98 892 408 880 78074 323 214 310 36 70 408 [500] 521 070 94 714 68 850 83 [5000]

80994 144 272 [1000] 551 723 887 81138 [3000] 820 36 828 781 82084 140 290 306 729 028 83070 154 278 383 612 731 84162 232 63 73 308 22 84 598 694 708 99 851 8530 81 124 28 67 [1000] 823 [500] 629 86197 246 65 686 402 69 718 903 39 87074 186 219 400 664 60 639 770 74 885 88222 28 69 109 49 852 800 643 729 [3000] 97 822 89036 219 64 628 62 858 67 947 [1000]

90919 641 693 709 79 822 91007 287 811 434

607 684 98 901 11 92122 71 [500] 78 77 275 695 618 70 81 720 934 93001 23 83 [500] 107 [500] 202 467 68 82 640 700 839 40 69 94004 89 245 390 938 95404 81 823 96007 [500] 23 38 65 113 65 [3000] 489 676 689 708 [1000] 945 [1000] 92 87110 270 [500] 88 516 17 635 814 937 63 93055 [3000] 69 119 374 430 32 78 78 674 702 55 860 89076 168 [3000] 203 8 39 80 307 [3000] 449 66 634 800 725 944 66

100117 [500] 253 370 404 22 732 59 914 101178 327 876 784 94 99 875 97 972 102095 155 82 231 39 844 641 815 934 62 103185 [1000] 250 58 563 665 73 81 702 20 72 628 568 74 95 [500] 104167 91 97 223 [500] 317 663 [500] 644 785 65 633 65 105117 41 202 539 630 83 80 730 802 971 108149 230 864 [500] 107013 126 45 211 [500] 33 [500] 392 743 843 642 108222 310 13 514 701 821 62 65 90 933 44 109357 451 58

110249 77 458 73 808 62 60 807 85 899 908 111302 410 83 652 785 828 982 112078 231 48 [3000] 80 364 84 451 [500] 679 753 806 113201 478 [500] 563 758 818 21 62 028 114100 271 410 64 693 789 985 115136 436 803 64 [1000] 658 [1000] 883 951 116127 316 24 44 [1000] 412 672 635 67 718 20 46 [1000] 923 117009 34 53 76 123 275 692 96 849 938 59 118004 34 40 41 47 248 535 61 748 965 119168 221 302 63 443 832 58 674

120249 304 6 22 002 62 77 713 00 96 811 60 70 121361 388 445 64 73 603 52 92 847 093 122199 219 23 804 18 [500] 446 [500] 577 624 850 64 123057 132 80 305 650 715 17 45 67 [500] 72 813 [500] 124009 87 136 272 311 78 501 71 622 83 735 125063 [500] 100 427 40 697 672 786 91 [500] 841 [500] 81 126017 172 [500] 91 206 311 68 432 [3000] 67 98 700 74 803 12 67 933 127058 93 107 207 81 415 643 812 [1000] 128020 62 [500] 149 227 307 94 [500] 417 615 698 128004 80 250 424 62 610 740 39 894 934 37 91

130110 444 523 617 720 96 131115 836 469 653 647 84 703 680 132015 142 382 54 62 834 737 813 78 133204 [500] 34 75 [3000] 412 [500] 718 20 79 [500] 826 134210 640 622 704 68 935 135020 [1000] 278 81 368 638 99 81 787 97 950 136007 280 65 68 472 137183 895 610 84 841 843 966 138234 424 [1000] 94 81 81 821 139024 86 252 [3000] 336 527 857 935 89 81

140039 151 [5000] 802 72 [3000] 86 800 8 600 44 451 526 600 [500] 43 [500] 730 49 89 990 141159 204 441 61 740 927 [500] 42 142028 63 594 [500] 203 345 [1000] 431 671 610 774 828 908 143073 504 69 313 451 61 68 698 951 144092 332 80 653 67 [500] 609 615 505 [1000] 83 154176 728 870 88 [500] 904 [500] 68 155099 185 401 97 540 740 077 156093 67 149 67 [500] 458 [1000] 708 65 815 [500] 921 157028 288 374 480 [500] 638 83 703 83 862 158316 48 594 655 839 [500] 923 92 159138 259 82 89 331 82 68 612 48 613

160048 230 330 71 547 [3000] 644 735 47 63 [1000] 805 6 [3000] 80 161030 409 62 873 92 688 797 927 162045 335 344 74 706 836 [500] 163167 234 529 610 95 164098 88 [1000] 282 762 842 165149 221 38 92 425 594 676 [3000] 80 166030 58 93 138 229 34 [500] 389 638 738 38 958 167084 [500] 548 861 963 [5000] 168040 61 178 275 91 309 36 [3000] 43 89 [500] 554 618 64 699 169058 79 119 [1000] 61 219 20 309 60 [500] 61 560 [500] 635 76 924

170156 [5000] 216 48 431 648 810 58 953 171088 127 61 296 450 650 657 765 [3000] 20 32 82 89 [3000] 892 922 [1000] 63 172085 198 468 73 612 866 [500] 992 96 173008 249 322 29 461 635 [1000] 85 711 60 804 21 174014 50 343 692 39 755 876 930 52 71 175030 73 105 96 315 [3000] 765 988 176085 88 493 699 177094 100 89 254 319 420 000 66 856 178108 379 458 72 651 81 709 [500] 60 [500] 641 179064 177 219 341 60 608 28 649 62 [500] 723 58 72 [5000]

180064 124 [500] 85 433 631 89 897 181002 126 45 561 649 96 703 648 182178 [1000] 284 413 620 28 738 90 837 624 13107 25 89 280 3009 400 62 615 63 630 843 184123 338 59 65 430 [3000] 49 604 64 829 185028 [500] 87 250 43 67 467 810 27 88 873 972 83 186029 344 61 618 467 731 70 892 187089 329 [3000] 474 836 628 861 188165 94 912 189013 108 [1000] 270 646 [500] 807 60 989

1. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1911, nachmittags.

Für die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

73 182 277 489 583 760 815 923 48 1089 68 156 [1000] 200 811 [1000] 44 497 731 981 13252 92 344 203 84 [500] 358 [3000] 698 833 2445 874 651 62 738 63 3020 220 551 671 703 828 184 4233 303 107 47 423 62 528 603 [500] 757 82 74 77 928 44 9207 82 506 87 [500] 68 633 73 806 9 [500] 6035 85 [3000] 107 245 76 882 480 537 630 710 14 57 7107 250 89 310 420 723 [3000] 858 89 8064 91 126 68 299 305 648 98 810 35 9059 127 40 64 234 449 637 [500] 829 69 928 83 10237 [1000] 65 [1000] 403 60 861 832 [500] 11235 871 738 83 848 947 [500] 12055 57 72 146 [1000] 200 811 [1000] 44 497 731 981 13252 92 344 [500] 818 40 830 67 904 [500] 14088 93 260 340 82 403 [3000] 535 93 633 636 15030 143 448 [3000] 82 679 614 [500] 34 50 69 [3000] 92 16028 436 689 853 78 935 67 73 [500] 17058 [1000] 112 890 [500] 423 78 808 [3000] 628 81 917 61 84 18127 249 584 97 [1000] 743 66 827 67 64 19309 651 [500] 59 639 54 817 76 963 [500]

20000 162 70 [500] 316 58 [1000] 491 63 889 [500] 019 27 21346 65 414 81 [500] 543 709 [500] 48 871 22012 159 992 418 20 529 87 639 [500] 77 748 873 23083 182 871 97 447 541 604 708 22 [3000] 857 963 71 24073 123 24 233 292 446 596 659 62 744 824 [1000] 962 25298 395 498 589 75 28045 155 338 [500] 645 65 83 85 956 27294 99 802 96 48 [500] 73 417 651 640 902 99 28190 251 657 98 603 37 41 742 77 806 21 605 28190 78 231 [1000] 829 407 518 700 61 840 928

30167 243 81 889 77 619 43 67 825 40 [500] 951 31107 67 [500] 70 343 468 752 [1000] 847 87 916 32100 280 826 972 33702 8 13 20 54 156 62 [500] 97 595 [500] 674 81 7 34003 81 [500] 548 700 96 890 35091 242 900 95 [3000] 435 [500] 43 612 13 618 771 891 36220 48 99 556 79 698 738 [3000] 836 918 37307 77 484 91 544 74 766 800 38220 315 632 [500] 785 89 700 [500] 809 39033 60 [1000] 180 85 240 80 497 653 728 971

40465 68 699 844 [500] 85 858 [3000] 945 82 41054 167 70 364 86 428 68 98 861 74 [3000] 42110 51 [1000] 398 663 747 830 45 911 [500] 99 43100 27 281 82 865 461 [1000] 538 812 [500] 879 81 87 849 44073 141 56 85 380 470 727 [500] 85 95 45088 [500] 171 88 854 439 570 819 71 46082 85 47014 237 80 323 [500] 75 622 724 907 17 48042 178 94 336 [3000] 610 61 625 48 866 49021 128 36 209 40 438 58 63 76 637 55 792 865 940

50302 22 458 502 65 859 51026 257 [500] 823 41 59 610 637 767 955 52028 39 86 211 321 91 701 802 [500] 16 989 53034 61 184 231 300 [500] 98 444 761 830 67 620 25 54370 448 49 613 49 624 68 426 691 963 55077 117 201 84 808 778 56131 [500] 861 428 60 850 57181 408 78 645 610 [3000] 58157 314 45 435 63 528 882 034 59096 94 449 509 [1000] 833 713 729 87 839 965

60202 8 8 86 328 633 76 718 19 64 [1000] 635 61058 229 525 83 85 882 779 85 809 935 [500] 41 62065 248 [1000] 61 318 27 87 490 617 771 63147 64 300 788 64038 201 303 25 535 82 689 719 810 98 [3000] 65293 591 603 730 969 66122 24 61 485 887 636 62 765 96 884 993 67084 118 380 97 423 [500] 729 41 45 804 6 66 990 68220 358 832 64 [1000] 703 11 73 070 912 63 63221 97 330 41 [500] 666 827 70167 301 66 329 29 68 [1000] 632 4

Eingegangene Druckschriften.

Zur Schriftfrage. Von F. Soenneken. 50 Bl. Bonn. Die Tarifverträge im Jahre 1910. A. Sonderheft zum Reichs...

Aus der großen Zeit des deutschen Theaters. Von H. Cloesser. Pappband 2,50 M. Das poetische Berlin. Von G. Epico. Serie...

Der schöne Mensch. 8.-11. Lieferung. Herausgegeben von G. Girtz. (Allertum von G. Dulle.) Einzelleistung 1,20 M. G. Girtz...

Aussergewöhnlich preiswert und unentbehrlich

für jeden Leser des Vorwärts.

Der praktischste Ratgeber für jeden Gesunden. Dr. C. E. Bock: Der zuverlässigste Hausarzt für alle Kranken.

Das Buch vom gesunden und kranken Menschen

vollständig neu bearbeitet von Dr. Paul von Hase, Oberstabsarzt a. D. und Dr. Leopold Katz-Berlin.



Mit Beiträgen von Prof. Dr. Albert Albu-Berlin, Dr. Kurt Bieling-Friedrichroda, Oberbürgermeister am Ende-Dresden, Fri. Dr. Rahel Hirsch-Berlin...

Mit 295 hochinteressanten Original-Abbildungen. 625 Seiten, eleganter Geschenkbund, Lexikonformat. Jedem Leser des Vorwärts empfohlen...

aussergewöhnlich billigen Preis von nur 3 Mark.

Bock's berühmtes Buch ist das einzig dastehende populäre Werk, welches seit Jahrzehnten Millionen trenn beraten hat; es macht sich zunächst ausführlich zur Aufgabe, dem gesunden Menschen in der Bewachung und Kräftigung seiner Gesundheit ein zuverlässiger Wegweiser zu sein...

Willibald Wendes Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31.

Der Bestellschein ist deutlich auszufüllen und im offenen Briefumschlag mit 3 Pfennig-Marke frankiert einzusenden.

Bestellschein für die Leser des Vorwärts

Von Willibald Wendes Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31. erbitte gegen Nachnahme: Expl. Bock's Buch vom gesunden und kranken Menschen à 3 M. 1-3 Exemplare ein Postpaket. Genaue Adr. Unzusch. oder Zurückgabe bereitwillig gestattet.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Wohlfeile Woche

Soweit Vorrat

Glas Pressglas-Service „Kopenhagen“

- Kompotteller 6 Pf. Kompottschalen rund 9, 18, 28, 35, 55 Pf. Kompottschalen vier-eckig 9, 18, 28, 35, 55 Pf. Käseglöckchen 60 Pf. Butterdosen 45 Pf. Zuckerschalen auf Fuss 18, 25 Pf.

- Goldrandbecher 12 Stück 90 Pf. Ein gross Posten Bier- u. Teebecher mit Bordüre 12 Pf.

Porzellan Tafelgeschirr „Festonform - Gold-Empire“

- Speiseteller tief und flach 38 Pf. Dessertteller 25 Pf. Kompotteller 22 Pf. Terrinen 275 315. Kartoffelnäpfe mit Deckel 175 235. Saucieren 110 150. Salatieren viereckig 60, 75, 95 Pf. Bratplatten oval 68, 85, 95 Pf. 135. Kaffeeservice 9 teilg., dekor. 265 385 485 635. Kaffeeservice 16 teilg., dekoriert 995 1085.

Steingut Wasch-Garnituren

- Borkum neu, dekoriert 195. Melanie 6teilig, dekoriert 245. Kiel 6teilig, dekoriert 290. Jena 6teilig, Golddekor 430. Nervi 6teilig, Golddekor 650. Hamburg 6teilig, Golddekor 780. Komet 6teilig, Golddekor 975.

Küchengerät „Delft“

- Tonne 55 Pf., Tönnch 23 Pf., Salz- u. Mehlreste 195. Essig- u. Oelflasch 55 Pf., Satz Töpfe 295.

Ferner in der Abteilung für Lebensmittel

soweit Vorrat

Von der Zusendung ausgeschlossen!

Wurstwaren

- Zervelat und Salami Pfund 120. Rotleberwurst Pfund 95 Pf. Teewurst (Bogenwälder Art) Pfund 115. Mettwurst (Braunschw. Art) Pfund 90 Pf. Landleberwurst Pfund 85 Pf. Pastetenleberwurst Pfund 100. Salzwurst Pfund 65 Pf. Fetter Speck Pfund 70 Pf. Magerer Speck Pfund 80 Pf. Spickbrust Pfund 145.

Rakko Pfund 65, 90 Pf. 110

Tee Pfund 1 2 2 3 00

Bratenschmalz Pfd. 60 Pf.

Gäneschmalz Pfund 110

Fische

- Lebende Barsche Pfund 58 Pf. Lebende Zander Pfund 88 Pf. Lebende starke Aale Pfund 95 Pf. Lebende Hechte Pfund 70, 85 Pf. Leb. Karpfen Pfd. 65, 75 Pf. Stockfisch-Filet Pfund 48 Pf. Tafellachs im ganzen Pfund 38 Pf. Tafelzander 2-5 Pfd. schwer, Pfd. 45 Pf. Krebse Mandel 13 Pf bis 300. Leb. Plötzen Pfd. 28, 35 Pf.

Butter und Käse

- Tilsiter Pfund 55, 75 Pf. Limburger Pfund 55 Pf. Emmenthaler Pfund 115. Schweizer Pfund 90 Pf. Romatour Stück 28 Pf. Faust- u. Spitzkäse Stück 25 Pf. Land- u. Kuhkäse Stück 35 Pf. Prima Edamer Pfund 100. Molkereibutter 1/4 Pfd. Stücken Pfund 140. Kochbutter Pfund 120.

